

journal 2/01

FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit – Überlegungen zur Repolitisierung der Zivilgesellschaft

Andreas Novy

Die Beziehung von Theorie und Praxis

Michael Obrovsky

Standortbestimmung der entwicklungspolitischen NGOs
in Österreich

Andreas Novy und Silvia Nossek

Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische
Schlüsselkompetenz

Petra Purkarthofer

„Die Gesellschaft, die sich organisiert“ als Utopie
demokratischer Machtverweigerung

Joachim Becker

Der progressive, erweiterte Staat

Karin Küblböck

ATTAC – Potential für gesellschaftliche Veränderung

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten
Projekt Institut für Internationale Entwicklung /
Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,
Margit Franz, Irmi Hanak,
Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,
Andreas Novy, Herwig Palme,
Christof Parnreiter, Kunibert Raffer,
Andreas Schedler, Walter Schicho,
Anselm Skuhra, Sandra Zech

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),
Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),
Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),
Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),
Dieter Rothermund (Heidelberg),
Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),
Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse:
<http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

Österreichische
 —————
 Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft 2/2001; XVII. Jg.

Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-

Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-

Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:

Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Abonnementsbezug nur für Österreich:

Südwind-Buchwelt Buchhandelsges. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien

Redaktionsadresse:

Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien

E-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2001

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,

D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche

Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVII. Jg., Heft 2, 2001
 Austrian Journal of Development Studies

**Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit – Überlegungen zur
 Repolitisierung der Zivilgesellschaft**

Schwerpunktredakteur: Andreas Novy

Editorial 117

Artikel

Andreas Novy

Die Beziehung von Theorie und Praxis: Zivilgesellschaft, Nicht-Regierungsorganisationen und Entwicklungszusammenarbeit 119

Michael Obrovsky

Standortbestimmung der entwicklungspolitischen NGOs in Österreich 139

Andreas Novy und Silvia Nossek

Wisse, was du tust – Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische Schlüsselkompetenz 143

Kommentare

Helmuth Hartmeyer

Wisse, was du tust – und tue es mit Bedacht 165

Eva Klawatsch-Treitl

Tu, was du willst!
 Reflexionen über Schlüsselkompetenzen 169

Alexandra Strickner

Auf der Suche nach einer umfassenden Professionalität 175

Petra Purkarthofer „Die Gesellschaft, die sich organisiert“ als Utopie demokratischer Machtverweigerung	181
Joachim Becker Der progressive erweiterte Staat: Zivilgesellschaft, Lokalstaat und partizipatives Budget in Porto Alegre .	193
Karin Küblböck ATTAC – Potential für gesellschaftliche Veränderung oder Domesti- zierung von Konflikten?	201
Rezension	211
Über Autoren und Autorinnen	215
Informationen für Autoren und Autorinnen	216

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 117–118

Editorial

Diese Nummer des Journals für Entwicklungspolitik (JEP) nimmt eine Standortbestimmung einer wichtigen entwicklungspolitischen Akteurin vor: der Zivilgesellschaft – und im engeren Sinne der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs). Es ist gerade in Zeiten der Krise und des Übergangs, dass grundlegende Überlegungen und Rückbesinnungen auf die eigene Identität von großer Bedeutung sind. Im Falle der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft ist diese Krise als Sinn- und Identitätskrise ideell, und als Finanzkrise materiell deutlich spürbar. Aus diesem Grunde benötigt eine derartige Reflexion Platz. Das JEP trägt dem Rechnung, indem es diesem Thema eine ganze Nummer widmet. Darüber hinaus organisiert der Träger des JEP, der „Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik“, zusammen mit österreichischen entwicklungspolitischen NROs einen Reflexionsprozess. Die Zivilgesellschaft als ein sozialer Raum der Kommunikation wird genutzt, um die entwicklungspolitische Diskussion zu beleben und der Praxis neue Perspektiven aufzuzeigen. Die zentrale Absicht all dieser umfassenden Bemühungen ist es, den Diskurs zu entfachen, kontroverielle Diskussionen auszulösen und Raum zum gemeinsamen Lernen und Reflektieren zu schaffen. Das JEP nutzt somit mit dieser Nummer über Zivilgesellschaft die Zivilgesellschaft als Raum der Kommunikation. Eine eigene Veranstaltung, die „Entwicklungs-Tagung 2001“ im Oktober in Salzburg wird hierbei eine wichtige Rolle spielen, indem sie einen ersten Höhepunkt dieses Reflexionsprozesses darstellen wird.

In diesem Heft gruppieren sich die einzelnen Beiträge um drei Themenkomplexe. Es wird dabei, wie dies in vielen renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften üblich ist, innerhalb des Heftes ein Dialog praktiziert, soweit dies die monologische Grundstruktur einer Zeitschrift zulässt. Die AutorInnen treten innerhalb des Heftes, und hoffentlich darüber hinaus, miteinander in Diskussion.

Der einleitende Artikel von Andreas Novy beschäftigt sich mit dem Einfluss der Theorie auf die Praxis der EZA. Anhand von drei Beispielen wird gezeigt, wie wichtig Theoriebildung für die Praxis der EZA ist. Am Beispiel einer Begriffsklärung von „Zivilgesellschaft“ und „NRO“ wird gezeigt, dass praktische Probleme und Unklarheiten oftmals ihre Wurzeln in theoretischen Ungereimtheiten haben. Am Beispiel des Zusammenhangs von Theorie und Praxis wird gezeigt, wie die liberale Entwicklungstheorie im Gefolge der konservativen Wende immer stärker handlungs- und politikbestimmend wurde. Begriffe wie „Treffsicherheit“ und „Armutsbekämpfung“ gehen in die Praxis der EZA ein und gewinnen eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit und Akzeptanz. Michael Obrovsky konkretisiert dies im folgenden anhand der österreichischen Entwicklung.

Im zweiten Themenkomplex geht es um „Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische Schlüsselkompetenz“. Andreas Novy und Silvia Nossek begründen die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von Reflexion an sich. Sie wollen entgegen einem Zeitgeist, der das überkommene mechanistische Bild von Wissen und Organisation wiederbelebt, zeigen, warum Reflexion für entwicklungspolitische NROs so wichtig ist, ja eine wesentliche Stärke der NROs im Feld der EZA sein könnte. Dieser Artikel wird in der Folge von vier AutorInnen kommentiert, die allesamt in der Praxis der EZA tätig sind. Helmuth Hartmeyer stimmt Novy, Nossek zu, dass wir wissen müssen, was wir tun, weist aber darüber hinaus darauf hin, dies auch mit Bedacht zu tun. Eva Klawatsch-Treitl meint, es sei auch wichtig, zu wissen, was man will. Alexandra Strickner kritisiert eine einseitige Sicht von Professionalität und stellt dieser ein erweitertes Konzept gegenüber.

Im dritten Themenkomplex geht es um verschiedene Versuche einer Politisierung der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft. Petra Purkarthofer beschreibt die mexikanische EZLN und damit ein ganz anderes Modell von Zivilgesellschaft, die in der ausdrücklichen Machtverweigerung ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung wahrnimmt. Joachim Becker beschreibt das Beispiel der Budgetmitbestimmung in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre. Es ist dies ein Beispiel, wie die Zivilgesellschaft am Staat teilhaben kann und auf diese Weise zu dessen Demokratisierung des Staates beiträgt. Karin Küblböck schließlich beschreibt mit ATTAC einen neuen Akteur der internationalen Zivilgesellschaft.

Wie die breitgestreute AutorInnenschaft zeigt, praktiziert dieses Heft tatsächlich einen Theorie-Praxis-Dialog. Es ist ein Dialog, der von beiden Seiten Anstrengungen erfordert, aus gewohnten Bahnen auszubrechen. Damit wird aber möglich, Neues zu denken, gemeinsam gescheitert zu werden und innovative Perspektiven für das eigene Handeln und das der eigenen Organisation zu entdecken. Es hat den Vorteil, sich nicht vorschnell den von Marketing- und PR-Abteilungen verordneten Trivialisierungen beugen zu müssen, die im Namen des „Mannes von der Straße“ jeden substanziellen Diskurs abzuwürgen drohen. Gerade in Zeiten des Umbruchs besteht nämlich erhöhter Reflexionsbedarf, der sich nicht vorschnell Kurzfristerfordernissen unterwerfen darf. Sicherlich wird jede akademische Diskussion an einem bestimmten Punkt auch mit der Gesamtgesellschaft kommunizieren müssen und dann werden Marketing und PR-Überlegungen wichtig werden. Davor jedoch müssen die eigene Positionierung, die eigene Identität und die eigenen Perspektiven klarer werden. Was heutzutage gemeinhin als „Leitbild“ bezeichnet wird, kann nur das Ergebnis eines gemeinsamen Reflexionsprozesses sein.

Andreas Novy

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 119–138

Andreas Novy

Die Beziehung von Theorie und Praxis: Zivilgesellschaft, Nicht-Regierungsorganisationen und Entwicklungszusammenarbeit

Das Verhältnis von Theorie zu Praxis ist oftmals Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen gewesen. Hierbei dominieren diejenigen, die der Praxis den Primat zuweisen. Dieser Artikel fokussiert die andere Seite und zeigt die oftmals nicht wahrgenommene Relevanz von theoretischen Produktionen für die Praxis der EZA. Damit wird indirekt anhand von drei Beispielen aufgezeigt, warum die Fähigkeit zu reflektieren zu den entwicklungspolitischen Schlüsselkompetenzen zählt. Reflexion über die (eigene) Praxis der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ermöglicht wirksamere Interventionen in die soziale Welt. Theorien helfen uns, eine Welt zu ordnen, die uns als komplexe Ansammlung von Ereignissen und Fakten ansonsten zumeist unverständlich wäre. Alle Menschen verwenden daher Theorien, um im sozialen Feld handlungsfähig zu sein. Die Mehrzahl stützt sich hierbei auf das Alltagswissen, auf das traditionell erworbene und individuell im Laufe der Zeit praktisch angeeignete Wissen. Ein kleinerer Teil hat die Möglichkeit, dieses Alltagswissen durch eine systematische Reflexion zu ergänzen, die gemeinhin vereinfachend als Wissenschaft verstanden wird. Im Grunde geht es jedoch um Reflexionsfähigkeit in einem umfassenden Sinne, die auf Allgemeinbildung genauso aufbaut wie auf Fachwissen. Dieses umfassende Wissen und Können ermöglicht eine wirksame und sinnvolle Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes. Im konkreten Fall interessieren uns Phänomene der internationalen Entwicklung. Hierzu benötigen wir ein umfassendes Wissen über die Grundstruktur der Gesellschaft, in der wir leben, und dem Feld, in dem wir handeln. Dies soll im folgenden anhand von ausgewählten Beispielen dargelegt werden: den Anfang macht eine Diskussion um Zivilgesellschaft und Nicht-Regierungsorganisationen (NROs), es folgt eine grundlegende Reflexion über liberale Entwicklungstheorien und deren Bezug zur Praxis der EZA. Abgeschlossen wird der Text durch die Beschreibung, wie der Sozialliberalismus die Zivilgesellschaft vereinnahmt und zur Rechtfertigung neoliberaler Politiken instrumentalisiert hat.

1. Zivilgesellschaft und NROs

Über Zivilgesellschaft wird viel geredet – und ist schon viel geschrieben worden. An dieser Stelle soll und kann die theoretische Diskussion nicht wiedergegeben werden (vgl. hierzu die zahlreichen Beiträge in Kolland et al. 1996 und im Journal

für Entwicklungspolitik 4/97 mit seinem Schwerpunkt „Zivilgesellschaft und Entwicklungspolitik“). Vielmehr sollen im folgenden nur kurz Blitzlichter auf die Diskussion geworfen werden. Zivilgesellschaft ist hierbei ein Begriff, der eine ambivalente Realität beschreibt und deshalb selbst zutiefst widersprüchlich ist. Zivilgesellschaft wird daher im folgenden gleichzeitig als eine Ansammlung von nicht-staatlichen AkteurInnen und als ein sozialer Raum gesehen, als ein normatives und als ein analytisches Konzept, als ein liberaler und politökonomischer Begriff.

Beginnen wir mit dem Umstand, dass es Organisationen gibt, deren der Umstand, *Nicht-Regierungs-Organisation* zu sein, den Namen gibt. Die Abgrenzung vom Staat, genauer von der Exekutive, wird damit zu einem Abgrenzungskriterium einer ganzen Gruppen von entwicklungspolitischen AkteurInnen. Diese Identitätsbegründung durch Abgrenzung ähnelt auch der gemeinhin üblichen Definition von Zivilgesellschaft, die diese ebenfalls als eine nicht-staatliche Sphäre ansieht. Wäre die Negation, Teil der Regierung zu sein, das einzige Merkmal von NROs, hätten sie sicherlich massive Legitimitätsprobleme. Deshalb betonen liberale TheoretikerInnen zumeist den Umstand, dass die Zivilgesellschaft als eine von Staat und Wirtschaft getrennte Sphäre nach einer eigenen Logik organisiert sei. Es sind die BürgerInnen, die am Allgemeinwohl orientiert, Freiwilligenarbeit leisten, Initiativen und Vereine gründen und so eine Bürgergesellschaft bilden. Diese Sichtweise geht stark von einem ethischen Verständnis aus, wonach in der Zivilgesellschaft bestimmte Tugenden der Allgemeinorientierung vorhanden seien, die in der Restgesellschaft nicht (länger) zu finden seien. Die Kommunitaristen, genauso wie Habermas, orientieren sich an diesem *normativen* Verständnis von Zivilgesellschaft als einem autonomen sozialen Raum, in dem sozial verantwortlich gehandelt wird. Während der Besitzbürger und Unternehmer als *bourgeois* einzig an seinem Profit und der Mehrung seines Eigentums interessiert sei, gehe es dem Staatsbürger als *citoyen* um das Allgemeinwohl. Dieser Vorstellung gemäß entlädt sich bürgerliches Engagement entweder im Gründen eines Unternehmens oder in der Teilnahme und Unterstützung wohlthätiger Organisationen, im Bereich der EZA oder der Umwelt.

Die liberale Konzeption von Zivilgesellschaft gewann seit den 80er Jahren in der Kritik an autoritären Staaten in Osteuropa und Lateinamerika erneut an Bedeutung. Dem Volk, das sich in vielfältigen Formen gegen den Staat organisierte, wurde mit Zivilgesellschaft ein Oberbegriff für ihr Handeln geliefert: Demonstrationen, DissidentInnengruppen, BäuerInnenvereinigungen, autonome Gewerkschaften und eine Vielzahl anderer Widerstandsgruppen wurden fortan als Teil der Zivilgesellschaft definiert. Gegen kommunistische Regime und Militärdiktaturen formierten sich diese politischen Bewegungen, die vom Staat unabhängig gegen ebendiesen auftraten (Novy 1996). Allgemein erscheint der Rückgriff auf Zivilgesellschaft besonders unter denjenigen beliebt, die keinen Zugang zur Staatsmacht haben, gleichsam den VerliererInnen im politischen Machtspiel. Dies galt für die DissidentInnen Osteuropas genauso wie für die Basisinitiativen Lateinamerikas. Gemeinhin waren es aber, scheinbar parado-

xerweise, die Mächtigen selber, die mit Begeisterung diskursiv diese Zivilgesellschaft ins Leben rief. Gerade in Afrika bot die Aufwertung einer mit den herrschenden Interessen eng verbundenen Zivilgesellschaft die Gelegenheit, die bestehende gesellschaftliche Grundstruktur in der Neustrukturierung der Peripherie zu reproduzieren (Schicho 1996).

Zivilgesellschaft in seiner liberalen Konzeption wurzelt in der Kritik an einem patrimonialen Staatsmodell demzufolge die Machthaber den Staat als ihr Eigentum betrachten. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum unter zivilgesellschaftlichen AkteurInnen die Forderung nach *Autonomie* so bedeutsam ist: der Staat soll sich in unsere Angelegenheiten nicht länger einmischen, es soll Grenzen für staatliche Unterdrückung und Bevormundung geben. Autonomie beinhaltet somit die Forderung nach dem Respekt vor den eigenen Gesetzmäßigkeiten dieser Basisinitiativen und sozialen Bewegungen, sie beinhaltet aber auch die Behauptung, die Zivilgesellschaft als Teil sei von der sozialen Welt als Ganzes, die Wirtschaft, Politik, Staat und Gesellschaft umfasst, abtrennbar. Auch die starken ethischen Zuschreibungen und die stark *positive* Besetzung des Wortes Zivilgesellschaft fördern in erster Linie ein anti-staatliches Ressentiment. Dies idealisiert bestimmte nicht-staatliche Akteure, wie Nachbarschaftsvereine und die Umweltbewegung, und negiert andere, wie Skinheads oder fundamentalistische Bewegungen. Dies führt zu einer simplifizierten Welt-sicht, die die Ambivalenz der Zivilgesellschaft und der dieser zugrundeliegenden Struktur von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft negiert. So bedeutet die Aufwertung der Zivilgesellschaft nur eine Restrukturierung, nicht aber eine Aufweicheung patriarchaler Geschlechterverhältnisse. Es ist tendenziell so, dass die liberale Teilung zwischen dem eigennützigem und allgemeinwohlorientierten Bürger nur zu oft eine Teilung zwischen Männern und Frauen ist. Erstere konzentrieren sich auf marktfähige und politisch wirksame Formen zivilgesellschaftlichen Engagements, zweiten fallen nicht-staatliche Aufgaben im Bereich der Versorgungsarbeit zu – vor allem Altenbetreuung und Gesundheitsarbeit. Besonders kritisch ist der Umstand zu beurteilen, dass die liberale Tradition kein Verständnis von den Grundlagen der eigenen Gesellschaft hat. Die Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Leben ist heute in hohem Maße an Einkommen und Vermögen gebunden. Der Liberalismus trug dem im gesamten 19. Jahrhundert Rechnung, indem er das Wahlrecht auf die besitzenden Klassen beschränkte. Im 20. Jahrhundert haben sich die Teilhabechancen vorübergehend durch den Wohlfahrtsstaat erweitert, die gesellschaftliche Grundstruktur ist aber erhalten geblieben. Deshalb wird die Zivilgesellschaft im Zentrum und an der Peripherie zumeist von den Besitzenden und Wissenden kontrolliert.

Der liberalen Sichtweise entgegengestellt ist eine gesellschaftstheoretische Konzeptualisierung. Diese Sichtweise denkt *Gesellschaft als Totalität*, die sich aus einzelnen Teilen zusammensetzt, welche aber wiederum nur in Rückbezug auf das Ganze verständlich sind. Die Zivilgesellschaft ist demnach Teil der gesellschaftlichen Totalität, sie hat eine Eigenlogik und steht in einer bestimmten Beziehung zum Ganzen. Für Antonio Gramsci, den Vordenker dieser politöko-

nomischen Sichtweise, ist Zivilgesellschaft Teil des erweiterten Staates. Als Teil der Totalität umfasst Zivilgesellschaft einen bestimmten sozialen Raum. In diesem Kräftefeld ringen soziale Gruppen um die Anerkennung und Durchsetzung bestimmter kultureller Praktiken, Lebensformen. Es ist der soziale Raum von Kunst und Kultur, Wissenschaft und Medien, aber auch Familie, Schule und Kirche (Gramsci 1971, Wagner 1997). Der Zivilgesellschaft steht der Staat im engeren Sinn als anderer Teil des erweiterten Staates gegenüber. Im Kern des Staates wird Herrschaft durch Zwang und Gewalt abgesichert. Zu diesem Kern des Staates gehört demnach Polizei, Armee, Justiz und Finanzamt. Die Einheit aus Staat und Zivilgesellschaft bildet der erweiterte Staat, der die beiden Formen der Herrschaftsabsicherung verbindet. Während Herrschaft im einen Fall durch Zwang abgesichert wird, beruht Herrschaft zivilgesellschaftlich in der Herstellung von Konsens, d.h. der Zustimmung der Unterdrückten zu einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung. So standen einander in großen Teilen Westeuropas vor allem in der Zwischenkriegszeit zwei politische Kulturen gegenüber, die um die gesellschaftliche Vorherrschaft kämpften: die bürgerliche Gesellschaft basierend auf der katholischen Kirche einerseits, die Sozialdemokratie basierend auf der Arbeiterbewegung andererseits. Beide strebten die politische Macht an, d.h. sie wollten beide den Staat im engeren Sinne kontrollieren. Darüber hinaus kämpften sie aber auf dem kulturellen Feld der Zivilgesellschaft um die Herzen und Hirne der Menschen, um die Anerkennung ihrer Weltansicht und die Durchsetzung von Lebens- und Arbeitsformen, die dem eigenen Ideal entsprächen. Zeitungen, Kultur- und Sportvereine und eigene Genossenschaften bildeten „Vorfeldorganisationen“ der Parteien, d.h. dem Staat vorgelagerte, d.h. zivilgesellschaftliche Organisationen. Was in den Kern des Staates und was in den Raum der Zivilgesellschaft fällt ist historisch veränderbar. Bildung und Sozialpolitik allgemein sind obiger Argumentation folgend Teil der konsensualen staatlichen Tätigkeit, hiermit in einem Naheverhältnis zur Zivilgesellschaft. Während der Nachkriegszeit jedoch wurden im Zuge wohlfahrtsstaatlicher Politiken diese Tätigkeiten zunehmend Teil des staatlichen Aufgabensfeldes, ausgeführt von Staatsangestellten und bezahlt aus Steuergeldern. Im fordistischen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit wurden Bildung und Sozialpolitik in den Zentren Teil des staatlichen Aufgabensfeldes. Von dort diffundierte diese Vorstellung an die Peripherie (Jäger et al. 2001)

Die politökonomische Sichtweise von Zivilgesellschaft weist eine Reihe von Vorzügen gegenüber der liberalen auf. Auch im liberalen Zugang gibt es ein Verständnis von Zivilgesellschaft als sozialen Raum, wobei sich dieser Raum aber normativ und nicht analytisch definiert. Zur Zivilgesellschaft gezählt zu werden, bedeutet dem liberalen Zugang folgend immer eine moralische Aufwertung des eigenen Handelns als ethisch korrekt, weil sozial verantwortlich und allgemeinwohlorientiert. Durch die Brille der Politökonomie betrachtet ist Zivilgesellschaft aber bloß ein politisches Konfliktfeld. Es ist ein Konzept, um die Wirklichkeit zu ordnen. Zivilgesellschaft ist Teil moderner Staatlichkeit und damit frei aller wertenden Zuschreibungen. Sie ist ein sozialer Raum, in dem die

kritische Öffentlichkeit, Massenmedien, religiöse Gruppierungen, Basisinitiativen, NROs und viele andere darum streiten, was, wie und warum in unserer Gesellschaft und dieser Welt etwas geschieht und geschehen sollte. Dieser Raum widerstreitender kultureller Praktiken wird nicht nur von verschiedenen AkteurlInnen genutzt, auch die Form des Handelns in diesem Raum folgt keiner klaren Logik. Rassistische Medienberichterstattung ist genauso Teil zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung, wie das Verteilen selbstkopierter Flugzettel, in denen für Pazifismus und Völkerverständigung gerungen wird. Ob Info-Tische oder Fernsehwerbungen, ob Rotary-Club oder Arbeiterturnerbund, Inhalt und Form des Handelns variieren massiv innerhalb der Zivilgesellschaft. Ob eine Krise durch alte oder neue Rezepte zu lösen sei, welche Theorien salonfähig, welche Instrumente akzeptiert werden, ist Gegenstand der Bemühungen zivilgesellschaftlicher Akteure einen Konsens in der Gesellschaft herbeizuführen. Entwicklungspolitische NROs waren seit den 80er Jahren massiv daran beteiligt, im Bereich der Umwelt durch den Begriff der Nachhaltigkeit einen neuen Konsens zu produzieren. Sie trugen dazu bei, die Einstellung gegenüber Apartheid in den Staaten des Zentrums zu verändern, womit sie zur Beendigung des staatlichen Rassismus in Südafrika beitrugen. Auch das Engagement der Weltbank und die Herstellung eines neuen liberalen Konsens kann in diesem Sinne als zivilgesellschaftliches Handeln verstanden werden.

Ein politökonomischer Blick auf Zivilgesellschaft erlaubt auch eine realistische Einschätzung der entwicklungspolitischen NROs in Österreich. Insofern sie zum überwiegenden Teil staatlich finanziert werden, sind sie Teil des erweiterten Staates und beteiligen sich damit am Spiel um Macht. Als Teil des erweiterten Staates können sich zivilgesellschaftliche AkteurlInnen nicht der Machtfrage entziehen, da der Umgang mit Herrschaft den Kern politischen Handelns bildet. Nicht-Regierungsorganisationen agieren niemals nur autonom, d.h. nach eigenen Gesetzen, sie sind – dies ist die starke Behauptung einer Totalitätsanalyse – niemals ohne Rückbezug auf das Ganze, in diesem Fall den erweiterten Staat zu verstehen.

Insofern NROs aber im öffentlichen Diskurs um die Anerkennung bestimmter Problematiken und die Vergewisserung gesellschaftlicher Grundwerte ringen, agieren sie – unabhängig von wem sie das Geld erhalten – im Raum der Zivilgesellschaft. Die politökonomische Sichtweise ist deshalb bezogen auf die Frage der Autonomie zivilgesellschaftlicher Akteure ungleich pragmatischer als die liberale. Kapitalistische Marktwirtschaften haben Staat und Waren als ihre strukturelle Grundformen: Menschen können ihre Gesundheitsleistungen vom Staat finanziert bekommen oder als Ware dafür bezahlen, Wohnen und Arbeiten können als Grundrechte der Menschen vom Staat genauestens geregelt werden oder ihre Leistungen finden ihren Preis am Wohnungs- und Bildungsmarkt. Die eigenen Lebensgrundlagen können im wesentlichen nur über Einkommen und Vermögen oder durch den Staat gesichert werden (vgl. Becker 2001). Auch für zivilgesellschaftliche AkteurlInnen ist die Bandbreite möglicher materieller Absicherung eingeschränkt: neben den im Zuge kapitalistischer Expansion schrumpfen-

fenden Räume für Subsistenz und Freiwilligenarbeit verbleiben einzig Märkte oder Staat als Orte, diese materielle Absicherung zu erlangen. Eine NRO kann sich auf Freiwilligenarbeit beschränken, einem Unternehmen gleich Leistungen am Markt anbieten oder sie organisiert sich staatliche Zuwendungen. Von diesem Zwang befreit sind im Rahmen kapitalistischer Marktgesellschaften einzig Besitzbürger, die über ausreichend Vermögen verfügen, um darauf verzichten zu können, ein Markteinkommen zu erzielen. Eine NRO, die aus Besitzbürgern besteht oder durch wohlhabende Besitzbürger finanziert wird, dies sind die beiden einzigen Möglichkeiten, den Zwängen kapitalistischer Marktgesellschaften zu entkommen.

Der letzte wichtige Punkt, in der Diskussion um Zivilgesellschaft betrifft das Verhältnis zum Markt. In liberalen Zivilgesellschaftskonzeptionen wird die Zivilgesellschaft in der Regel als ein nicht-staatlicher und nicht-marktlicher Bereich definiert. Bezeichnenderweise gibt es zwar für liberale TheoretikerInnen eine Vielzahl nicht-staatlicher Organisationen, niemals wird jedoch von nicht-Markt-Organisationen gesprochen. Der Kern der gegenwärtigen Probleme vieler NROs besteht ja gerade darin, dass sie immer mehr in eine marktliche Logik hineingedrängt werden, der sie sich – ob sie wollen oder nicht – nur um den Preis ihres eigenen Untergangs entziehen können. Solidarische Kooperation und Allgemeinorientierung können die NROs nicht länger in einem vom Markt separaten Raum verwirklichen, sondern sie müssen den Spagat schaffen, in einem Feld von Markt und Konkurrenz die eigene auf Solidarität, Gerechtigkeit und Verantwortung für die Eine Welt aufbauende Identität nicht über Bord zu werfen. NROs benötigen heute dialektisches Denken, das mit Widersprüchen umgehen kann, und kein idealisierendes und irreführendes Selbstverständnis.

2. Liberale Theorie und die Praxis der EZA

Im folgenden soll die Beziehung zwischen der Produktion von Ideen und der politökonomischen Entwicklung als dialektisch dargestellt werden. Weder ist Wissenschaft neutral, noch ist Wissen objektiv. Weder sind die herrschenden Ideen ident mit den Ideen der Herrschenden, noch ist es reiner Zufall, was gerade modische politische Konzepte sind. Weder darf Macht und Herrschaft ausgeblendet werden, noch gibt es einen strukturalistischen Selbstlauf der Macht. In der Tat sind Interessen und Theorien sehr eng verwoben; immer jedoch wird Geschichte von Menschen gemacht und ist daher für Veränderungen und Überraschungen offen. Die Wissens-Macht-Struktur ist demnach Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und widerstreitender Wahrheitspolitiken. Klarerweise sind hierbei diejenigen im Vorteil, die über mehr Ressourcen und Möglichkeiten verfügen. Die Theoriebildung in der EZA zeigt dies sehr deutlich. Anhand der liberalen Theorie und deren Beziehung zur Entwicklungspolitik und EZA einerseits und globalen politökonomischen Entwicklungen andererseits kann dies blitzlichtartig gezeigt werden.

2.1 Planung und Interventionismus als Paradigma fordistischer nationalstaatszentrierter Politik

In Lateinamerika begann seit dem Ersten Weltkrieg und dann ganz intensiv mit der Weltwirtschaftskrise nach 1929 ein Industrialisierungsprozess. Zwanzig Jahre später griffen Forschende diese Entwicklungen auf, systematisierten sie und lieferten mit dem Strukturalismus eine zeitgemäße theoretische Interpretation (Kay 1989). Der Strukturalismus kritisierte den Freihandel, da dieser von den Zentrumsökonomien dominiert werde. Seine politischen Implikationen bestanden darin, eine importsostituierende Industrialisierung vorzuschlagen. Theoretisch und politisch wurde dieser Ansatz von den Liberalen massiv bekämpft. Sie hielten an der Theorie komparativer Kostenvorteile fest und sahen in der Spezialisierung auf landwirtschaftliche Güter die „Berufung Lateinamerikas“. In dieser historisch einmaligen Phase war die Macht des liberalen Gedankenguts jedoch eingeschränkt.

Die Weltwirtschaftskrise nach 1929 delegitimierte die bis dahin dominante liberale Theorie des Laissez faire (Polanyi 1978). Zu Recht wurde die Marktgläubigkeit des gesamten politischen Establishments für das Ausmaß und die Dauer der Krise verantwortlich gemacht (Hobsbawn 1995, Feldbauer et al. 1999). Das intensive, nach innen orientierte Akkumulationsregime erforderte ein weit höheres Ausmaß an staatlicher Intervention als das auf Export und extensiver Akkumulation aufbauende Modell der Vorkriegszeit. Imperialismus, ja sogar Kolonialismus waren für das intensive Akkumulationsregime nicht länger von entscheidender Bedeutung. Die staatliche Planung einer Massenproduktion für den Massenkonsum stand im Mittelpunkt der neuen Regulation. Der Arbeiterbewegung gelang es darüber hinaus, wichtige Bereiche des Sozialen – Bildung, Gesundheit, Wohnen und Altersvorsorge – zu staatlichen Aufgabenfeldern zu machen. Es bildete sich das Konzept eines sozialen Rechts heraus, das Grundlage der Bereitstellung dieser öffentlichen Dienste wurde. An der Peripherie waren all diese Prozesse ebenfalls zu beobachten, wiewohl aufgrund fehlender Strukturen und fehlenden Geldes in der Regeln nur ansatzweise, fragmentiert und unsystematisch.

Zwar setzten liberale Ökonomen über die Internationalen Finanzorganisationen auch schon damals Strukturanpassungsprogramme durch, diese beeinflussten die nationale Politik aber nie so umfassend wie in späteren Jahrzehnten. Ein Entwicklungsmodell, das mit Hilfe des Nationalstaats Industrialisierung und Modernisierung zu bringen versprach, war für alle Bevölkerungsgruppen der Peripherie eindeutig attraktiver. Entwicklungsplanung wurde zur dominanten Form der Kopplung von Wissen und Macht. ExpertInnen waren die Schlüsselpersonen in einer großen nationalen Anstrengung, welche das jeweilige Land der Peripherie aus seiner Unterentwicklung (so die Analyse der einen) oder Abhängigkeit (so die der anderen) herausführen sollte. Diese nationale Macht-Wissen-Struktur basierte auf technizistischen Gesellschaftsanalysen und sie verstand sich als Sozialtechnik, die rational und rationell in peripheren Räumen

intervenierte (Furtado 1997). Unterstützt wurde sie hierbei von der quantitativ bescheidenen internationalen Entwicklungshilfe. Klar wurde zwischen Wissenenden und Gebildeten einerseits und den zu Belehrenden und Unwissenden andererseits unterschieden.

2.2 Ultraliberalismus – die 80er Jahre

Anfang der 80er Jahre kam es zum Bruch. Die wirtschaftspolitisch liberalen, gesellschafts- und weltpolitisch konservativ-autoritären Regierungen in den USA und Großbritannien kündigten den Nachkriegskonsens auf, der die Interessen von Arbeit und Kapital und von Zentrum und Peripherie gleichermaßen zu berücksichtigen trachtete. Mit der abrupten Aufwertung des US-Dollars zusammen mit einer Hochzinspolitik gelang den USA im eigenen Land der Umbau des Staates, ohne den hohen Kosten für die Peripherie irgendeine Bedeutung beizumessen. Deshalb explodierte gleichzeitig über Nacht der in US-Dollar berechnete Schuldendienst und ab 1982 versanken Afrika und Lateinamerika in der Verschuldungskrise. Das alte auf den Nationalstaat ausgerichtete Entwicklungsmodell brach zusammen. Chile, wo der Entwicklungsstaat schon nach 1973 gewaltsam zerstört wurde, bildete das Modell für die entwicklungspolitische Wende zum Liberalismus.

Im Gefolge der Verschuldungskrise verordnete der Währungsfonds, unterstützt von der Weltbank, den meisten Staaten Afrikas und Lateinamerikas Strukturanpassungsprogramme (vgl. Parnreiter et al. 1999). Das fordistische, auf den Nationalstaat und Binnenmarkt ausgerichtete Entwicklungsmodell entsprach nicht länger den Erfordernissen der Akkumulation und den Bedürfnissen der Herrschenden. Langsam und in einem sozial umkämpften Prozess setzten sie eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an der Peripherie durch, die sich an den Schlagwörtern Privatisierung, Deregulierung und Marktöffnung orientierte. Kredite im Bereich der Infrastruktur und im Sozialen wurden an die Erfüllung wirtschaftspolitischer Liberalisierung gekoppelt. Das Ergebnis dieser Politik war katastrophal, das „verlorene Jahrzehnt“ zerstörte Jahrzehnte mühsam errungener sozialer Fortschritte. Die Schere zwischen Nord und Süd ging noch weiter auseinander. „Zwischen 1960 und 1991 wuchs der Anteil der reichsten 20% am internationalen Einkommen von 70% auf 85%, während der Anteil des ärmsten Fünftels von 2,3% auf 1,4% sank.“ (Becker 1997: 135) Damit nahm laut UNDP die Einkommensschere zwischen dem reichsten und ärmsten Fünftel von 30:1 auf 61:1 zu!

Gerade auch wegen ihrer Opposition zu Diktaturen und autoritären Staaten wurden zivilgesellschaftliche AkteurInnen erstmals von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen. Diverse soziale Bewegungen, von den argentinischen Frauen am Plaza Mayo bis zu indigenen Gemeinschaften und vom Staat nicht anerkannten Gewerkschaften (vgl. Boris 1998), erregten öffentliches Aufsehen und riefen weltweit Sympathie hervor. In der Folge begann die Weltbank ihre

Strategie gegenüber den NROs zu ändern. Sie finanzierte zwar noch bis in die 2. Hälfte der 80er Jahre das riesige Straßenprojekt, das den brasilianischen Amazonas mit dem Pazifik verbinden sollte. Doch dieses rief ob seiner sozialen und ökologischen Folgen immer heftigeren Protest hervor. Um diesen Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen, finanzierte nun die Bank auch ein eigenes ökosoziales Entwicklungsprogramm (vgl. Castela, Novy 1996, Raffer, Singer 1999: 145). Beginnend Ende der 80er Jahre wurden zivilgesellschaftliche AkteurInnen somit zu PartnerInnen der großen Geberorganisationen. Gleichzeitig bedeutete dies, dass der Nationalstaat seine frühere Monopolstellung als vor Ort Partner der Geber verlor. Die NROs waren somit ein Mosaikstein in einer umfassenderen Strategie der Entstaatlichung.

2.3 Sozialliberalismus – die 90er Jahre

In den 90er Jahren wurde eine ideologische Strömung hegemonial, die als Sozialliberalismus bezeichnet werden kann (vgl. Bosi 1999: 373, Deacon et al. 1997). Darunter verstehe ich eine unter sozialdemokratischen Regierungen und mit Hilfe der Weltbank verordnete vermeintliche Domestizierung des Neoliberalismus. Unter Clinton, Blair und Schröder akzeptierten linke Regierungen die neoliberale Wirtschaftspolitik zur Gänze. Ihre eigenen Akzente setzten sie im Sozialen, dessen Vernachlässigung dem Neoliberalismus vorgeworfen wurde. Jedoch zeigte sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts sehr deutlich, dass die vermeintliche Prioritätensetzung für das Soziale im wesentlichen auf eine Ökonomisierung des Sozialen hinauslief. Das Soziale wurde ökonomischen Kriterien unterworfen.

Die vielleicht bedeutsamste sozialliberale Akteurin ist die Weltbank, die sich heute als „Bank der Armen“ sehen will. Sie entdeckte die Armutsbekämpfung als einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit (Nuscheler 1997: 463ff.). Binnen kurzem wurde eine der Urheberinnen des sozialen Desasters der 80er Jahre zum Vorbild sozialen Engagements. Es gelang der Weltbank, rund um den Sozialliberalismus einen breiten Konsens quer über ideologische und politische Lager hinweg zu konstruieren. Angesichts der desaströsen sozialen Bilanz von zwei Jahrzehnten liberaler Politik mag dies verwunderlich erscheinen. Angesichts des beschränkten Handlungsspielraums für Regierungen wird das sozialliberale Programm fokussierter Intervention verständlich. Als Folge neoliberaler Politiken verschlechterten sich in den 80er Jahren weltweit die verschiedensten sozialen Indikatoren. Ausgehend von diesem einzigartig niedrigen Niveau, erholte sich das Ausmaß der Sozialleistungen in den 90er Jahren langsam. Wie Jäger (2001) z.B. für Chile und Uruguay detailliert zeigt kommen die Zahlen aber nur in Ausnahmefällen an die heran, die in dem – immer nur prekären – nationalen wohlfahrtsstaatlichen Modell vor den lateinamerikanischen Diktaturen der 70er und 80er Jahre üblich war. Die liberale Bilanz ist sozialpolitisch nach 20 Jahren ernüchternd, viel Optimismus ist notwendig, hier Besserungen zu erwarten.

Auf dem Gebiet der Ideologie war die Weltbank jedoch sehr erfolgreich. Es gelang ihr, das gesamte Konzept des „Wohlfahrtsstaats“ zu delegitimieren und in wesentlichen Teilen zu unterminieren, indem es die Konzeption von Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge als soziales Recht zerstörte. Alles sei Ware, Bildung und Gesundheit zum Beispiel seien Humankapital, das seinen Preis habe. Wie immer geartete Anrechte und *entitlements*, die Ansprüche der Menschen an Staat und Weltgemeinschaft verbrieften könnten, werden regelmäßig diskreditiert. Sie seien bloß Versuche von *rent seeker* und „Privilegienrittern“, um die Grundregeln einer Wettbewerbsgesellschaft zu leugnen und Sonderansprüche geltend machen zu wollen. Die Renten des fiktiven Kapitals jedoch, sei es am Kapital- oder Immobilienmarkt, wird aus dem offiziellen liberalen Diskurs ausgeblendet. An einem konkreten Beispiel soll die Mächtigkeit dieses neuen Diskurses dargestellt werden. Es ist das Thema „Armutsbekämpfung“ und „Treffsicherheit“.

3. Treffsicherheit und Armutsbekämpfung

Es gehört zu den Eigenheiten wissenschaftlicher Forschung, dass uns ihr Erfolg im Nachhinein in der Regel als selbstverständlich und wenig beeindruckend vorkommt. „Wenn sie überhaupt interessieren, können die ‚Entdeckungen‘ der Sozialwissenschaften nicht sehr lange Entdeckungen bleiben; je aufschlußreicher sie sind, desto wahrscheinlicher werden sie in das Handeln eingehen. Sie werden zu vertrauten Prinzipien des Lebens.“ (Giddens 1988: 409) Wissenschaftliche Konzepte diffundieren ins Alltagsverständnis und werden, wenn sie erfolgreich sind, Teil des Alltagswissens und manchmal sogar des „gesunden Hausverstands“. Das Konzept der „Treffsicherheit“, das das wichtigste Instrument bei den diversen modischen „Armutsbekämpfungsstrategien“ ist, ist derart erfolgreich, dass seine Implikationen erst nach eingehender Kritik verständlich werden. Treffsicher nimmt die neueste Modeströmung nämlich die Armen ins Visier und kann so ein beträchtliches Pathos für sich beanspruchen. Wer sich um die Ärmsten kümmere, muss doch politisch korrekt handeln, so die ständig transportierte Botschaft. Wem es um die Verbesserung von Bildungs- und Gesundheitswesen gehe, dessen Anliegen muss doch redlich sein. Bei der folgenden Dekonstruktion dieses neuen developmentpolitischen Modewortes der „Treffsicherheit“ werden kurze Umwege notwendig sein, die sich mit den Wurzeln liberalen Denkens befassen. Den Anfang macht der Lieblingsfeind developmentpolitisch Engagierter.

3.1 Feindbild Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist ein gutes Reflexionsobjekt, weil er ein Lieblingsfeind der EZA-Szene geworden ist, der identitätsstiftend wirkt. Wenn verschiedene Grup-

pierungen oft nicht mehr so genau wissen, was sie im Feld der EZA eint, die Gegnerschaft zum Neoliberalismus kann hierbei allemal erhalten. Konkret denken die meisten hierbei an die Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und Währungsfonds und an eine ungezügelt Marktwirtschaft. Wir wollen aber von einer weiteren Definition von Neoliberalismus ausgehen: „Neoliberalismus wird dabei nicht allein als ideologische Rhetorik oder als politökonomische Realität aufgefasst, sondern vor allem als ein politisches Projekt, das darauf zielt eine soziale Realität herzustellen, die es zugleich als bereits existierend voraussetzt.“ (Lemke et al. 2000: 9) Der alte Liberalismus des Adam Smith forderte vom Staat einen Freiraum für wirtschaftliches Handeln, der Neoliberalismus unterwirft nun auch Staat und Gesellschaft einer ökonomischen Logik. Nicht nur Unternehmen berechnen Kosten und Erträge, wir alle werden zu Unternehmern unserer selbst, emsig darum bemüht, „den Nettoprofit unseres Lebens“ zu kalkulieren (Adorno 1997: 370). Dieses politische Projekt findet keineswegs nur an der Peripherie der Weltwirtschaft Anwendung. Vielmehr handelt es sich um ein radikales, globales und universelles Projekt einer neuen Sozialtechnik, das auch, aber keineswegs nur auf dem Feld der EZA umgesetzt wird. Veränderungen in Lateinamerikas Sozialpolitik oder Österreichs Universitätspolitik sehen sich der gleichen dominanten Struktur gegenüber wie die zivilgesellschaftliche EZA. Schon lange nicht mehr nur in Unternehmen bilden Managementbücher das zeitgenössische Pendant zu den Fürstenspiegeln. Was diese beschreiben ist nicht die Wirklichkeit, sondern sie versuchen, eine neue herzustellen, indem sie die Richtung, Ansatzpunkte und Mechanismen der beabsichtigten Veränderung benennen. Das folgende Zitat über diese Literatur fasst zusammen, was unter der neuen neoliberalen Struktur der Gesellschaft zu verstehen ist, in der sich alle Organisationen – vom Staat über NROs bis zu Selbsthilfegruppen – als „kundenorientierte Dienstleistungsunternehmen“ sehen:

„Als Königsweg dazu propagiert die Managementliteratur die konsequente Übertragung des Marktmodells auf alle sozialen Beziehungen und wischt mögliche Einwände vom Tisch, indem sie das Geforderte zugleich als das bereits Gegebene voraussetzt. Die Omnipräsenz des Marktes, so die suggestive Botschaft, lässt nur die Alternative, entweder alle bürokratischen Fesseln abzuwerfen und sich rückhaltlos dem Wettbewerb zu stellen – oder als Ladenhüter zu verstauben. Wenn die Therapie immer schon feststeht, ist auch die Diagnose kein Problem: Bürokratische Strukturen blockieren Flexibilisierungs- und Rationalisierungsprozesse, staatliche Eingriffe verzerren die Selbstregulation durch Angebot und Nachfrage, ‚Vollkasko-Mentalität‘ verhindert Leistungsorientierung und Risikobereitschaft. Kurzum: Was auch schief läuft, schuld ist stets ein Mangel an Marktförmigkeit.“ (Bröckling et al. 2000: 133)

Der so verstandene Neoliberalismus ist somit eine Anordnung und zwar keineswegs bloß eine abgehobene Struktur, sondern eine verfestigte Ordnung, die Auswirkungen auf alle beteiligten Individuen und Organisationen im Feld der EZA hat. Auch die, die diesen Neoliberalismus nicht wollen, finden sich in seiner Geiselnhaft: Spätestens nachdem auch Organisationen wie der Mattersburger

Kreis sich über „Projekte“ finanzieren, ihre Ideen „verkaufen“ und KundInnen für ihre Bücher suchen, wird klar, dass selbst KritikerInnen dieser Entwicklungen dem Neoliberalismus als Struktur nicht entkommen. Eine erste wichtige Lehre daraus ist, dass eine reflektierte EZA nicht einfach als die Verneinung des Bestehenden verstanden werden darf. Die liberale Markt- und Unternehmenskultur kann nicht einfach per Dekret oder Willenserklärung abgeschafft werden. Die in der Projektarbeit Tätigen sind Teil dieser Struktur, welche an die darin Beschäftigten ganz spezifische Anforderungen stellt. Der Neoliberalismus hat im Feld der EZA eine Projektkultur geschaffen, die sich durch kurzfristiges, und fallspezifisches Herangehen auszeichnet. Sozialtechniken müssen verfeinert werden, gleichzeitig stellt der Neoliberalismus sicher, dass seine eigene Grundstruktur nicht Gegenstand von Reflexionen wird (Novy 2000). Um zu einer realistischen Einschätzung des Neoliberalismus zu kommen, muss die eigene Verstrickung und die der NROs in diesen Strukturen wahrgenommen werden. Diese Reflexion ist Teil der Suche nach Alternativen. Wenn in Freiräumen über diese Zusammenhänge reflektiert werden kann, dann eröffnet sich die Möglichkeit, die Komplexität des Feldes der EZA besser bearbeiten zu können und zu einer wirksameren Intervention im Sinne der Ziele der NROs und der EZA zu kommen.

3.2 Sozialliberale Umarmung oder Würgegriff?

Mit dem Siegeszug des Sozialliberalismus in den 90er Jahren kam es im Feld der EZA zu grundlegenden Veränderungen, was massive Auswirkungen auf die Tätigkeit der NROs hatte. Ihren Ursprung hatten viele NROs ja in den diversen Protestbewegungen im Zentrum und an der Peripherie. Allesamt forderten diese sozialen Bewegungen mehr Rechte für die Armen, weniger Technokratie, weniger Bürokratie und mehr Dezentralisierung und Demokratie. Im Bereich der Pädagogik war dies z.B. eine emanzipative Bildungsarbeit, die das Wissen auch der Benachteiligten nicht diskriminierte, und den AkteurInnen von unten Zeit und Raum gab, ihr Wissen zu artikulieren und wirksam werden zu lassen. So sah der bekannte brasilianische Pädagoge Paulo Freire in einem Behälter-Konzept von Wissen die Grundstruktur eines repressiven Macht-Wissens-Feldes. Im konventionellen Bildungsmodell seien die Armen bloß Behälter, die von Lehrenden zu füllen seien (Freire 1984: 57); Bildung werde so zur Spareinlage, zum Humankapital. Dem stellte er ein Konzept der *Bewußtseinsbildung* gegenüber, das Wissen als einen Prozess der Aneignung der Welt durch einzelne, aber mit Hilfe der Gemeinschaft verstand. Das konkrete Lebensumfeld, in dem sich die Menschen gleich Fischen im Wasser bewegen, wo sie sich auskennen und wohlfühlen, wo sie wissen, wie sie Feinde überlisten, Nahrung finden, Gefahren vermeiden – dieses Wissen haben die Armen, die einfachen Menschen. ExpertInnen, die in ein Dorf kommen, sind vielleicht besser im Rechnen, Zeichnen und Schreiben, aber was nützt dies den Menschen im Umgang mit ihren alltäglichen Problemen? So und ähnlich lautete die gängige Kritik. Die NROs, die aus den

sozialen Bewegungen im Zentrum und an der Peripherie hervorgingen, zählten zu den ersten, die auf diese Weise das hierarchische Wissensverständnis in Frage stellten. Dem Wissen von oben stehe ein Wissen von unten entgegen, das die Betroffenen in den Entwicklungsprozess einbringen. Wenn dieses vor Ort-Wissen negiert werde, verkümmert die Intervention der ExpertInnen zu einer Zwangsbeglückung oder gar zur Ausübung von Herrschaftswissen gegen den Willen der Basis. Partizipation wurde zu einem Schlüsselbegriff, der das Wissen von oben mit dem von unten verbinden sollte, indem den Betroffenen im Planungsprozess eine Stimme gegeben wird.

Ideologisch lieferte der Sozialliberalismus ein Modell, wie diesen Ansprüchen genüge getan werden konnte. Dabei wurden z.B. im Bildungsbereich einige der diskursiven Elemente Freires als Kritik akzeptiert, adaptiert aufgenommen und zu Schlüsselementen des Sozialliberalismus. Macht und Wissen soll demnach von unten ausgehen und die lokalen Ressourcen und das lokale Wissen zur Problemlösung nutzen. Jedoch wird heute diese lokale Vielfalt an Situationen und Lösungsvorschlägen nach einheitlichen, „zählbaren“ Kriterien bewertet. „Die Organisationen in zähl- und meßbare Form zu bringen, heisst aber, sie dessen zu berauben, was sie des Zählens ursprünglich wert gemacht hatte.“ (Weick 1985: 45) Die diversen Kriterien und Indikatoren überbewerten allesamt die monetär-finanzielle Dimension und konzentrieren sich auf technische Lösungen. Damit unterwerfen sie nicht-monetäre, dissidente und kritische Aspekte einer quantitativen Logik. Der Partizipation in der Umsetzung steht somit die Nicht-Einbindung bei der Festlegung der Bewertungskriterien entgegen – was wiederum eine einseitige Ausübung von Macht und Wissen bedeutet.

Öffentliche Dienstleistungen wurden als ein Markt konstituiert, bei dem die EntscheidungsträgerInnen die Regeln betreffend des Marktwerts von Leistungen vorgeben. Im Bereich von Gesundheit und Bildung lauten derartige quantitative Indikatoren z.B. Rate des Analphabetismus, Einschulungsrate, Kindersterblichkeit. Wer nun einzelne Leistungen, seien es Bildungs-, Gesundheits- oder andere Angebote, erbringt, der muss sich strengen akademisierten Kriterien der Leistungserstellung, Rechenschaftspflicht und Rechnungslegung unterwerfen. Entscheidungsträger, seien es Regierungen oder internationale Finanzorganisationen, begrüßen hierbei ausdrücklich die Teilnahme von NROs und anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen. Doch innerhalb dieser Organisationen werden solche, die sich dem Typus Unternehmen und Beratungsfirma annähern, bevorzugt, ein großer Teil der kleinen Initiativen werden im Zentrum und an der Peripherie aber als mögliche LeistungserstellerInnen von vorneherein ausgeschlossen. Das geforderte Wissen bezüglich Abrechnung und Berichtspflicht ist zu komplex. Kleine Initiativen bedürfen in diesem Markt daher besonders der akademisch gebildeten Intermediäre wie z.B. des Personals in NROs sowohl im Zentrum als auch an der Peripherie. Diese vermitteln zwischen den Zielgruppen der öffentlichen Leistungserstellung und den EntscheidungsträgerInnen; ihre Rolle als MediatorInnen wird aufgewertet. Dies erklärt die breite Zustimmung zur Vermarktlichung öffentlicher Dienste, wie sie unter wichtigen

Teilen der Intellektuellen gegenwärtig feststellbar ist. Jedoch sind die VermittlerInnen heute in einer prekäreren Situation als früher, da ihre privilegierte Stellung am Markt niemals dauerhaft gesichert, sondern ständig erkämpft werden muss. Dies erhöht die individuelle Unsicherheit und damit den Konformitätsdruck, denn es ist für die VermittlerInnen immer riskant, sich gegen die Entscheidungsträger stellen. Nun ist es so, dass ein Gutteil der VermittlerInnen, vor allem in Lateinamerika, aus dem selben kulturellen Milieu stammt, das in den 80er Jahren auf die mächtig auftretenden Basisinitiativen hin orientiert war und in Opposition zu den Herrschenden stand. In dieser Konjunktur waren viele dieser Intellektuellen Anwälte sozialer Bewegungen, sei es als ArchitektInnen, RechtsanwältInnen oder ÄrztInnen. Mit der Schwächung der Basis schwand die Identifizierung nach unten, mit der Vermarktlichung erhöhte sich die Abhängigkeit von den Geldgebern. Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass der Sozialliberalismus Wissen und Macht stark hierarchisiert. Die diskursive und organisatorische Ausformung des neuen marktähnlich organisierten und akademisierten Feldes fördert die Abwertung der lokalen, als ungebildet definierten Akteure und damit die Akademisierung und „Elitisierung“.

Der Sozialliberalismus lenkt zwar das Augenmerk auf den sozialen Bereich, er behandelt das Soziale aber als eine spezielle Form von Markt. Die VermittlerInnen im Feld der EZA werden auf diese Weise zu Marktteilnehmenden, die kurzfristig ihr Handeln optimieren müssen, ohne ihr eigenes Handeln weiterhin in einen größeren Zusammenhang einzubetten. Globale und makrostrukturelle Rückwirkungen auf das eigene Handeln werden selten bedacht und treffen die AkteurInnen oft vollkommen überraschend. Die Abwicklung von Kleinkreditprogrammen kann bis ins Detail geplant sein, die Kostenrechnung kann penibel sein. Wenn es aber zu Inflation, Währungsabwertungen und Zinssatzsteigerungen kommt, dann handelt es sich um exogene Schocks, die sich dem eigenen Einzugsbereich vollkommen entziehen. Als unabänderliche Strukturen bleiben sie in der individuellen Planung genau so ausgeblendet wie das Wetter, im konkreten Handeln dreht sich alles um Verbesserungen im Kleinen. Die Frage von Ungleichheiten und strukturellen Ungerechtigkeiten bleibt im konkreten Handeln derartiger Kleinkreditprogramme zumeist ausgeblendet (Hanak 2000: 322). Sozialtechniken können nämlich leicht für die Interessen der Machtstruktur vereinnahmt werden. Die VermittlerInnen begeben sich damit in die gleiche Sackgasse, wie das vielfach kritisierte technokratische Wissen, das in den 50er und 60er Jahren in der Entwicklungsplanung vorherrschend war. Immer mehr AkteurInnen der Zivilgesellschaft gehen in ihrem Handeln ebenso wie früher die Staatsbürokratie davon aus, es gebe so etwas wie „neutrales“ Wissen und eine „objektive“ fachliche Kompetenz. Die Folgen für den Entwicklungsprozess sind fatal; vor allem deshalb, weil es sich heute bei diesen VermittlerInnen um Personen und Organisationen handelt, die sich noch vor 10, 15 Jahren gegen das autoritäre Planungsverständnis stellten und nach alternativen Entwicklungsmodellen suchten: Dieser Teil der Zivilgesellschaft war ein – zwar durchaus widersprüchlicher – sozialer Raum mit einer von Staat und Markt in Ansätzen

verschiedenen Handlungslogik und einem gewissen emanzipatorischen Potential. Die sozialliberale Vereinnahmung resultierte in einer Banalisierung dieses Potentials, in einer Reduktion zivilgesellschaftlicher Praxis auf Fürsorgedienste.

3.3 Kooperation und Konkurrenz

Der Diskurs von Markt, Effizienz und Privatinitiative, der eben noch als Neoliberalismus massiver Kritik ausgesetzt war, wurde somit im Gewand des Sozialliberalismus weitgehend unbestritten als neue historische Wahrheit akzeptiert. Es ist beeindruckend, wie so scheinbar marktferme Bereiche wie Heiraten und Bildung, aber auch die Freiwilligenarbeit und gegenseitiges Vertrauen als soziale Räume konstruiert wurden, in denen der Eigennutzen dazu führe, optimale Mittel einzusetzen, um seine Ziele zu erreichen: überall sehen immer mehr Menschen Märkte und Kapital. Diese am Individuum ansetzende Weltansicht ist zunehmend weit über den Kreis der Ökonomen hinaus attraktiv, denn der Liberalismus liefert eine einleuchtende und logische Reduktion der Wirklichkeit. In der Tat stehen einzelne und Organisationen in Marktwirtschaften regelmäßig in Konkurrenz, in der Tat wohnt dem Kapitalismus eine Tendenz inne, alles zu bepreisen und damit zu einer Ware zu machen. In diesem Sinne sind Kosten-Nutzen-Rechnungen in kapitalistischen Marktwirtschaften wichtig, weil sie eine Handlungsorientierung geben. Gleichzeitig jedoch mündet ein logisch-lineares Weltbild, wie es der Liberalismus mit seinen Kategorien anbietet, in modernen Gesellschaften und angesichts komplexer Probleme rasch in Sackgassen. Diese individuelle Perspektive und die Reduktion der Wahrnehmung auf den Aspekt der Konkurrenz blendet die zweite Dimension kapitalistischer Marktwirtschaften, nämlich die Seite der Kooperation aus. Die ungeheure Anhäufung individuellen Reichtums wäre durch Arbeit im „Schweisse seines Angesichts“ allein nie möglich. Selbst die Fleissigen und Tüchtigen kämen nicht weit, gebe es nur Konkurrenz und nicht eben auch Kooperation. Ohne helfende Hände nützt unternehmerische Initiative nichts, ohne Arbeiterschaft gäbe es kein Kapital. Die Dominanz individuellen Eigennutzes würde somit selbst die Paradeform kapitalistischer Marktwirtschaften, das Unternehmen, ruinieren. Auch innerhalb jeden Betriebes muss das Spannungsverhältnis von Konkurrenz und Kooperation ausgeglichen werden, um wirksam agieren zu können. Umso mehr gilt dies in NROs, in der Zivilgesellschaft und auf dem Feld der EZA. Um aber mit zirkulären und widersprüchlichen Prozessen umzugehen, ist ein dialektischer und reflexiver Zugang unumgänglich.

3.4 Lateinamerikanisierung Europas?

Die Beschäftigung mit Fragen der Entwicklungspolitik wird heute durch den europäischen Einigungsprozess fast vollständig verdrängt. Internationalisie-

rung, sei es in der unternehmerischen, aber auch in der universitären Praxis ist immer mehr auf die Zentren der Weltwirtschaft beschränkt. De facto wird die Politik gegenüber der Peripherie der Weltwirtschaft unter die selben Gesichtspunkte gestellt wie die gegenüber der sozialen Peripherie im eigenen Land. Eine Mischung aus Fürsorge- und Sicherheitspolitik, aus SozialhelferInnen und PolizistInnen hier, ExpertInnen der EZA und Militär dort. Dabei wird getan, als handle es sich hierbei um marginale Probleme, die kein breiteres allgemeines Interesse verdienen. Gerade die Diskussionen um Sozialliberalismus und Treffsicherheit zeigen, dass aus der Reflexion über Entwicklungspolitik auch für die europäische Politik relevante Feedbacks geliefert werden können.

Im Kern dreht sich das sozialliberale Modell, das in vielen Staaten in den 90er Jahren als Antwort auf den Ultraliberalismus entstand, darum, die Gesellschaft auf einen Markt zu reduzieren. Der Markt sei eine natürliche Ordnung, die Freiheit, Glück und Gerechtigkeit schaffe. Einzig aus Marktverzerrungen resultieren einzelne Probleme, denen sich eine sozial verantwortliche Politik zu widmen habe. Ein derartiger Bereich sei die Armenfürsorge. Sozialpolitik sei keine Gesellschaftspolitik, von der alle Mitglieder eines Gemeinwesens profitieren, sondern sie sei auf die Bedürftigen zu fokussieren, denen die ausreichende Mündigkeit fehle, am Markt bestehen zu können. Normale Mitglieder des Gemeinwesens, d.h. die sogenannte Mittelschicht, sind Marktteilnehmende, für die die Politik sicherstellt, dass die Märkte funktionieren. Dazu benötigt der Staat ein funktionierendes Rechtssystem und vor allem ausreichende Ordnungshüter. Es ist dies die angelsächsische Tradition einer Gesellschaft der Besitzbürger. Die Folge dieses besitzbürgerlichen Modells war immer eine mehr oder weniger stark ausgeprägte soziale Polarisierung in Besitzende und Habenichtse und eine sozialräumliche Polarisierung in Slums und Mittel- und Oberschichtswohngebenden.

In Kontinentaleuropa und Skandinavien basierte die Gesellschaft in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts auf anderen Grundlagen. Eine republikanische Tradition verankerte neben den Prinzipien des Marktes auch diejenige des Rechts in der Gesellschaftsordnung. Das Recht schafft einen Anspruch, ein *entitlement*, das den Mitgliedern eines Gemeinwesens als BürgerInnen zusteht. Darauf basierte der Wohlfahrtsstaat, der in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge, und ansatzweise über das Mietrecht auch beim Wohnen universelle Rechte schuf. Es bildete sich – zumindest vom Anspruch her – ein einheitliches System sozialer Dienste heraus, das allen BürgerInnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in gleicher Qualität sichergestellte. Seine Wirksamkeit verdankte der Wohlfahrtsstaat der teilweisen Entkommodifizierung, d.h. dem Umstand, dass Bildung und Gesundheit keine Waren waren, die auf Märkten erhältlich waren, sondern öffentlich bereitgestellt wurden. Die sozialräumliche Homogenität von Städten wie Wien ist nur vor dem Hintergrund des Wohlfahrtsstaates und der teilweisen Entkommodifizierung des Wohnungssektors verständlich (Novy et al. 2001), wohingegen Segregation und Kommodifizierung Hand in Hand zu gehen scheinen.

Der Neoliberalismus zerstörte vor allem an der Peripherie und insbesondere in den Schwellenländern die Ansätze von Wohlfahrtsstaates, die sich im Zuge der nationalstaatszentrierten Entwicklungsweise herausbildeten. Hierbei waren die Strukturanpassungen und allgemeine Budgetkürzungen im Sozialbereich die wirksamsten Maßnahmen. Der Sozialliberalismus setzt das Werk des Neoliberalismus fort, indem er ein neues Modell des Sozialstaats einführt. In diesem Modell werden in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge zum Teil erneut Märkte eingeführt, zum Teil Märkte geschaffen. „Rechte“ gibt es im Sozialliberalismus keine mehr, einzig Fürsorgeleistungen, die nach Maßgabe der Finanzierbarkeit vom Staat angeboten werden. Die *Entrechtlichung des Sozialen* ist der Kern des Sozialliberalismus, und es ist dieser Umstand, der den Sozialliberalismus zu einer reaktionären, im Sinne einer rückwärtsgewandten Ideologie macht. Für die Unterschichten sind die Unterschiede zwischen einem prekären Sozialstaat, dessen Netz vor allem an der Peripherie mehr als löchrig war, und dem Sozialliberalismus gering. In beiden Fällen wird ihnen die Teilhabe an der Gesellschaft nur als BürgerInnen zweiter Klasse ermöglicht, eben als diejenigen, die nicht fit für den Markt und damit die besseren und teureren sozialen Dienste sind. Katastrophal ist der Sozialliberalismus für gute Teile der Mittelschicht, die sich nun soziale Dienste erneut zur Gänze über den Markt organisieren müssen, wenn sie nicht ihren sozialen Abstieg zur Kenntnis nehmen wollen. Die Mittelschicht steht vor der Wahl: entweder die Privatschule zahlen oder den Kindern Berufschancen versperren; entweder eine private Gesundheitsversicherung oder endlose Wartschlangen im öffentlichen System. Der Sozialliberalismus hat die Länder der Peripherie schon verändert, die Mittelschicht Lateinamerikas ist geschrumpft und in einer sozial äußerst prekären Situation. Nun werden über den Diskurs der Treffsicherheit auch immer größere Teile der europäischen Mittelschicht aus dem Sozialstaat gedrängt. Die Reflexion über die Erfahrungen der Peripherie mit dem Sozialliberalismus sind nicht nur entwicklungspolitisch bedeutsam, sie sind von höchster politischer Aktualität im Europa von heute.

4. Resumee

Der Siegeszug liberalen Gedankengutes ist kein Zufall. Der Liberalismus mit seiner individualistischen und besitzbürgerlichen Gesellschaftsvorstellung ist tief in die Alltagskultur eingedrungen – in Österreich genauso wie in weiten Teilen der Welt (Oliveira 1998). Der Liberalismus ist ideologisch und politisch weitgehend hegemonial geworden, und zwar sowohl politisch und ökonomisch als auch ethisch-kulturell. Daher müssen auch die entwicklungspolitischen AkteurInnen das ABC des Liberalismus kennen und sich in Theorie und Praxis des Liberalismus orientieren können. Wie Bowles und Gintis (1986) betonen, gibt es auch im Liberalismus ein progressives Potential – daraus resultiert ja letztlich auch ein Gutteil seiner Attraktivität. Jedoch haben die Veränderungen

der letzten Jahre gezeigt, dass die Annäherung an liberale Theorien und Praktiken dem Anliegen von Solidarität und Gerechtigkeit zumeist keinen guten Dienst erwiesen hat (Becker 1998). Vereinnahmung und Würgegriff liegen beim Sozialliberalismus eng beieinander. Die Kunst der Reflexion besteht darin, die widersprüchliche Welt, die uns umgibt, wahrzunehmen und handlungsfähig zu bleiben – ohne Widersprüche zwanghaft auflösen zu wollen. Konkret heißt dies imstande zu sein, liberal und gleichzeitig nicht-liberal denken, argumentieren und handeln zu können – wir müssen uns dialektisches Denken wieder aneignen. Dies erleichtert das konkrete Handeln, denn auf dem Feld der Praxis besteht die Kunst darin, in einem ersten Schritt die Widersprüchlichkeiten im dominanten Diskurs aufzuzeigen und in einem zweiten mögliche Veränderungsstrategien zu entwerfen.

Abstracts

This article analyses the relationship between theory and practise in the field of development co-operation. It focuses on the often underestimated importance of theory generation for the praxis of development co-operation. The main critique is directed towards liberalism which, in transforming itself from neo- to social liberalism, has become hegemonic to an astonishingly high degree. But even the liberal understanding of civil society and non-governmental organisations as non-state-actors is analytically and politically of limited usefulness. Concepts of political economy, that view civil society as a politically and culturally hard-fought field, contribute considerably more to the understanding of development processes. In the second part of the article the liberal theory and practise of development co-operation is being analysed in historical perspective. The article ends by criticising and deconstructing the social liberal concepts of focalisation and poverty alleviation.

Der Artikel untersucht den Zusammenhang von Theorie und Praxis im Feld der EZA. Dabei wird die oftmals unterschätzte Bedeutung der Theoriebildung für die Praxis der EZA hervorgehoben. Im Mittelpunkt steht hierbei ein kritische Auseinandersetzung mit dem Liberalismus, der im Übergang von Neo- zum Sozialliberalismus in einem beeindruckenden Ausmaß hegemonial geworden ist. Aber schon der liberale Zugang zu Zivilgesellschaft und NROs, der beide als nicht-staatliche AkteureInnen versteht, erweist sich als analytisch und politisch wenig brauchbar. Der Erklärungswert politökonomischer Theorien, die Zivilgesellschaft als einen politisch und kulturell umkämpften Raum sehen, ist deutlich höher. Im zweiten Kapitel wird die liberale Theorie und Praxis in der EZA aus historischer Perspektive untersucht. Der Artikel schließt mit einer Kritik an den sozialliberalen Konzepten von Treffsicherheit und Armutsbekämpfung.

Literatur

- Adorno Th. W. 1997. *Negative Dialektik*, 9. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Becker, J. 1997. „Entwicklungsmodelle, Internationalisierung und Verteilung“. In: Raza, W., A. Novy. *Nachhaltig arm – nachhaltig reich?* Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind, 135–174.
- Becker, J. 1998. „Der kurze Traum immerwährender Demokratie“. *Kurswechsel* 1/98, 11–22.
- Becker, J. 2001. *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Habilitation. Eingereicht an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Boris, D. 1998. *Soziale Bewegungen in Lateinamerika*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Bosi, A. 1999. *A dialética da colonização*. São Paulo: Companhia das Letras.
- Bowles, S., H. Gintis. 1986. *Democracy and Capitalism*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Bröckling, U. 2000. „Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement“. In: Bröckling, Ulrich et al.: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 131–167.
- Castela, R., A. Novy. 1996. „Der schwierige Zutritt der Armen zu Staat und Zivilgesellschaft im brasilianischen Bundesstaat Acre“. In: Kolland et al. *Staat und zivile Gesellschaft. Beiträge zur Entwicklungspolitik in Afrika, Asien und Lateinamerika*. Historische Sozialkunde 8. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind, 73–92.
- Cowen, M. P., R. W. Shenton. 1996. *Doctrines of Development*. London and New York: Routledge.
- Deacon, B., M. Hulse, P. Stubbs. 1997. *Global Social Policy. International organizations and the future of welfare*. London: Sage.
- Feldbauer, P. et al. 1999. *Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929 bis 1999)*. HSK 15. Internationale Entwicklung. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.
- Foucault, M. 1983. *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Freire, P. 1984. *Pädagogik der Unterdrückten*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Friedmann, J. 1992. *Empowerment. The Politics of Alternative Development*. Cambridge/US, Oxford: Basil Blackwell.
- Foucault, M. 1983. *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Furtado, Celso. 1997. *Obra Autobiográfica*. Tomo I, São Paulo: Paz e Terra.
- Giddens, Anthony. 1988. *Die Konstitution der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus.
- Grabher, G. 1994. *Lob der Verschwendung: Redundanz in der Regionalentwicklung; ein sozioökonomisches Plädoyer*. Berlin: Ed. Sigma.
- Gramsci, Antonio. 1971. *Selections from the Prison Notebooks*. Edited and translated by Hoare, Qu. and G. N. Smith. London: Lawrence and Wishart.
- Hanak, Irm. 2000. Micro-credit programs' undelivered promises in poverty alleviation. *Journal für Entwicklungspolitik* 3/2000, 303–328.
- Hobsbawm, Eric. 1995. *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*. London: Abacus.
- Jäger, J., G. Melinz, S. Zimmermann. 2001. *Sozialpolitik in der Peripherie*. HSK 19. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.
- Kay, C. 1989. *Latin American Theories of Development and Underdevelopment*. London and New York: Routledge.
- Kolland, Franz et al. 1996. *Staat und zivile Gesellschaft. Beiträge zur Entwicklungspolitik in Afrika, Asien und Lateinamerika*. Historische Sozialkunde 8. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.

- Lemke, Thomas. 1997. *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Argument Sonderband Nr. 251, Berlin/Hamburg: Argument.
- Lemke, Thomas. 2000. „Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung“. In: Bröckling, U. et al.: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–40.
- Lueger, M. 2000. *Auf den Spuren der sozialen Welt. Methodologie und Organisation interpretativer Sozialforschung*. Habilitationsschrift. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Novy, A. 1996. „Zivilgesellschaft: Hoffnungsträger oder Trojanisches Pferd?“ *Kurwechsel* 1/96, 26–38.
- Novy, A. 2000. „Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt“. *Journal für Entwicklungspolitik* 2/2000, 189–208.
- Novy, A., V. Redak, J. Jäger, A. Hamedinger A. 2001-forthcoming. „The End of Red Vienna – Recent ruptures and continuities in urban governance“. *The Journal of European Urban and Regional Studies* 2/01.
- Nuscheler F. 1996. *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. 4. Aufl. Bonn: Dietz.
- Oliveira, F. 1998. „Avantgarde der Rückständigkeit und Rückständigkeit der Avantgarde. Globalisierung und Neoliberalismus in Lateinamerika“. *Kurwechsel* 1/98, 87–97.
- Parnreiter, Ch., A. Novy, K. Fischer. 1999. *Globalisierung und Peripherie. Neustrukturierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika*. Historische Sozialkunde 14. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.
- Polanyi, K. 1978. *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Raffer, K., Singer H. W. 1996. *The Foreign Aid Business. Economic Assistance and Development Co-operation*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Schicho, W. 1997. „Positionen in der Zivilgesellschaftsdebatte: Gemeinschaft der Akteure versus Verhandlungsraum“. *Journal für Entwicklungspolitik* 4/97, 365–372.
- Schmid, W. 1991. *Auf der Suche nach einer neuen Lebenskunst. Die Frage nach dem Grund und die Neubegründung der Ethik bei Foucault*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Thiel, R. Hg. 1999. *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*. Bonn: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung. Themendienst der zentralen Dokumentation, No. 10.
- Wagner, B. 1997. „Zum Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ (società civile) bei Antonio Gramsci“. *Journal für Entwicklungspolitik* 4/97, 359–364.
- Weick, K. 1985. *Der Prozeß des Organisierens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Andreas Novy, Wirtschaftsuniversität Wien, Rossauer Lände 23, A-1090 Wien
e-mail: andreas.novy@wu-wien.ac.at

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 139–142

Michael Obrovsky

Standortbestimmung der entwicklungspolitischen NGOs in Österreich

Dieser Beitrag ist die Zusammenfassung eines Diskussionsbeitrages und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Sinne von erforderlicher Komplexitätsreduktion wird nur dort exemplarisch auf Details verwiesen, wo dies zur Anschaulichkeit beiträgt.

1. Zur Struktur der NGOs und ihre Verankerung in der Zivilgesellschaft

Zu Beginn der 80er Jahre läßt sich die österreichische entwicklungspolitische NGO Szene folgendermaßen charakterisieren:

Viele kleinere Vereine und Solidaritätsgruppen bildeten gemeinsam mit kirchlichen und kirchennahen Einrichtungen ein *tragfähiges Fundament für entwicklungspolitisches Engagement*. Vor allem Studierende, engagierte ChristInnen und international ausgerichtete SozialdemokratInnen bilden den zivilgesellschaftlichen Rückhalt in der „Entwicklungshilfe“. Die Befreiungstheologie, ein christlich sozialer Ansatz oder ein revolutionärer marxistischer Ansatz waren das ideologische Legitimationsgebäude für den Anspruch an gesellschaftsverändernden internationalen Aktivitäten in Österreich.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre haben einige große internationale Hilfswerke (World Vision, Hunger Projekt), die vor allem mit emotionsgeladenem Fundraising den österreichischen Spendenmarkt bearbeiteten, Niederlassungen oder österreichische nationale Vereine gegründet.

Ab Beginn der 90er Jahre wurden verschiedene neue Vereine und Einrichtungen (KFS, ÖNSI, KOMMENT) gegründet, um auch als *Projektdurchführungsorganisationen für öffentliche Projekte* zur Verfügung zu stehen. Da diese Gründungen aber in erster Linie Diversifizierungen von Aktivitäten anderer bestehender Einrichtungen waren, die aus politischen, strategischen Überlegungen durchgeführt wurden, fehlte hier der unmittelbare Rückhalt der Zivilgesellschaft. Dieser wurde aus der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Gründungsorganisationen für die Zivilgesellschaft abgeleitet.

Der Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 hat für die Österreichische Entwicklungspolitik und für die projektdurchführenden Organisationen eine *Internationalisierung ihrer Arbeit* mit sich gebracht. Die Forderung der EZA Verwaltung nach *Professionalisierung* nichtstaatlicher Einrichtungen zielte vor allem auf die Herstellung organisatorischer Voraussetzungen für eine Teilnahme am europäischen und internationalen Wettbewerb des Entwicklungsbusiness.

Österreichische entwicklungspolitische NGOs wurden daher in den 90er Jahren zunehmend zu *NPOs* (*Non-Profit-Organisations*), die ihre operationellen Aktivitäten mit Hilfe von ihnen gegründeten gemeinnützige GesmbHs umsetzen. Der „link“ zur Zivilgesellschaft bleibt einerseits über die Vereinsstruktur bestehen, die als Träger des „professionell agierenden Betriebes“ weiterbesteht, oder über den Hinweis, dass die Organisation in eine übergeordnete Struktur zivilgesellschaftlicher Akteure eingebunden ist.

Organisierte Akteure der Zivilgesellschaft (Kirchen, Gewerkschaften, Parteien) haben die Agenden der Entwicklungshilfe an kleinere, durchaus professionell agierende Organisationseinheiten und Strukturen delegiert, wo sie als marginalisierter Akteur der Zivilgesellschaft auftreten. Die Fusion kirchennaher Einrichtungen zu Beginn des Jahres 2001 (HORIZONT 3000) ist als Strukturvereinbarung und als Professionalisierungsschritt im EU-Wettbewerb zu sehen. Diese strukturelle Konzentration hat zwar einen organisatorischen „Platzhirsch“ geschaffen, die politische Position muß aber erst gefunden und definiert werden.

Die Möglichkeit eines Rückgriffs auf die *Zivilgesellschaft als „kritische Masse“*, die eine Veränderung der Politik herbeiführen kann, ist im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in den letzten 20 Jahren abhanden gekommen. Das Wissen über das Thema hat zweifelsfrei zugenommen, das Engagement beschränkt sich aber auf bestimmte Lebensabschnitte und ist zeitlich begrenzt.

Die Rolle der Medien (ORF – Nachbar in Not) als Fundraiser und die damit verbundene mediale Präsenz der Katastrophenhilfe hat die öffentliche Wahrnehmung von Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit verändert (Spendenweltmeister Österreich). Die Zivilgesellschaft wurde medial auf die Spenderfunktion reduziert, die NGOs auf die perfekte logistische Abwicklung von Lieferungen erforderlicher Hilfsgüter.

2. Die Beziehung der öffentlichen EZA zu den entwicklungspolitischen NGOs 1990–2001

Die Beziehung der öffentlichen EZA zu den österreichischen NGOs ist aus historischen Gründen grundsätzlich *positiv* besetzt. Sie ist von einer aus den 70er Jahren stammenden gegenseitigen Abhängigkeit geprägt, die in den 90er Jahren durch konkrete politische Vorgaben der EZA Verwaltung – wie etwa die Länderschwerpunktsetzung – verändert wurde.

Nichtstaatliche Organisationen haben vor allem ihre *entwicklungspolitisch gestaltende Rolle*, die sie bis zu Beginn der 80er Jahre hatten, in der zweiten Hälfte der 80er Jahre abgegeben. Mit der Einrichtung einer EZA-Sektion im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und mit der deutlichen Steigerung der Mittel für die Programm- und Projekthilfe (PPH) des BMaA bis zu Beginn der 90er Jahre wurde die Basis für eine Entwicklungspolitik als Teil einer österreichischen Aussenpolitik gelegt.

Bedingt durch diese stärkere politische Positionierung des BMaA und bedingt durch die schrittweise Erhöhung der für die PPH bereitgestellten Mittel auf rund

eine Mrd. ATS bis zum Jahr 1994 haben sich die österreichischen NGOs auch in ihrem Selbstverständnis immer mehr zu *Auftragnehmern öffentlicher Projekte* entwickelt. Durch die *Übernahme von hoheitlichen Verwaltungsaufgaben (Auslagerungen)* in die Strukturen der NGOs konnte in den 90er Jahren eine Expansion und ein strukturelles Wachstum einiger NGOs beobachtet werden, das nicht durch entsprechende Eigenmittel bzw. durch eine entsprechende zivilgesellschaftliche Verankerung abgesichert war.

Die NGOs haben dadurch zwar die Schaffung einer Agentur für öffentliche EZA verhindern können, sind aber selbst immer mehr in eine Position der *finanziellen und politischen Abhängigkeit* geraten, die mit ihrem Selbstverständnis als unabhängiger Akteur der Zivilgesellschaft im Widerspruch steht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass einige Unternehmen, die bei der Abwicklung von Projekten des BMaA in einem Konkurrenzverhältnis zu NGOs stehen, von ehemaligen Mitarbeitern der NGOs gegründet wurden.

Die Beziehung der öffentlichen EZA mit den NGOs wurde daher zunehmend mehr über die Ebene der *Finanzierung* definiert als über entwicklungspolitisch inhaltliche Auseinandersetzungen. Die Diskussion zwischen den NGOs und der EZA Administration wurde auf Fragen des Projektbegleitentgelts und auf die Höhe des Kofinanzierungsprozentsatzes reduziert, während sich auf der politischen Ebene zwischen Vertretern der Kirchen, Gewerkschaften und Parteien Fragen der Entwicklungspolitik auf allgemeine Zustimmung beschränkten. Substantielle Veränderung beim EZA-Budget konnten nicht durchgesetzt werden.

Die Instrumente der internationalen EZA haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten ebenso verändert. Von der *Projektfinanzierung* der Geberländer ist ein *Trend hin zu Programm- und Budgetfinanzierung* zu beobachten, der auf dem *CDF-Ansatz* (Comprehensive Development Framework) der *Weltbank* aufbaut und der den Entwicklungsländern mehr Verantwortung für ihren eigenen Entwicklungsweg überträgt. In diesem Sinn ist es Aufgabe des Empfängerlandes eigene Sektorprogramme zu entwickeln, zu denen ein Geberland einen finanziellen Beitrag leistet.

Die Rolle der Nord-NGOs – speziell der österreichischen – ist hier noch zu definieren. Fest steht aber, dass durch diesen Paradigmenwechsel in der internationalen EZA die NGOs vor einer grundlegenden Aufgabenänderung stehen, die sich nicht in der Rolle des „besseren Entwicklungshelfers“ erschöpfen kann.

Die Bedeutung der NGOs sowohl für die Legitimierung der öffentlichen EZA als auch für die Durchführung öffentlicher Projekte ist daher in den letzten Jahren auf Grund dieses Paradigmenwechsels zurückgegangen.

Eine *Neupositionierung der entwicklungspolitischen NGOs* sollte aber nicht aus der Perspektive des sentimentalischen Rückblicks erfolgen, sondern vor dem Hintergrund eines demokratischen Anspruchs der *Mitgestaltung von Politik*. In den letzten 20 Jahren wurden die Bedingungen für die demokratische Mitgestaltung von Politik auch durch den Prozess der Globalisierung verändert. Wenn NGOs einen entwicklungspolitischen Anspruch stellen, dann müssen sie sich in

den politischen Prozess einmischen und dürfen sich nicht allein auf die Durchführung von Projekten – sei es im Süden oder auch in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich – beschränken.

Eine Entpolitisierung der Entwicklungspolitik hin zur Entwicklungszusammenarbeit hat zu einem sehr technischen Verständnis von Entwicklung geführt, hinter dem sich all zu leicht politische und ökonomische Interessen verstecken können.

Abstracts

The following contribution provides a short summary of the main changes of the structures, the methods and the relationship between developmental NGOs and civil society during the last two decades in Austria. The article also briefly treats the relationship between development administration and NGOs. In the view of the various global political and economic changes (globalisation, disintegration of the USSR) and some changes in Austria (EU-membership, budget restrictions) NGOs changed to project implementation agencies, which reduced their political functions for civil society.

Ziel der vorliegenden kurzen Standortbestimmung ist es, mit Hilfe von einigen schlagwortartigen Gedankengängen die Veränderungen der Struktur, der Arbeitsweise und der Verankerung entwicklungspolitischer NGOs in der Zivilgesellschaft Österreichs in den letzten 20 Jahren zu beschreiben. Kurz skizziert werden auch die Veränderungen der Beziehungen zwischen der Verwaltung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und NGOs. Es zeigt sich, dass sich NGOs zu Projektdurchführungsorganisationen entwickeln, die ihre politischen Funktionen in der Zivilgesellschaft reduzieren.

Michael Obrovsky, ÖFSE (Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe), Berggasse 7, A-1090 Wien
e-mail: m.obrovsky@oefse.at

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 143–164

Andreas Novy und Silvia Nossek

Wisse, was du tust – Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische Schlüsselkompetenz

1. Die Krise der entwicklungspolitischen Nicht-Regierungsorganisationen

Krisen sind Zeiten, in denen das Alte stirbt und das Neue noch nicht entstanden ist. In genau so einer Krise befinden sich die entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs). Ihre alte Identität erscheint ungeeignet, das neue Gewand passt noch nicht so recht. Unbestritten ist, dass sich NROs im Zentrum und an der Peripherie in den letzten beiden Jahrzehnten verändert haben. Ihr Engagement ging tendenziell weg von einer politisch-umfassenden Intervention in eine ungerechte Welt hin zu professioneller und wirksamer Zusammenarbeit mit den Mächtigen in Staat und Wirtschaft. Wollen wir nicht einem naiven Fortschrittsglauben anhängen, der das Modische immer auch als das Bessere ansieht, müssen wir uns fragen, wie dieser Wandel einzuschätzen ist.

Geschichte wird ständig neu geschrieben, Interessen und Bedürfnisse der Gegenwart erwecken immer wieder auch neue Aspekte des Vergangenen zum Leben. Der nostalgische Blick zurück, der bei vielen AkteurInnen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) feststellbar ist, resultiert ebenso aus gegenwärtigen Befindlichkeiten, wie die Abwertung früherer Formen der EZA erst vor dem Hintergrund aktueller Interessen verständlich wird.

So ist es nicht verwunderlich, dass auf der einen Seite den Zeiten solidarischer EZA nachgeweiht wird, als die europäische Sozialdemokratie „Chiles demokratischen Weg zum Sozialismus“ unterstützte, europäische Basisgemeinden mit der lateinamerikanischen Befreiungstheologie sympathisierten und österreichische Solidaritätsgruppen die Unabhängigkeitsbewegungen an der Peripherie unterstützten. Zwar je nach Organisation und Standort unterschiedlich wurde diese Vergangenheit für die meisten NROs identitätsbegründend. In Entwicklungshilfeeinsätzen wurden Genossenschaften gefördert, Alphabetisierungsprogramme koordiniert oder Landbesetzungen unterstützt. In der Bildungsarbeit hier in Österreich standen bei Kampagnen wie „Hunger ist kein Schicksal“ die industrialisierte Landwirtschaft oder bei „Kauf keine Früchte der Apartheid“ die deutschen Konzerne und Banken im Mittelpunkt der Kritik. Wurden die BetreiberInnen dieser Initiativen damals als radikale KritikerInnen der herrschenden Ordnung verschrien, so haben sich die Verurteilung der Apartheid und die Kritik an der industrialisierten Landwirtschaft heute als großteils unbestrittene Positionen etabliert. Zu Recht sind viele auf diese Ursprünge stolz, mit Zufriedenheit weisen sie darauf hin, schließlich Recht behalten zu haben.

Auf der anderen Seite zeigte sich jedoch, dass die Praxis der Alltagsarbeit nicht ewig aus der Vergangenheit zehren kann. Was seinerzeit möglich und sinnvoll war, muss dies in neuen Zusammenhängen nicht länger sein. Wenn nicht die allgemeine Kritik an der Apartheid, sondern ein konkreter Beitrag zur Überwindung der damit verbundenen Strukturen gefordert ist, reichen Info-Tische nicht. Wenn nicht die Aufklärung über Hunger und Überproduktion von der Regierung gefördert wird, sondern konkrete Projekte für ökologischen Landbau in einzelnen Staaten der Peripherie, heißt die Wahl: entweder ehrenamtlich aufklären oder bezahlt ein alternatives Projekt durchführen. Wenn staatliche Fördergeber weniger Geld bereitstellen und dieses Geld nur für bestimmte Aktivitäten zur Verfügung stellen, dann kann nicht mehr das gleiche gemacht werden wie in der Vergangenheit. Wenn sich die Betreuung ehrenamtlicher Initiativen in Lohnkosten niederschlägt, geraten derartige Freiwilligenarbeiten in Zeiten knapper Budgets ins Visier des Sparstifts. Wenn in der Öffentlichkeit die Veruntreuung von Spendengeldern bekannt wird, dann ist der Wunsch von SpenderInnen verständlich, Nachweis zu erhalten, dass das Geld auch dort ankommt, wofür es gespendet wurde.

Die entwicklungspolitischen NROs kommen durch zwei große strukturelle Entwicklungen unter Druck: Zum einen ist im Feld der EZA das Abgehen von der klassischen Entwicklungshilfe als monetärer Transfer von den Zentren zur Peripherie der Weltwirtschaft offensichtlich. Die staatlichen Entwicklungshilfebudgets gehen zurück, das Interesse an Fragen der Entwicklung – niemals besonders ausgeprägt – verliert gegenüber dem an Katastrophen- und Sozialhilfe weiter an Bedeutung, Organisationen mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen kämpfen um ihre Legitimation. Zum anderen haben in der politökonomischen Entwicklung die NROs über die letzten 20 Jahre zwar an Bedeutung gewonnen – im Laufe der 90er Jahre kulminierte diese Aufwertung paradoxerweise aber in einer Re-Verstaatlichung und einer Verbetriebswirtschaftlichung der NROs, die auch Entwicklungsarbeit zur Ware machen und die Identität von nicht auf Profit ausgerichteten Organisationen massiv in Frage stellen.

Neue Zeiten erfordern neue Fähigkeiten, und das gegenwärtige Umfeld der EZA erfordert die Professionalisierung des Handelns und die Rechtfertigung über inhaltliche Arbeit und finanzielle Abwicklung. Gleichzeitig steht die dynamisch-zukunftsorientierte Realität eines Marktes der EZA zum Teil in deutlichem Widerspruch zu den Wurzeln entwicklungspolitischer NROs.

Bei manchen der betroffenen NROs führt dies zur strikten Ablehnung aller Konzepte und Ideen aus dem Dunstkreis der Betriebswirtschaft und Organisationslehre; andere wiederum empfinden ihre eigenen Wurzeln in diesem veränderten Umfeld immer öfter als Ballast – die Grundwerte werden, ganz im Stil alterwürdiger Institutionen, musealisiert: Bei Bedarf, wenn es opportun ist und wenn kein Gegenwartsbezug hergestellt wird, erinnern sich Kirche, Sozialdemokratie und eben auch immer mehr NROs ihrer glorreichen Vergangenheit, sei es in Form der Apostelgeschichte, wo alle alles mit allen teilten, in Form der Arbeiterbewegung am Beginn des 20. Jahrhunderts, wo der kollektive Wunsch

nach mehr Gerechtigkeit die Kultur eines „roten Wien“ prägte, oder eben in Form diverser NRO-Leitbilder, die bis heute auf Solidarität, Engagement und Parteilnahme für die Benachteiligten aufbauen.

Die unreflektierte Ablehnung von Entwicklungen des eigenen Umfelds erspart zwar die eigene Weiterentwicklung, birgt aber die Gefahr des Dinosaurier-Schicksals in sich. Umgekehrt erspart zwar die unreflektierte Musealisierung der eigenen Wurzeln und die ebenso unreflektierte Anpassung an neue Gegebenheiten kurzfristig die Auseinandersetzung mit den dahinter liegenden Widersprüchen. Mittelfristig führt diese nicht verarbeitete Kluft zwischen inneren Werten und gelebter Praxis jedoch zu Zerrissenheit, Orientierungslosigkeit nach innen und mangelnder Glaubwürdigkeit nach außen.

Reflexion setzt oftmals erst dann ein, wenn eine Organisation einen kräftigen Dämpfer erhält oder gar in ihrer Existenz gefährdet ist: Sowohl die österreichische Sozialdemokratie als auch die deutsche Christdemokratie beschäftigen sich erst seit ihrem ungewollten Abschied aus der Regierungsposition wieder mit der Frage ihrer eigenen Identität. Der Sachzwang des EZA-Marktes und die Konkurrenz um knapper werdende Mittel produzieren einen Widerspruch, der die AkteurInnen in NROs existenziell herausfordert: Die nach außen getragenen Werte lassen sich im Alltagsgeschäft und im Alltagshandeln kaum mehr einlösen.

Dies ist der Rahmen, innerhalb dessen die folgenden Überlegungen angestellt werden. Im Mittelpunkt steht hierbei die Reflexion der Praxis der NROs und die Einsicht, warum eben diese Reflexion für den Bestand der NROs in Zukunft unabdingbar sein wird. Zum einen geht es darum, die eigene Identität zu hinterfragen, nicht, sie über Bord zu werfen. Und zum anderen gilt es, sich für die geforderte Professionalisierung nicht einem maschinenorientierten Verständnis von Organisation und Wissen auszuliefern, sondern ein der Komplexität des Feldes angemessenes Organisationsverständnis zu finden, das Raum lässt für Widersprüche, Dialog und Kreativität.

2. Wisse, was du tust

Selbstkritik und Reflexionsfähigkeit beruhen auf einer menschlichen Grundkompetenz, nämlich der Fähigkeit mit Widersprüchen umzugehen, diese zuzulassen und keine vorschnellen Auflösungen der daraus resultierenden Spannungen zu fordern. „Wisse, was du tust“, so lautet ein Ratschlag in Karl Weicks Managementbuch über den Prozess des Organisierens (Weick 1985). Darin zitiert er auf Seite 44 die folgende Beschreibung aus einem Buch von John Steinbeck: „Die mexikanische Sierra hat 17 plus 15 plus 9 Dorne in der Rückenflosse. Die kann man ohne Schwierigkeiten zählen. Wenn die Sierra aber mit aller Kraft an der Angel zieht, so daß uns die Hände brennen, wenn der Fisch lärmt und beinahe entkommt und schließlich über die Relling hereinfällt, mit pulsierenden Farben und einem die Luft peitschenden Schwanz, dann ist in unserer Beziehung eine

völlig neue Körperlichkeit ins Dasein getreten – eine Einheit, die mehr ist als die Summe von Fisch und Fischer. Der einzige Weg, die Dorne der Sierra unbeeinflusst von dieser zweiten, dieser Beziehungs-Wirklichkeit zu zählen, liegt darin, in einem Labor zu sitzen, ein übelriechendes Einmachglas zu öffnen, einen steifen, farblosen Fisch aus der Formalinlösung herauszunehmen, die Dorne zu zählen und die Wahrheit zu schreiben ... Dort hast du dann eine Wirklichkeit festgehalten, die nicht angegriffen werden kann – wahrscheinlich die für den Fisch wie für dich am wenigsten wichtige Wirklichkeit. Es ist gut, zu wissen, was du tust. Der Mann mit dem eingemachten Fisch hat eine Wahrheit niedergelegt und seine Erfahrung in vielen Lügen festgehalten. Der Fisch ist nicht diese Farbe, dieses Gewebe, dieser Tod, und er riecht auch nicht so.“

„Wisse, was du tust“ – keine schlechte Maxime auch für die EZA. Lange schon *wissen* Forschende und Helfende, dass die Welt der PartnerInnen an der Peripherie nur verstanden werden kann, wenn wir das Umfeld kennen, in dem Bäurinnen ernten, Obdachlose wohnen, Gemeinschaftsküchen ihr Essen anbieten. Wer in der Entwicklungshilfe im Einsatz war und wer regelmäßig Projektbesuche durchführt, *weiß*, wie schwer es ist, „einen Fisch, der in seinem Element ist, zu kennen und zu verstehen“. Warum weigern sich Bauern, neue Technologien zu übernehmen? Warum zögern Landlose, sich in einer Genossenschaft zusammenzuschließen? Jede Intervention im Rahmen der EZA wirft oftmals mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Jede und jeder kommt von einem Auslandsbesuch und -einsatz mit mehr Fragen zurück, als sie oder er an Antworten zu bieten hat. „*Wüssten* wir nur, wie wir die Lebensbedingungen der Menschen an der Peripherie verbessern könnten“, so die seufzend festgehaltene Hoffnung vieler PraktikerInnen, „*wüssten* wir nur, wie wir die Armut auslösen, die Umwelt bewahren und Frauen nachhaltig fördern können“, so die Wünsche engagierter MitarbeiterInnen.

Dieser Wunsch nach Wissen, das eindeutige Handlungsanweisung für wirksame Interventionen ist, das nach eingehender Prüfung aller Voraussetzungen eine Lösung liefert, die den Erfolg garantiert – dieser Wunsch nach widerspruchsfreier Logik ist verständlich. Würde sie uns doch, richtig verstanden und konsequent angewendet, vor Unsicherheit und Irrtum bewahren. Wir wollen hier verständlich machen, dass genau diese Vorstellung von objektivem, neutralem Wissen irreführend ist: Zum einen blendet eine mechanistische Betrachtungsweise viele Aspekte komplexer sozialer Systeme, wie dies Organisationen und Gesellschaften sind, aus – ebenso wie der Steinbeck'sche Forscher im Labor wichtige Aspekte der Existenz des Fisches ausblendet. Zum anderen verleugnet die Vorstellung von objektivem Wissen den Zusammenhang von Macht und Wissen, während wir diesen Zusammenhang gerade für Bereiche wie die EZA für essentiell halten – wir sprechen daher auch in Anlehnung an Michel Foucault (1983) von einem Feld von Macht-Wissen.

Krisensituationen sind auch dadurch charakterisiert, dass das bisherige Wissen zur Bewältigung der gegebenen Herausforderungen nicht (mehr) ausreicht. Will man die Bewältigung einer Krise daher nicht dem Zufall überlassen,

sind Individuen wie Organisationen in einer solchen Situation aufgefordert zu lernen. Die Entscheidung darüber, wie und was gelernt wird, hängt davon ab, welche Idee von relevantem Wissen dem zugrunde liegt. Wir werden daher zunächst solch unterschiedliche Ideen von Wissen charakterisieren, bevor wir dann mögliche Lernfelder und Lernformen für NROs in der EZA daraus ableiten. Abschließend werden Konturen einer reflektierten EZA angedeutet, bei der NROs Wissen auf kreative Weise nutzen und immer neu erzeugen, um die an sie herangetragenen Wünsche und die sich neu stellenden Herausforderungen meistern zu können.

3. Weltbilder und Formen von Wissen

Damit Menschen handeln können, benötigen sie eine Vorstellung von der Welt. Politisches Handeln im Konkreten basiert immer auf einem kollektiven Weltbild. Im folgenden stellen wir zunächst dem Bild von der Welt als Maschine die Vorstellung von der Welt als einem evolutorischen Prozess gegenüber. Dies ermöglicht uns, in einem dritten Abschnitt die enge Verwobenheit von Macht und Wissen aufzuzeigen.

3.1 Das Bild der Maschine und die Logik von Ursache und Wirkung

Die Erfindung und Einführung von Maschinen in alle Lebensbereiche hatte über die Jahrhunderte weitreichende Auswirkungen: „Maschinen haben das Wesen der Produktivität radikal verändert und über den Zeitenlauf ihre Spuren in die menschlichen Vorstellungskraft, die Gedanken und die Gefühle der Menschen gegraben. Wissenschaftler haben mechanistische Interpretationen der natürlichen Welt geliefert, und Philosophen und Psychologen haben mechanistische Theorien über den menschlichen Geist und das Verhalten von Menschen formuliert. Zunehmend haben wir gelernt, die Maschine als Metapher für uns selbst und unsere Gesellschaft zu verwenden und unsere Welt nach mechanistischen Prinzipien zu gestalten.“ (Morgan 2000: 24)

Die Faszination von Maschinen liegt zum einen in ihrer Berechenbarkeit – sind sie einmal konstruiert, so liefern sie bei gleichem Input immer wieder denselben Output – zum anderen in ihrer eindeutigen Steuer- und Kontrollierbarkeit. Eindeutige Ursache-Wirkungs-Beziehungen machen die Intervention in die Welt zu einem planbaren, logisch herleitbaren Unterfangen. Übertragen auf die Wissenschaft verspricht die Idee einer solchen, der Welt zugrunde liegenden mechanistischen Objektivität, die Menschheit zu wahren Beherrschern der Natur und auch ihrer eigenen Unzulänglichkeiten (im Sinne der mechanistischen Metapher) zu machen.

Im den mechanistischen Naturwissenschaften nahestehenden Positivismus wird auch die soziale Welt als Maschine gesehen – als eine Sammlung von Fakten und Tatsachen, die durch die Wissenschaft erfasst und geordnet werden.

Eine Aussage ist dann wahr, wenn sie mit den objektiv feststellbaren, weil messbaren Tatsachen übereinstimmt. WissenschaftlerInnen werden zu eifrigen SammlerInnen von objektiven Daten. Ameisen gleich beteiligen sie sich an einem großen kollektiven Unternehmen, der Anhäufung von Wissen, immer mehr wissend nähert sich die Menschheit somit der objektiven Wahrheit – dem Endziel wissenschaftlichen Strebens – an. Das so gewonnene Wissen, die *eine* Wahrheit ist neutral und unparteilich, eigennützige und subjektive Intentionen werden *per definitionem* aus dem Wissenschaftsbetrieb ausgeblendet.

Die Mathematisierung sozialer Prozesse ist die logische Folge dieses Strebens nach von Raum und Zeit unabhängigen Gesetzmäßigkeiten. Wenn die soziale Welt in gleicher Weise auf Sozialgesetzen beruht wie die Natur auf Naturgesetzen, dann kann in die soziale Welt auf die gleiche Weise interveniert werden, wie es der Ingenieur macht, um seine Maschine wieder auf Vordermann zu bringen. Ein Rädchen da, ein bisschen Öl dort und schon rennt alles wieder wie geschmiert.

Diese positivistische Vorstellung fördert ein *instrumentelles Verständnis von Theorie*: Die wissenschaftliche Kernfunktion besteht in der Prüfung von Aussagen auf ihren Wahrheitsgehalt und in der Produktion von Einsicht in die Funktionsweise der Welt, sodass für jeden Problemfall definiert ist, wo der Hebel der Veränderung anzusetzen sei. Kurz gesagt besteht die Aufgabe der Wissenschaft darin, der Menschheit eine Bedienungsanleitung für die Welt zu liefern. Fragen der Moral und von Werturteilen werden genauso als un- oder vor-wissenschaftlich betrachtet wie die Frage nach dem Ziel und Sinn der Entwicklung oder die Annahme nicht messbarer Einflussfaktoren oder Ergebnisse.

Auch in der Entwicklungsforschung spielte und spielt die objektivistische Sichtweise eine große Rolle. Auch hier wird Forschung vielfach mit dem Sammeln und Auswerten von Daten gleichgesetzt: Die großen Organisationen, Weltbank und UNO, liefern sich über Jahrzehnte erstreckende Zahlenreihen, die als Grundlage vergleichender Entwicklungsforschung dienen. Junge ForscherInnen wiederum erheben selbst einzelne Daten mittels Fragebogen oder Interviews – oftmals mit ähnlicher Zielsetzung, nämlich so gut wie möglich die „objektive“ Realität zu erfassen. Wenn das Bild der Unterentwicklung scharf ist, klare Konturen hat, dann – so die Hoffnung – wird auch verständlich, was die Ursachen der Misere sind und wie wirksam interveniert werden kann.

Die Qualität der Gemeinschaftsschule wird in standardisierten Evaluierungsbögen ermittelt, die Zahl der zurückgezahlten Kredite wird festgehalten und die Zahl der TouristInnen im Naturreiservat wird dokumentiert – Fische werden getötet, um ihnen ihre tiefsten Geheimnisse, wie eben die Zahl ihrer Dornen zu entreißen. Dabei vergessen die Forschenden in der Regel, dass „Zählen nur ein Mittel zum Verstehen ist. Sie werden *mittel-zentriert* und beenden ihre Forschung, sobald die Dorne gezählt sind – oder sie verfeinern ihre Zählweise und zählen noch mal von vorn. In beiden Fällen bewegt sich der Forscher nicht auf andere Realitäten zu und bettet das Ergebnis auch nicht fruchtbringend ein“ (Weick 1985: 46).

Die mechanistische Sichtweise der Welt hat in vielen Bereichen unbestrittene Vorteile: Von der Funktionstüchtigkeit von Verkehrsampeln über festgelegte Abläufe zur Abwicklung von Banküberweisungen bis zur Einrichtung eines Knochenbruchs. Sie hat aber auch ihre Grenzen und wird der Wirklichkeit vor allem dort nicht gerecht, wo es um komplexe soziale Systeme geht. Die Bilanz einer Genossenschaft zu zerlegen und von außen kommend buchhalterische Kochrezepte anzubieten, ohne die Wirtschaftsweise der Genossinnen und Genossen, die lokale Wirtschaftsstruktur und deren Einbettung in die Weltwirtschaft zu kennen, ist naiv. Jede Kritik an den lokalen AkteurInnen muss historische Prozesse der Unterdrückung und aktuelle Situationen äußerst ungleicher Ressourcenausstattung mitbedenken, bevor vorschnell gezählt und überhastet geurteilt wird. Und eben diese Faktoren gehorchen keinen mechanistischen Gesetzmäßigkeiten; sie entziehen sich der Mess- und Berechenbarkeit, unserer gewohnten linearen Logik, und es braucht andere Denkmodelle, um sich ihnen zu nähern. „Zu wissen, was wir tun, wenn wir irgend etwas untersuchen, heißt die Grenzen dieser Untersuchung zu kennen.“ (Weick 1985: 47)

3.2 Das Bild von Evolution und die Dialektik des Sozialen

Mechanistisch geprägtes Denken geht von einem Modell von Ursache und Wirkung aus: Mittels eines logisch-linearen Denkvorgangs kann von einer Ursache auf die Wirkung geschlossen werden. Seit Einstein wissen wir, dass selbst in der Physik diese Denkweise zwar hilfreich, nützlich und einleuchtend, nicht aber korrekt ist: In bestimmten Situationen, bei hoher Geschwindigkeit, aber auch bei komplexen Organismen, stößt die Mechanik an ihre Grenzen. Noch weniger als in der Natur kann im Sozialen von objektiven und universell gültigen Gesetzen gesprochen werden. Soziale Prozesse finden in der Zeit statt, weshalb Wirkungen auf ihre Ursache zurückwirken und Veränderungen damit nicht als lineare Verläufe, sondern als zirkuläre Prozesse mit Rückkopplungsschleifen stattfinden, die den Ausgangsimpuls ausgleichen oder verstärken können. Die Vorstellung einer mechanischen Kausalität (B wird durch A verursacht) muss durch die einer wechselseitigen Kausalität (A beeinflusst B und umgekehrt) ersetzt werden.

Der „Teufelskreis der Armut“ ist das Bild von Entwicklung, das uns allen vertraut ist (Myrdal 1974: 25–34). Wiewohl dieser kumulativ-zirkuläre Prozess einer Polarisierung zwischen arm und reich sowohl empirisch als auch theoretisch umstritten ist, veranschaulicht er, worum es bei diesem Bild von Entwicklung im Unterschied zur Mechanik geht. Dieser evolutorische Prozess, bei dem eine Vielzahl von Faktoren ineinanderwirken, ist zu komplex für mechanische Erklärungen. Er ähnelt den aus der Biologie bekannten Evolutionsprozessen: Da wie dort können zufällige Abweichungen innerhalb des Gesamtsystems Veränderungen auslösen, deren Ausmaß in keinem Verhältnis zum „Initialereignis“ steht.

Dialektik ist ein zirkulär-interpretierender Prozess, bei dem die Analyse zwischen verschiedenen Momenten hin und her wandert: zwischen Empirie und

Theorie, zwischen Abstraktem und Konkretem, zwischen Allgemeinwissen und Detailkenntnissen. In diesem zirkulären Prozess konstruieren die Forschenden soziale Wirklichkeit (Lueger 2000: Kap. 2.2.). Eine objektive Wirklichkeit gibt es demnach nicht – aber es gibt unterschiedlich gelungene Versuche, ein möglichst aussagekräftiges Verständnis von Entwicklungsprozessen zu gewinnen. Je besser dieses Verständnis, umso wirksamer können Interventionen in diese Wirklichkeit gesetzt werden und umso wirksamer wird beispielsweise auch die Praxis der EZA sein. Wobei Intervention vor diesem Denkhintergrund nicht bedeutet, durch eine Handlung eine ganz bestimmte intendierte Wirkung erzielen zu wollen. In diesem Sinne bedeutet Intervention eine gewollte, nicht dem Zufall überlassene Abweichung zu erzeugen, mit dem Ziel, Evolution in Gang zu setzen – und mit dem Wissen, dass der Ausgang offen ist: „Ein Individuum oder eine Organisation können Veränderungen beeinflussen oder gestalten, doch hängt das immer von komplexen Abläufen wechselseitiger Zusammenhänge ab, die nicht vorhersagbar oder kontrollierbar sind.“ (Morgan 2000: 361)

Nähert man sich der Wirklichkeit über diese evolutorische Sichtweise, so sind auch wir selbst als Teil dieser zu untersuchenden Wirklichkeit definiert, der mit dieser in wechselseitiger Bedingtheit existiert. Die uns umgebende Wirklichkeit ist für uns nur vermittelt über unser Bewusstsein wahrnehmbar – wir können nur wahrnehmen, wofür unser Bewusstsein die notwendigen Begriffe, Kategorien und Theorien zur Verfügung hat. Dass wir einen Baum vor unserem Haus sehen, liegt daran, dass wir die farblich-stoffliche Anordnung als eine Einheit wahrzunehmen gelernt haben, die Baum heißt. Dass wir auf den Straßen Managuas Arme sehen, liegt daran, dass wir eine bestimmte Situation des Mangels als Armut wahrnehmen. (Es könnte sich ja durchaus auch um Askese oder andere Formen der Lebensführung handeln.)

Diese Vermittlungsleistung, diese Konstruktion von Wirklichkeit erfolgt als Produktion von Wissen. Grundsätzlich wird dieses Wissen von allen Menschen produziert, in besonderem Maße jedoch von denjenigen, die als kulturelle oder intellektuelle ProduzentInnen der öffentlichen Meinung tätig sind: von Marketingfachleuten über JournalistInnen bis zu WissenschaftlerInnen. Sie alle konstruieren Wirklichkeiten, und die besondere Legitimation der spezifisch wissenschaftlichen Produktion von Wissen besteht einzig darin, dass dieser Prozess der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit ein kontrollierter Prozess des Wissenserwerbs ist. Als wissenschaftliche Ansätze zur für die EZA relevanten Wirklichkeitskonstruktion wollen wir im folgenden die interpretative Sozialforschung und die Politökonomie vorstellen.

In der interpretativen Sozialforschung wird Wirklichkeit basierend auf verschiedenen Verfahren und Theorien *sozial konstruiert*, wobei der Wert dieser Konstruktionen danach beurteilt wird, wie weit sie Menschen helfen, sich in der sozialen Welt zu bewegen, ihre Wünsche umzusetzen und in diesem Sinne wirksam zu werden.

Wissenschaft ordnet die Wirklichkeit, indem sie der Vielzahl an Fakten und Ereignissen, die einen Entwicklungsprozess ausmachen, einen Sinn gibt. Durch

diese *Strukturierung* von Wirklichkeit wird Unwichtiges von Wichtigem getrennt und damit die Aufmerksamkeit auf zentrale Aspekte des Prozesses gelenkt. Wissenschaft strebt an, ein Strukturmodell zu erstellen, das die Kernelemente des Prozesses zueinander in Beziehung stellt. Strukturen stellen die Einzelteile in Beziehung zum Ganzen – sie sind die oft verfestigten sozialen Ordnungen, die manchmal als der Beton bezeichnet werden, der soziale Veränderungen so mühsam macht. So verortete beispielsweise der lateinamerikanische Strukturalismus in der fehlenden Landreform, dem ungerechten Bildungssystem und der ungleichen Einkommensverteilung die Ursachen, warum Unterentwicklung so hartnäckig ist (Furtado 1997). Strukturen sind aber keine real existierenden Phänomene, sondern virtuelle Ordnungen, von Menschen konstruierte Zusammenhänge zwischen den Teilen der gesellschaftlichen Totalität (Giddens 1988: 69).

In einem zweiten Schritt muss der Veränderungsdynamik Rechnung getragen und das Element historisch-geographischen Wandels berücksichtigt werden. Im Feld der EZA liefert die Politökonomie dafür den besten Ansatzpunkt, da sie Politik und Ökonomie integriert analysiert. Die Logik des Politischen dreht sich um die Fragen von Recht und Regierung, die Logik des Ökonomischen um die Reichumsanhäufung und deren Verteilung. Der Staat als Knotenpunkt politischer Macht steht dem Kapital als Knotenpunkt ökonomischer Macht gegenüber. In der Form, wie Staat und Kapital zusammenspielen, ergibt sich die konkrete Ausgestaltung von Gesellschaften (vgl. Novy 2001: Kap. 1).

So wirkte in der Phase des Kolonialismus eine externe politische Macht in die Räume der Peripherie, die Kolonialmacht unterdrückte die Entstehung einer eigenständigen Zivilgesellschaft und zumeist auch die Herausbildung einer nationalen Unternehmerschaft. In der Phase der Unabhängigkeit und insbesondere nach der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre gewann das nationale Machtfeld an Bedeutung, eine nationale Zivilgesellschaft und ein nationales Unternehmertum erkämpften sich Einflussphären. Im Gefolge der Verschuldungskrise setzt sich mit der sogenannten Globalisierung erneut eine Staats-Kapital-Struktur durch, in der das internationale Kapital nicht nur die nationalen politischen Machthaber in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkt. Es entsteht vielmehr ein neues Geflecht aus lokalen, nationalen und supranationalen politischen Machthabern, die engstens mit globalen Kapitalinteressen verwoben sind. Bei Standortentscheidungen vor Ort ebenso wie bei der Diskussion um Steuersenkungen auf nationaler Ebene und globalen Freihandelsabkommen hat das Diktat des „Sachzwangs Profitabilität“ Vorrang vor allen anderen Interessen. Bezüglich der Rolle der Zivilgesellschaft ist die Einschätzung der heutigen Situation ambivalent. Zum einen wird sie als politische Akteurin geschwächt, wo immer dies möglich ist. In ihrer Rolle als Mediatorin von Konflikten und als Institution, die soziale Dienste billig und wirksam zur Verfügung stellen kann, wird sie andererseits umworben (Demirovic 1998).

Wie dieser kurze Überblick zeigt, vermitteln Strukturanalysen ein besseres und geordneteres Verständnis von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, das es erlaubt, *Ereignisse in einen größeren Zusammenhang* zu stellen. Die interpreta-

tive Sozialforschung hilft, vorgeblich objektive und universell gültige Gesetzmäßigkeiten zu entlarven und die Interessen offen zu legen, die hinter derartigen Theorien stehen. Indem der Herrschaftscharakter der bestehenden Struktur offengelegt wird, leisten Strukturanalysen immer auch Ideologie- und Machtkritik. Wegen ihres fehlenden Handlungsbezugs sind Strukturtheorien nur eingeschränkt handlungsleitend – angesichts übermächtiger Strukturen scheinen die einzelnen machtlos. Und demnach ist kein erfolgversprechendes Handeln der NROs vorstellbar, ohne konkrete Handlungen und Ereignisse in einen größeren Zusammenhang einordnen zu können.

3.3 Der Zusammenhang von Macht und Wissen

Wurde in der Geschichte „Wissen ist Macht“ vor allem politisch verstanden, so gewinnt dieser Satz heute auch wirtschaftlich zunehmend an Bedeutung. In kapitalistischen Gesellschaften wird Wissen vermehrt als Standortfaktor, als Ressource in einem sich global verschärfenden Wettbewerb verstanden: „Die grundlegende Innovation liegt nicht in der Chemie, Elektronik, automatischen Industrie, Luftfahrt, Atomphysik oder irgendeinem Produkt dieser Wissenschaftstechnologien, sie liegt vielmehr in der Umformung der Wissenschaft selbst in Kapital.“ (Braverman 1977: 132)

Es zeigt sich daran allerdings, dass Macht nicht nur durch den „Besitz“ von Wissen ausgeübt wird, sondern auch durch die Definition von relevanten Wissensinhalten und Wissensformen. So wird derzeit die Relevanz von Wissensinhalten in klarer Ausrichtung auf die Notwendigkeiten von Unternehmen auf ihren Markt-Wert reduziert. Für das Feld wissenschaftlicher Produktionen über den Süden hat das desaströse Auswirkungen, denn unter diesem Gesichtspunkt ist das Wissen über Länder wie El Salvador oder Ruanda nichts wert. Gibt es keine Investitions- und Handelsverflechtungen, benötigt der Markt auch weder Wissen noch persönliche Austauschbeziehungen. Unter dem strengen Diktat verengt ökonomischer Relevanz liefern weder die Peripherie noch die EZA ein für die österreichische Gesellschaft „wertvolles“ Wissen. WissenschaftlerInnen, die sich mit Fragen der Peripherie und der EZA beschäftigen, stehen daher innerhalb ihrer Organisationen vermehrt unter Druck. Förderprogramme innerhalb der EU boomen, Programme mit Afrika, Lateinamerika und Asien (mit Ausnahme der Wohlstandinseln) werden gekürzt.

Die mechanistische Weltsicht wird komplexen Zusammenhängen nicht gerecht und blendet immer einen Teil der Wirklichkeit aus. Macht manifestiert sich durch eben dieses Ausblenden eines Teils der Wirklichkeit und der reduzierenden Betrachtung eines anderen. Die Idee von der Existenz einer objektiven Wahrheit verleiht Produkten dieser Form von Wissensermittlung den Nimbus von Naturgesetzen. Die Macht liegt in diesem Fall in der Definition von Wahrheit. Im Gegensatz dazu muss bei einer evolutorischen Weltsicht Wissen immer wieder im jeweiligen Moment überprüft und angepasst werden. In diesem

Verständnis liegt der Zusammenhang von Macht und Wissen einerseits darin, wie viel Raum für diese „Wissensarbeit“ zur Verfügung gestellt wird und wem Beteiligung an dieser Interpretations- und Konstruktionsleistung ermöglicht wird. Andererseits werden bestimmte Konstruktionen von Wirklichkeit verfestigt in Begriffen und Bedeutungen, an denen niemand, der am öffentlichen Diskurs teilnehmen will, vorbeikommt. Globalisierung, Armutsbekämpfung oder Nulldefizit sind Beispiele dafür. In diesem Sinn kann auch der Positivismus als eine Form von Wirklichkeitskonstruktion verstanden werden: Durch die Idee von objektiver Wahrheit wird die Notwendigkeit von Nulldefiziten oder von Armutsbekämpfung Teil eines Einheitsdenkens, das keinen Widerspruch duldet, und Räume für dessen Hinterfragung werden systematisch untergraben.

4. Formen von Lernen in der EZA

Wie am Anfang des Artikels beschrieben, sind die EZA und die in ihr tätigen NROs durch die Entwicklungen in ihrem Umfeld unter ungewohnten Legitimationsdruck geraten, auf den unterschiedlich reagiert wird. Die einen versuchen, sich den neuen Umständen durch Übernahme von Sicht- und Arbeitsweisen der klassischen Betriebswirtschaftslehre bestmöglich anzupassen, die anderen begeben sich in Totalopposition und würden in jeder Änderung ihres bisherigen Tuns eine Konzession an die von ihnen abgelehnten Entwicklungen sehen.

Beide Wege halten wir langfristig für wenig erfolgversprechend im Sinne einer Tätigkeit von EZA für eine gerechtere solidarische Welt: Im ersten Fall werden die in der EZA tätigen NROs vom neu entstehenden Sozial- bzw. Bildungsmarkt aufgesogen werden, im anderen Fall werden sie vermutlich als unverbesserliche Relikte einer überholten Sozialromantik an Mittel- und Engagemententzug zugrunde gehen.

Wir wollen hier einer Professionalisierung der EZA das Wort reden – und zwar nicht einer Professionalisierung im Sinn von betriebswirtschaftlichem Agieren, sondern im Sinne einer bewussten Auseinandersetzung mit dem eigenen Tun, den Zusammenhängen in den jeweiligen Umfeldern in Nord und Süd und letztendlich den Einflüssen auf und von Weltpolitik und Weltwirtschaft. Professionell agieren heißt in diesem Sinn, reflektiert zu agieren – zu wissen, was man tut, zu bewerten, was man getan hat, und zu konzipieren, was man tun wird. Professionell agieren heißt, diese Auseinandersetzung mit dem eigenen Tun nicht losgelöst vom jeweiligen Umfeld zu betreiben, sondern mit diesem darüber in Dialog zu treten. Diese Art von Professionalisierung bedingt verschiedene Formen von Lernen, insbesondere auch, dass Lernen zu einem integrierten Bestandteil des Handelns gemacht wird.

4.1 Lernen als Aneignen von Wissen

Die klassische Form des Lernens, wie wir sie von Schule, Universität und auch weiten Bereichen der Erwachsenenbildung kennen, vermittelt in erster Linie

Theorien und Techniken – Inhalte, die sich schriftlich niederlegen, mündlich beschreiben und ebenso wiedergeben lassen. Der Erfolg des Lernens wird daran gemessen, wie gut man in der Lage ist, die gelernte Theorie wiederzugeben bzw. die gelernte Technik anzuwenden.

Erweitert wird diese Form des digitalen Lernens in den letzten Jahren zunehmend durch Formen des analogen Lernens. Vermittelt das digitale Lernen seinen Inhalt durch Daten und Informationen, so erfolgt dies auf Seiten des Analogen durch Erleben (beispielsweise durch Rollenspiele, Produzieren von Bildern, Outdoor-Trainings, etc.). Naheliegend ist dies für Inhalte wie Konfliktmanagement oder Gruppendynamik, aber auch klassisch technizistische Programme wie Projektmanagement beziehen mit steigender Komplexität von Situationen und Inhalten und damit größeren Anforderungen an die Handlungsfähigkeit solche Lernformen immer mehr mit ein.

Gemeinsam ist all diesen Lernformen, dass sie auf Ebene des Individuums und ohne unmittelbaren Zusammenhang zum jeweiligen Handlungsfeld stattfinden. Man besucht einen Kurs, absolviert ein Studium oder einen Fortbildungslehrgang – der Transfer in die Rahmenbedingungen des eigenen Handelns bleibt zumeist aus dem Lernvorgang ausgeblendet und ist im Anschluss daran zu leisten. Die so an Mitglieder einer Organisation vermittelten Theorien und Techniken bieten zwar eine gute Grundlage für das Lernen der Organisation selbst, können dieses aber nicht ersetzen.

Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang neben den Lernformen auch ein Blick auf die Lerninhalte: Die Zusammensetzung des Personals von NRO unterscheidet sich traditionellerweise von derjenigen in Unternehmen dadurch, dass technische und betriebswirtschaftliche Qualifikationen im Vergleich zumeist unterrepräsentiert sind. Aufgrund der erhöhten Wertschätzung gegenüber instrumentellem Wissen wird der Weiterbildung auf diesem Gebiet in letzter Zeit erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Dieses instrumentelle oder praktische Wissen reicht von Kostenrechnung und Controlling bis zum Projekt- und Personalmanagement. Vielfach wird hierbei aber nicht die Kunst des Organisierens gelernt, sondern es werden in naiver Weise instrumentelle Lösungen als Patentrezepte akzeptiert. Ein Managementverständnis, von dem sich die Unternehmensführung und -beratung gerade mühsam zu entfernen beginnt, verbreitet sich auf diese Weise auf unternehmensfremden Feldern. Die Unternehmen beginnen gerade zu erkennen, dass die einseitige Ausrichtung auf Effizienz zunehmend wichtigen Kompetenzen wie Innovationsfähigkeit, Handlungsfähigkeit in Krisen und Kreativität im Umgang mit sich laufend ändernden Rahmenbedingungen im Wege steht. Damit soll keinesfalls vom Erlernen und der Nutzung von betriebswirtschaftlichem Know-how abgeraten werden; nahegelegt wird vielmehr eine reflektierte Anwendung und eine Auseinandersetzung mit Organisationstheorie und Managementdiskussion über den Bereich der klassischen Betriebswirtschaftslehre hinaus.

Was das spezifische Feld der EZA selbst anlangt, ist Lernen vor allem auf den Gebieten der Sozialtechnik und des Wissens um gesellschaftspolitische

Strukturen gefordert. Die Attraktivität von Sozialtechniken besteht darin, klare Rezepte und Vorschläge zu liefern, wie in verschiedenen Situationen zu handeln ist. Diese kochrezeptartige Aufbereitung von Problemfeldern ist aber nur um den Preis der Reduktion gesellschaftlicher Zusammenhänge möglich. Die Gefahr, entscheidende Elemente der Wirklichkeit nicht zu erfassen, stellt die Wirksamkeit der Intervention in Frage: Bei falschen Diagnosen nützen die besten Medikamente nichts! Weder lässt dieses mechanische Vorgehen Raum für Innovation und Neues, noch ist es imstande, auf neue Herausforderungen anders als mit alten Antworten zu reagieren. Dennoch haben Sozialtechniken ebenso wie klassisch betriebswirtschaftliche Vorgangsweisen ihre Nützlichkeit, und zwar genau dann, wenn es um eine klar umrissene, raum-zeitlich beschränkte Intervention geht, deren Rahmenbedingungen im Vorfeld klar abgesteckt wurden. Beide stoßen aber rasch an ihre Grenzen, wenn komplexe Problemstellungen auftreten oder Probleme nicht einmal klar benannt werden können.

Weniger unmittelbar anwendbares Wissen, dafür aber eine bessere Basis, um auf neue Situationen kreativ und dem Kontext entsprechend reagieren zu können, bietet Strukturwissen. Darüber hinaus ist ein umfassendes Verständnis über die Gesellschaft für die Einzelperson und ihre Persönlichkeitsentwicklung ein Wert an sich. Gerade in letzter Zeit hat sich das Weiterbildungsangebot im Feld der EZA auf diesem Gebiet deutlich erhöht, die Bemühungen zu didaktischen Innovationen sind unübersehbar. Sowohl im Rahmen des Wahlfachs „Internationale Entwicklung“ als auch im „Lehrgang für Höhere Lateinamerikastudien“ wird Weiterbildung angeboten, die vor allem von Studierenden, aber auch von Berufstätigen genutzt werden kann.

Grundsätzlich gilt, dass derzeit die Relevanz von Wissensinhalten von einer breiten Pflege und Verbreitung von Vernunft reduziert wird auf eine enge, vornehmlich ökonomische Sichtweise von Rationalität. Hierbei wird rational („vernünftig“ im Sinn von „von der Vernunft bestimmt“) mit rationell („vernünftig“ im Sinn von „zweckmäßig“, „sparsam“) verwechselt und damit auf den technisch-mechanischen Aspekt des optimalen Mitteleinsatzes reduziert. Allgemein ist Wissen in diesem Verständnis verstärkt einem Kosten-Nutzen-Kalkül unterworfen. In einem pragmatischen und instrumentalistischen Verständnis von Wissen sind solche Erkenntnisse wertvoll, die der Wirtschaft dienlich sind. Diese Sichtweise ist in den letzten Jahren zunehmend bestimmend geworden, angesichts regelmäßiger Sparpakete erhielt sie weiteren Auftrieb. Damit hat sich eine bestimmte Form von Wissensrelevanz, nämlich die ökonomische Verwertbarkeit, vorerst durchgesetzt. Gesellschaftlich irrelevant ist nach dieser derzeit gängigen Definition das Wissen um soziale, kulturelle, historische und philosophische Zusammenhänge. Im Sinne der oben beschriebenen Formen von Wissen und angesichts der Komplexität von Problemstellungen im Bereich der EZA sollte diese Definition allerdings hinlänglich problematisiert sein.

4.2 Lernen durch Reflexion

Reflexion ist ein Denkprozess, der eng mit Fragen der Ethik und Moral verwoben ist. So war Sokrates ein Mensch, der seine Mitbürger dazu anhielt, sich um sich zu sorgen: „er hat dabei den Nutzen der Polis im Blick, denn die Selbstsorge ist zugleich die Sorge um die Polis“ (Schmid 1991: 64). Es war Michel Foucault, der zu unrecht als Strukturalist bezeichnete große französische Denker, der den vielleicht anregendsten Beitrag zu einer nicht moralisierenden Sichtweise von gesellschaftlicher Ethik lieferte, indem er das Gedankengut der Aufklärung, verstanden als kritische Befragung der Aktualität durch das Subjekt, weiterführte.

Freiräume der Reflexion müssen Platz bieten für Aufklärung in ihrer ganz klassischen Definition als „der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“. Aufklärung ist somit nicht nur ein geschichtlicher Prozess, sondern ein persönlicher mutiger Akt. Die von Foucault vorgeschlagene Neubegründung der Ethik „ist die Aktivierung von praktischer Vernunft gegen die instrumentelle Vernunft rationaler Herrschaftstechniken. ... Der Orientierung an fragwürdig gewordenen Idealen stellt er die Notwendigkeit der Analyse und Kritik gegenüber“ (Schmid 1991: 81). Macht ist nicht auflösbar, Strukturen sind nicht per Dekret oder Revolution abschaffbar. Vielmehr geht es darum, für sich persönlich, als Gruppe und Gesellschaft zu klären, wie ethisches Handeln innerhalb von Strukturen möglich ist, sprich um die „Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“ (Schmid 1991: 61).

Wie bereits festgestellt, sehen wir Reflexion als die wesentliche Komponente einer Professionalisierung der EZA im Sinne von „Wisse, was du tust.“ Wenn man sich von der Vorstellung verabschiedet, dass es für komplexe soziale Zusammenhänge und Entwicklungen eindeutig richtige Lösungen gibt, dann kann professionelles Vorgehen nur darin bestehen, das eigene Handeln wie auch die Rahmenbedingungen dieses Handelns immer wieder zur Diskussion zu stellen.

Auf individueller Ebene ist dieses Konzept als Supervision bekannt, die unter professioneller Anleitung die Reflexion über individuelle Probleme im Rahmen des eigenen Arbeitsprozesses ermöglicht. Die Supervision ist in den letzten Jahren in den NROs vor allem im Norden zunehmend wichtiger geworden, um den MitarbeiterInnen der EZA eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Rollenbildern und widersprüchlichen Anforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, zu ermöglichen: Eine Angestellte einer Nord-NRO ist beispielsweise gleichzeitig Untergebene in einem Betrieb, von ihrem Tätigkeitsfeld her in der Ursprungsgesellschaft marginal, gleichzeitig jedoch im Süden Geldgeberin und bedeutsame Akteurin im Feld der EZA. Diese widersprüchlichen Rollenbilder produzieren Widersprüche innerhalb von Personen, mit denen unterschiedliche Menschen unterschiedlich umgehen. Die bewusste Auseinandersetzung mit externer Unterstützung fördert den Arbeitserfolg ebenso wie die individuelle Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz. Die Grenzen der Supervision liegen dort, wo individuelle Bedürfnisse an die Grenzen von Organisationserfordernissen

stoßen. An diesem Punkt kann die Supervision das Individuum dabei unterstützen, für sich eine Lösung für die Situation zu finden – die Organisation selbst kann nur auf Ebene der Organisation lernen.

Für Organisationen bedeutet Reflexion eine permanente Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, dem eigenen Existenzgrund, sowie die Hinterfragung von Kontext und Wahrnehmungsrahmen. Prozesse wie Leitbildentwicklung, Formulierung einer Vision, Reorganisation oder Evaluierung drehen sich letztendlich immer um die Fragen: Tun wir das Richtige? Und tun wir es richtig? Diese Fragen nur rational im Sinne einer technizistischen Sichtweise von Rationalität zu behandeln, wäre nach Foucault eine Perversion dieses Begriffs. Das Deutsche bietet mit dem Begriff der „Vernunft“ ein Gegenkonzept: Vernunft beinhaltet das Abwägen von Argumenten und das Ringen um gemeinsam festzulegende Ziele.

Diese Auseinandersetzung braucht Raum und Zeit. „Das Erlernen von Reflexion, Kritik und Argumentation aber bedeutet Verlangsamung, Bildung in diesem Sinne lässt sich nur durch langsame Prozesse des Werdens und Wachsens erwerben.“ (Pellert 1997: 23) Gerade Sachzwänge und Systemlogiken wie die derzeit vorherrschenden – Kosteneffizienz und Geschwindigkeit – tendieren daher aus ihrer Logik heraus zwangsläufig dazu, solche Reflexionsräume als ineffizient und überflüssig zu sehen, und entziehen sich damit gleichzeitig der eigenen Hinterfragung. Wird aber Hinterfragung der Systemlogik tabuisiert und damit der Diskussion innerhalb und außerhalb der Organisation entzogen, dann sind die Handlungsmöglichkeiten auf Systemkonformität eingeschränkt. Es ist kein Zufall, dass Reflexion im Sinn von In-Frage-Stellen des Gegebenen sowohl in totalitären Systemen als auch in traditionell hierarchisch organisierten Unternehmen ein Tabu ist.

Im Bereich der EZA hat diese Tabuisierung doppelte Bedeutung: Zum einen ist die EZA selbst in ihrer Tätigkeit aufgefordert, sich einen Markt zu schaffen und die im System vorherrschenden Spielregeln unhinterfragt zu übernehmen. Zum anderen wird die EZA, vor allem der Großteil der in ihr tätigen NROs, durch die Nicht-Diskussion über politökonomische Zusammenhänge und das Außer-Frage-Stellen der gegebenen weltwirtschaftlichen Ordnung eines grundlegenden Bestandteiles ihrer Identität beraubt. Umso wichtiger scheint es für die EZA, im eigenen Rahmen Reflexion zu gewährleisten und über den eigenen Rahmen hinaus einzufordern. „Foucault gibt sich nicht mit dem Konzept einer Struktur zufrieden, die ein Ganzes wäre, sich von selbst regulieren würde und sich völlig formalisieren ließe. Sein Anliegen ist es zu zeigen, dass die Strukturen veränderlich sind. ... Die Zerbrechlichkeit dessen, was ist, aufzuspüren, die Räume möglicher Transformation aufzuzeigen: Das ist nicht nur die Arbeit des Philosophen, sondern jedes Technikers, des Architekten, des Psychiaters, des Arztes.“ (Schmid 1991: 115.83) Und wohl auch jedes und jeder in der EZA Tätigen.

5. Reflexionsfähigkeit als developmentpolitische Schlüsselkompetenz

In der Frühphase der NROs war es erfrischend zu beobachten, dass sich Menschen noch empören können, über Hunger, Armut und Ungerechtigkeit. Diese Empörung war Schwester der Begeisterung, die wiederum auf der Hoffnung basierte, diese Umstände seien veränderbar, der Ausweg aus dem „Tal der Tränen ins gelobte Land“ sei möglich, ja nicht einmal mehr in so weiter Ferne. Heute wird das Engagement für EZA unterminiert durch „jene Gleichgültigkeit, die mit dem Namen Toleranz sich ein Mäntelchen von Humanität umhängte“ (Adorno 1997: 387). Das Dilemma ist grundlegend: Zum einen scheint die Gleichgültigkeit in der Gesellschaft weit verbreitet; die Grundstruktur der bestehenden Ordnung, welche die Ungleichheiten anwachsen lässt und ökologische Veränderungen unabsehbaren Ausmaßes produziert, wird von der öffentlichen Meinung kaum noch in Frage gestellt. Zum anderen, und dies ist der bedeutsamere Prozess, hat diese fehlende Begeisterung auch die AktivistInnen der NROs erfasst. Spärlich sind die Gelegenheiten, bei denen Utopien diskutiert werden, und noch seltener die Aktionen, bei denen an deren Umsetzung gearbeitet wird. Pragmatismus und einseitig verstandene Professionalisierung, die im Bereich der EZA durchaus ihren bedeutsamen Platz haben, haben ungewollt und schrittweise zum Sterben der Visionen beigetragen.

Das Pendel zwischen Ziel und Mittel schlägt heute oft eindeutig in die Richtung der Mittel aus – mit fatalen Folgen: Die Organisationen verlieren den Sinn und die Rechtfertigung ihrer eigenen Existenz aus den Augen, was in einem zunehmend kritischen Umfeld existenzgefährdend sein kann. Warum soll eine Organisation fortbestehen, die für die Gesellschaft weder Waren noch andere brauchbare Leistungen liefert (Fowler 1997)? Anhand von drei Aspekten soll der Wert von Reflexion für die Stärkung von EZA in der Gesellschaft aufgezeigt werden.

5.1 Ambivalenz, Komplexität und Handlungskompetenz

Der auf dem Objektivismus beruhende sozialtechnische Zugang zu Wissen verleitet zur irreführenden Vermutung, dass Theorien, die keine klaren Handlungsanweisungen geben, Ausdruck der Schwäche der Wissenschaft sind, die Realität widerzuspiegeln. Unbefriedigende Theorien müssen demnach durch intellektuelle Anstrengung zu stimmigen Theorien werden, mit denen in der Praxis erfolgreich in die soziale Welt interveniert werden kann. Zu gänzlich anderen Ergebnissen kommt eine interpretative Analyse. Im Reflektieren der Wirklichkeit aus verschiedenen Blickwinkeln ergibt sich ein *vielschichtiges Bild der Wirklichkeit* sein: Aus der Sicht der Handelnden ergibt sich ein anderes Bild als aus der Vogelperspektive der Strukturanalyse. Eine Ökonomin sieht anderes als ein Anthropologe. Rassismus mag strukturell für eine Gesellschaft destruktive

Elemente beinhalten, für einzelne lässt sich daraus durchaus Gewinn schlagen. Die Vermarktlichung der EZA mag für das Feld als Ganzes negativ sein, für einzelne AkteurInnen ergeben sich aber neue Geschäftsfelder. Die Reflexion über Entwicklungsprozesse kommt gerade deshalb oftmals zu scheinbar widersprüchlichen Ergebnissen, weil die Gesellschaft in der wir leben so widersprüchlich ist – selbst die globale Klimaerwärmung wird GewinnerInnen und VerliererInnen haben.

Die Grundlage einer reflektierten EZA ist, „daß die Vielfalt des Phänomens durch Vielfalt im Beobachter wettgemacht werden sollte, so daß mehr von dem Phänomen verstanden und verständlich gemacht werden kann ... Die Vielfalt wird vergrößert durch die Einführung ambivalenter Orientierungen und ambivalenter Forschungspraktiken“ (Weick 1985: 94f.).

Zählen, Messen und Berechnen ist ein wichtiger Teil einer reflektierten Praxis: Kaum jemand lässt sich gerne 2 und 2 für 5 verkaufen. Das Problem eines mechanischen Zugangs zu sozialen Phänomenen beginnt, wenn dieser spezifische quantifizierende Zugang als objektiv verallgemeinert wird und keine anderen Zugänge mehr akzeptiert werden. Wertvoll ist die Quantifizierung, wenn sie sich bewusst und ausdrücklich einem dialektischen und interpretativen Verständnis von Wissen unterordnet, das Wirklichkeiten immer als sozial konstruiert versteht. Messungen sind dann ein Argument wie andere auch, und ihr Gewicht ergibt sich nicht aus sich selbst sondern im Verhältnis zu anderen Argumenten (Bernstein 1983). Es ist dies ein Verständnis von Wissen, das nicht von der Existenz einer objektiven Wahrheit ausgeht, sondern dem praktischen Wissen entspricht, wie es Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzungen auf den Plätzen des alten Griechenland war. Argument gegen Argument abwägend haben Menschen Urteile zu fällen darüber, was hier und jetzt zu tun ist. Dies ist Teil der Aufgabe der Wissenschaft, dies ist Kern des Dialogs, den NROs mit der Gesellschaft und ihrem Bezugssystem zu führen haben.

Die EZA ist ein Feld, wo die Probleme besonders vielschichtig und komplex sind. Zahlreiche ineinanderwirkende Prozesse produzieren eine komplexe Wirklichkeit, in der beharrende Kräfte einerseits und Flüsse, Ströme und Rhythmen des Wandels andererseits zusammenprallen. In der Regel fehlt es in jeder Hinsicht: an Geld, an Ausbildung, an Infrastruktur, und die historisch gewachsenen Herrschaftsstrukturen und internationalen Abhängigkeitsverhältnisse tun ihr übriges dazu, die Probleme zu verkomplizieren. Ein umfassendes Verständnis konkreter Situationen ist daher von höchster Bedeutung.

Die Fähigkeit, mit Paradoxien umzugehen, ist bei dieser Vielschichtigkeit Goldes wert. „Wenn die Bezirke der Unwissenheit an Größe gleich bleiben und sich kontinuierlich verlagern, dann scheint klar zu sein, daß ambivalente begriffliche Welt-Orientierungen anpassungsfähiger und treffender sind als nichtambivalente. Das Lösen von Problemen scheint begünstigt zu werden durch einander entgegengesetzte Reihen von Aussagen, die *beide* bei gewissen Gelegenheiten zutreffend sein können ... Der Forscher, der an gegensätzlichen konzeptuellen Orientierungen festhält, wird offen sein für das Verständnis eines größeren Teils

des Bezugsereignisses. Es geht nicht darum, daß der Wissenschaftler mehr Ambiguitätstoleranz entwickeln müßte: die Information, die er bekommt, kann eine bestimmte Position durchaus eindeutig stützen und so Ungewißheit vermindern. Aber diese weniger mehrdeutige Weltsicht sollte nicht als die ‚korrekte‘ Sicht mißdeutet werden; statt dessen muß der Wissenschaftler nach Informationen suchen, die entgegenstehende Erklärungen eines beobachteten Ereignisses stützen. Das Ereignis selbst enthält wahrscheinlich Eigenschaften von der Art, daß beide Erklärungen trotz ihrer Gegensätzlichkeit zur einen oder anderen Zeit als gültig erscheinen. Und der Wissenschaftler, der mehr als eine Sichtweise gepflegt hat, wird besser in der Lage sein, diese ‚Umwelt multipler Kontingenzen‘ zu verarbeiten.“ (Weick 1985: 47)

Sinn der Auseinandersetzung mit ambivalenten Erklärungen, dem Umgehen mit Paradoxien und der Reflexion komplexer Rahmenbedingungen ist eine Erweiterung der Handlungskompetenz. Wenn man davon ausgeht, dass es in komplexen Situationen die eine richtige Lösung nicht gibt, so werden die AkteurInnen umso mehr Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung haben und gegeneinander abwägen können, je differenzierter sie um das Handlungsfeld wissen.

5.2 Die Vernunft der Teilhabe

Ein großer, regelmäßig auftretender Widerspruch, mit dem die PraktikerInnen leben müssen, ist derjenige zwischen dem akademischen Wissen und dem Alltagswissen der Menschen vor Ort, bzw. zwischen *Wissenschaft und Alltag*. „Ohne Reflexion wird die gesellschaftliche Arbeitsteilung respektiert, samt dem Mangel, der in den zweihundert Jahren seitdem eklatant wurde: daß die arbeitsteilig organisierten Wissenschaften illegitim ein Monopol der Wahrheit an sich rissen.“ (Adorno 1997: 381)

Gesellschaftsveränderung ist ein langsamer und reflexiver Prozess, bei dem die Wissenden immer nur ein Teil einer Dynamik sind. PraktikerInnen und vor allem die unmittelbar Betroffenen vor Ort sind die zentralen SchauspielerInnen auf der Bühne realer gesellschaftlicher Prozesse. Die EZA kann *gender*-Bewusstsein verordnen und Praktiken guten Regierens festlegen, umgesetzt werden muss dies in konkreten Kontexten von konkreten AkteurInnen, wirksam werden muss es am Arbeitsplatz und im Haushalt. Im Sinne der Langsamkeit von Veränderung ist es deshalb sinnvoll, mehr auf kleine Schritte der Ermächtigung und Reflexion zu setzen als auf Brüche und Revolutionen. „*Radikaler Reformismus* bringt damit die Intention zum Ausdruck, dass die gesellschaftlichen Grundstrukturen einschließlich ihres materiellen Kerns, der Produktionsverhältnisse, Schritt für Schritt, beruhend auf den Erfahrungs-, Lern- und Selbstaufklärungsprozessen der Akteure und im Vertrauen auf ihre soziale Innovationsfähigkeit umgestaltet werden können. Das mag widersprüchlich klingen, ist es aber nur in kritischer Widerspiegelung der Widersprüche dieser Gesellschaft.“ (Esser et al. 1994: 228)

Lokale AkteurInnen zu fördern und Projekte ohne unnötige Doppelgleisigkeiten und mit klaren Zielen abzuwickeln, ist durchaus positiv. In diesem Sinne sind sozialtechnische Interventionen zu begrüßen, können UnternehmensberaterInnen einen Beitrag zur Organisationsvereinfachung leisten. Die AkteurInnen der EZA werden ermächtigt, im neuen Feld der EZA, die sich verstärkt als Markt und über Projekte organisiert, zu handeln. Sie gewinnen mittels Sozialtechniken an Handlungskompetenz.

Unter den herrschenden Rahmenbedingungen ist allerdings auch das Konzept der Partizipation kritisch zu sehen. Durch die Einführung von Marktlogik und Projektkultur erhöht sich nämlich paradoxerweise trotz einer Rhetorik von Partizipation und „von unten“ kommender Entwicklungsdynamik die Bedeutung der Zentrale. Es liegt bei den Geberorganisationen vor Ort, unter NROs auszuwählen, und es liegt beim Staat, von den NROs im Zentrum die bestgeeigneten zu fördern. So zerreißt das Netz der Kooperation und Solidarität einer „lokalen Gemeinschaft“ oder einer „Szene“, die von einer Fülle an Synergieeffekten profitierte. Wenn der Staat nicht selbst gegensteuert, droht die Wettbewerbslogik Kooperation innerhalb der Zivilgesellschaft mittelfristig zu ersticken.

Wie das Beispiel von Porto Alegre zeigt, ist selbst im gegenwärtigen sozial-liberalen Feld, wo sich Handlungsmuster immer mehr zu Strukturen verfestigen, nicht alles Handeln determiniert: Dort wurde das Macht-Wissens-Feld und damit auch die Kooperation von Staat und Zivilgesellschaft anders organisiert (vgl. Becker in diesem Heft, Schwaiger 1996). Die kommunale Budgeterstellung als ein Knotenpunkt im lokalen Machtfeld wurde demokratisiert, und so konnte auch die ausschließende Logik dezentraler Leistungsbereitstellung in Grenzen gehalten werden. Der entscheidende Unterschied zwischen den Partizipationsmodellen, die weltweit immer öfter propagiert werden, und der Teilhabe im Rahmen des Partizipativen Budgets ist, dass die Zivilgesellschaft nicht nur an der Ausführung von Dienstleistungen und Projekten beteiligt wird, sondern auch über die zentralen Regeln mitentscheidet. Teilhabe, im Unterschied von Partizipation im üblichen Sinn, ermöglicht nämlich auch die Mitbestimmung über die Vorgaben, die dann lokal umzusetzen sind.

5.3 Räume für Reflexion und Dialog

Freiräume für Reflexion und Dialog sind sowohl auf der individuellen als auch auf der organisatorischen Ebene notwendig – beides ist für die Qualität der Arbeit von NROs unabdingbar. Individuelle Reflexionen finden im Wechselspiel zwischen strukturellen Zwängen und individuellen Handlungsspielräumen statt; Strukturen werden im Reflektieren über individuelle Spielräume mitberücksichtigt, Reflexion ist aber insofern dialogisch, als alle Handelnden über Wissen verfügen. Derartige Reflexionsräume, institutionalisiert oder auch nicht, sind Räume, wo integrierend gedacht wird: Wie hängen Projekt- und Bildungsarbeit zusammen? Was verbindet das Zentrum und die Peripherie der Weltwirtschaft?

Wo können WissenschaftlerInnen mit AbsolventInnen, Geberorganisationen mit Nehmern, LeiterInnen mit ihrer Basis kommunizieren? Wie kann die Kopplung von Wissen und Macht aufgebrochen, gewendet oder produktiv werden? Im gemeinsamen Reflektieren kommt die oder der einzelne zu einer kritischen Sichtweise des eigenen Handelns und zu Ansätzen einer verbesserten Praxis.

Auch auf der Ebene der Gesamtorganisation sind derartige Prozesse notwendig, inhaltlich geht es um ähnliche Fragen. Eine wichtige zusätzliche Dimension ist der *Dialog nach außen*, mit den SympathisantInnen, SpenderInnen, GeldgeberInnen, PartnerInnen und der Öffentlichkeit insgesamt. Auch hier müssen Räume der Kommunikation geschaffen werden. All diese Gruppen wollen wissen, wer die Organisation ist, die einem als Partnerin gegenübertritt, was sie tut und warum sie es tut. Auf diesen Dialog konnte die EZA lange verzichten, weil standardisierte Beziehungen zwischen Staat und NROs und zwischen den zahlenden und empfangenden Ländern im Feld der EZA vorherrschten. Das neue Feld der EZA weist dieser Außenorientierung aber eine erhöhte Bedeutung zu, die sich in der Organisationsstruktur der NROs widerspiegelt: Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising stellen heute Kernbereiche der diversen NROs dar.

Aber auch über diesen Dialog herrscht derzeit eine sozialtechnisch verkürzte Vorstellung vor. In erster Linie wird versucht, die Mittel der Kommunikation zu perfektionieren. Spätestens mittelfristig sind jedoch vor allem die Ziele und die Inhalte der Botschaften bedeutsam und langfristig helfen einem genau bei diesen Fragen, welche die Identität der NRO betreffen, MarketingexpertInnen, Kommunikationsprofis und ausgeklügelte Projektantragstechniken nicht weiter. Die Selbstreflexion kann im Dialog nach außen immer wieder aufgeschoben werden, irgendwann – oftmals in Krisen und manchmal erst zu spät – wird sie unumgänglich. Eine nachhaltige Strategie der NROs muss daher Räumen der Reflexion und des Dialogs schon frühzeitig einen gebührenden Platz innerorganisatorisch und gesellschaftlich verschaffen.

Das verbesserte Verständnis des Feldes, in dem gehandelt wird, erleichtert die Alltagsarbeit der EZA. Darüber hinaus erlaubt es, die Felder zu identifizieren, wo mehr Zeit zu investieren wäre. Diese grundlegende Tätigkeit erfordert Raum und Zeit, wie dies Manfred Lueger für den Wissenschaftsbetrieb festhält, was aber auch für die Praxis der NROs als essentiell erscheint. „Eine Reflexionsphase ist eine Art formativer Evaluierung der Praxis zum Zweck der Verlaufskontrolle und der Herstellung von Rahmenbedingungen für das weitere Handeln. Sie setzt eine Unterbrechung, indem sie konkrete Tätigkeiten vorübergehend einstellt und die Analyseaktivitäten auf eine Metaebene verlagert. ... In diesem Prozess der Erkenntnisgewinnung verwandelt sich das Bild der Welt. Es entsteht ein neues Wissen, das es ermöglicht, die Welt anders zu sehen und daher in einem zweiten Schritt anders in ihr zu handeln.“ (vgl. Lueger 2000: 355–357)

Die Entstehung dieses neuen Wissens durch entsprechende Räume für Reflexion zu ermöglichen, ist vor allem in komplexen Feldern wie der EZA von großer Bedeutung für wirksame Interventionen. Simple Ursache-Wirkung-Erklä-

rungen sind nur sehr eingeschränkt brauchbar. Der Umgang mit Widersprüchen und Komplexität, die Fähigkeit zum Dialog und zur Reflexion, die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sichtweisen werden so zur entwicklungspolitischen Schlüsselkompetenz und zur Voraussetzung für die Bewältigung der Krise der NROs. So wollen wir noch einmal Karl Weick zitieren und mit seinem klaren Plädoyer für Reflexion schließen: „Ob man Dorne zählt, Dorne-Zähler beschimpft oder fischt, es ist in jedem Fall gut zu wissen, was man tut.“ (Weick 1985: 46)

Abstracts

This article discusses the praxis of non-governmental development organisations (NGDOs). It starts constating the crisis of the field of development cooperation and shows perspectives for a new strategic outlook. The crisis of NGDOs is on the one hand identified as a crisis of legitimisation and on the other hand it has structural causes rooted in political economy. Solutions which react by adopting mechanistic-objectivistic models of knowledge and organisation turn out to be inadequate due to the complexity of the crisis. Clearly more relevant are models of a reflexive development cooperation that are based on a productive handling of contradictions, critique and dialogue. Increasing its capacities of reflection will have to become a key competence of NGDOs, decisive for its own future and a vision for development cooperation in general. The article ends by making a pleading in favour of creating spaces of reflection and dialogue in the field of development cooperation – and wherever relevant.

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Praxis entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (NROs). Ausgehend von der Analyse, dass sich die NROs im Feld der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in einer Krise befinden, werden Konturen einer alternativen Praxis aufgezeigt. Die Krise entwicklungspolitischer NROs wird in einem Legitimationsproblem einerseits und politökonomischen Veränderungen andererseits verortet. Lösungen, die auf diese Krisenphänomene mit mechanistisch-objektivistischen Modellen von Wissen und Organisieren reagieren, erweisen sich angesichts der Komplexität der Krise als ungeeignet. Diesen mechanistischen Modellen deutlich überlegen sind Modelle einer reflektierten EZA, die den Umgang mit Widersprüchen, Kritik und Dialog in den Mittelpunkt ihrer Praxis stellt. Eine erhöhte Reflexionsfähigkeit wird für entwicklungspolitische NROs eine Schlüsselkompetenz werden, ohne die eine Zukunft im Feld der EZA nur schwer vorstellbar ist. Der Artikel endet daher auch mit einem Plädoyer für die Schaffung von Räumen der Reflexion und des Dialogs im Bereich der EZA – aber nicht nur dort.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Th. W. 1997. *Negative Dialektik*. 9. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bernstein, R. 1983. *Beyond Objectivism and Relativism*. London: Basil Blackwell.
- Bravermann, H. 1977. *Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß*. Frankfurt am Main: Campus.
- Brunnengräber, A., Ch. Stock. 1999. „Global Governance: Ein neues Jahrhundertprojekt?“ *PROKLA*, No. 116, 1999, 445–468.
- Demirovic, A. 1998. „NGOs und die Transformation des Staates“. *Kurswechsel* 4/98: 26–25.
- Esser J. et al. 1994. „Von den ‚Krisen der Regulation‘ zum ‚radikalen Reformismus‘“. In: Esser et al. *Politik, Institutionen und Staat*. Hamburg: VSA, 213–228.
- Foucault, M. 1983. *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fowler, A. 1997. *Striking a Balance. A Guide to Enhancing the Effectiveness of Non-Governmental Organisations in International Development*. London: Earthscan.
- Furtado, C. 1997. *Obra Autobiográfica*. Tomo I, São Paulo: Paz e Terra.
- Giddens, A. 1988. *Die Konstitution der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus.
- Grabher, G. 1994. *Lob der Verschwendung: Redundanz in der Regionalentwicklung; ein sozioökonomisches Plädoyer*. Berlin: Sigma.
- Lueger, M. 2000. *Auf den Spuren der sozialen Welt. Methodologie und Organisation interpretativer Sozialforschung*. Habilitationsschrift. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Luhmann, N. 2000. *Organisation und Entscheidung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Morgan, G. 2000. *Bilder der Organisation*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Myrdal, G. 1974. *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Novy, A. 1996. „Zivilgesellschaft: Hoffnungsträger oder Trojanisches Pferd?“ *Kurswechsel* 1/96, 26–38.
- Novy, A. 1997. „Über die Nachhaltigkeit von Herrschaft: eine selbstkritische Analyse eines Entwicklungsprojekts in Acre/Brasilien“. In: Raza, W., A. Novy. *Nachhaltig arm – nachhaltig reich?* Frankfurt am Main/Wien. Brandes & Apsel/Südwind, 70–88.
- Novy, A. 2001. *Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes*. Edition Weltgeschichte, Band 3. Wien: Promedia.
- Raza, W., A. Novy. 1997. *Nachhaltig arm – nachhaltig reich?* Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.
- Reusse, E. 1999. „Das interventionistische Paradigma. Eine Ursache für fehlgeleitete Entwicklungspolitik“. In: Thiel, R. Hg. *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*. Bonn: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung. Themendienst der zentralen Dokumentation, No. 10, 331–338.
- Schmid, W. 1991. *Auf der Suche nach einer neuen Lebenskunst. Die Frage nach dem Grund und die Neubegründung der Ethik bei Foucault*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schwaiger, E. 1996. „Die partizipative Budgeterstellung in Porto Alegre“. *Journal für Entwicklungspolitik* 12/3, 331–342.
- Weick, K. 1985. *Der Prozeß des Organisierens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Andreas Novy, *Wirtschaftsuniversität Wien, Rossauer Lände 23, A-1090 Wien*
 e-mail: andreas.novy@wu-wien.ac.at
 Silvia Nossek, *MIKADO Organisationsberatung,*
Burggasse 117/15, A-1070 Wien
 e-mail: silvia.nossek@mikado-consulting.at

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 165–168

Helmuth Hartmeyer Kommentar

Wisse, was du tust – und tue es mit Bedacht

Gesetzt den Fall unsere Kinder werden in der Obhut der besten Eltern erzogen, sie umgeben sich später mit den besten Freunden, sie erfreuen sich ausschließlich an den besten Büchern und Fernsehprogrammen, sie gehen in die besten Schulen und haben die besten Lehrkräfte – es verändert sich in der besten dieser Umwelten in 25 Jahren das Bewusstsein eines Viertels einer Generation zum besseren. Es würde 100 Jahre dauern bis der ersehnte homo nuevo unsere Landstriche und Städte bevölkert. Nun wissen wir aber, dass es auch schlagende Eltern, manch üble Freunde, manch Schund in der Literatur und Medienwelt gibt, gar manche Schule das Lernen eher verbaut, so mancher Lehrer seinen Beruf verfehlt hat.

Veränderung braucht ihre geraume Zeit.

Zugleich wissen wir, dass jede Sekunde ein Stück Regenwald in der Größe eines Fußballfeldes gerodet oder verbrannt wird, dass jede Minute 15 Kinder des Hungers sterben, jede Stunde 65 Milliarden Dollar an den Börsen dieser Welt gehandelt werden, jeden Tag Lesestoff für 84 Stunden alleine zum Thema Herzerkrankungen produziert wird.

Entwicklungen gehen in rasendem Tempo vor sich.

Den eben skizzierten Widerspruch nicht nur aushalten zu können, sondern vielmehr noch ihn konstruktiv zu wenden für die Ausgestaltung entwicklungspolitischer Arbeit erfordert ununterbrochenes Nachdenken, Überdenken und Vorausdenken. Nur wer sich so bildet wird in diesem Zusammenhang ge-bildet im eigentlichen Sinn des Wortes: immer wieder neu geformt. Mehr noch: die Reflexion ermöglicht uns die Suche nach Antworten und Wegen – und deshalb sind wir immer auch selbst Bildende und Formende.

Das Bewusstsein, dass alles mit allem zusammenhängt, breitet sich aus und wird heutzutage online um den Globus geschickt. Doch wie sieht es offline aus? Es besteht die Gefahr, dass im Zeitalter der Spezialisierung Wissen maximiert wird, sich das Wahrnehmungsvermögen des Menschen für Zusammenhänge aber immer mehr zurückbildet. Mehr Wissen alleine macht noch nicht selig. Wenn die tägliche Infolut, die über uns hinwegrollt, nicht kritisch und mit Muße reflektiert wird, besteht die Gefahr, dass vor lauter Drang nach noch mehr Wissen Einsicht und Weisheit verloren gehen. Bedeuten soundsoviele Hits auf eine Homepage auch soundsooft die Fragen *www – warum, woher, wohin?* Informationen werden gut verpackt und unterhaltsam vermarktet. Für Reflexion und Widerspruch bleibt oft kein Platz. Es wird gezappt statt nachgedacht. Der

Datenumfang verdoppelt sich neuerdings alle 20 Monate. Diese Datenflut kann konstruktive Ideenbildung verhindern. Gerade letztere ist jedoch das Salz unseres Denkens.

Wir sind im Sekundenflash überall auf der Welt zu Gast, aber nirgends zu Hause.

Der „global mainstream“ verordnet Inhalte, die marktfähig und unmittelbar brauchbar sind, Veranstaltern und Kunden nützen, zeitökonomisch und maßgeschneidert sind. Es wäre zugleich unsinnig, sich der Tatsache zu verschließen, dass dem Umgang mit den neuen Kommunikationstechnologien längst der selbe Stellenwert zukommt wie dem Lesen, Schreiben und Rechnen. Doch Informations- und Wissensmanagement droht Bildung zu verdrängen, die zu einem zu entsorgenden Begriff zu verkommen scheint. Es braucht deshalb mehr denn je Orte der Reflexion, wo wir im Treibsand der Informationen die Goldkörner der Bedeutung finden können.

Die Unübersichtlichkeit der „Neuen Globalen Unordnung“, die ungefilterte Überflutung der Bevölkerung mit Information über stets neue Krisenherde auf der Welt hat zu deutlichen Ermüdungserscheinungen bei einem Großteil der Gesellschaft geführt. Das Hauptproblem ist Resignation, nicht Unwissenheit. Viele merken, dass das bisherige Weltbild und der darauf geeichte mentale Kompass so nicht mehr stimmt. Es braucht deshalb Erkundung, Reflexion und Besinnung. Denn „nachhaltige“ Veränderung erfolgt niemals prompt.

Es ist nötig, die Gesamtstruktur unseres Wissens von der Welt immer wieder kritisch zu hinterfragen. Die Globalisierung der Lebensverhältnisse und die Entstehung einer Weltgesellschaft sind eine gewaltige Herausforderung für das Lernen und es braucht deshalb besonders entwicklungspolitische Handlungskompetenz in einer Reihe von spezifischen gesellschaftlichen Problemfeldern. Und selbst dann ist es ein langer Weg zur Einsicht, dass Sicherheit durch die Bereitschaft zur Veränderung am besten erreichbar ist.

Lernprozesse brauchen Zeit. Verständigung erfordert Verständnis auf beiden Seiten, statt Bewusstsein durch wissenschaftliche SOS-Rufe oder bedrängende Informationen wie „es ist fünf vor 12“ oder gar schon später erzeugen zu wollen. Ein afrikanisches Sprichwort sagt, dass das Gras nicht schneller wächst, indem man daran zieht. Es geht vielmehr um Dialog und Verständigung – nicht Monolog und Bekehrung.

Während die einen „Speed Kills“ zum Macher-Motto des noch jungen neuen Millenniums hochstilisieren, wächst bei anderen die Einsicht, dass es gerade auch in der entwicklungspolitischen Arbeit keine schnellen Erfolge gibt. Dies mag eine sehr unbequeme Erkenntnis sein für jene, die ihre Tätigkeit an Jahresmaßzahlen ausrichten (müssen), mit der monatlichen Steigerung von Hits auf ihrer Homepage die Güte ihrer Arbeit beweisen (wollen) und mit tabellarischen Erfolgsnachweisen über regelmäßige excel-updates ihre Geldgeber und Vorstände zufrieden stellen.

Es ist nach vier Jahrzehnten der Wechselbäder in der Entwicklungspolitik die Einsicht gewachsen, dass „Weltverbesserung“, die Veränderung der Verhältnis-

se, ein mühevoller Prozess ist, der nicht nach Apothekergesetzen des „Man nehme oder gebe und die Wirkung ist“ funktioniert, sondern viel Unsicherheit beinhaltet und den steten Austausch und Dialog mit unterschiedlichsten Menschen und Gruppen braucht.

Dies mag eine sehr störende Erkenntnis sein für jene, die ohnehin wissen, wo es lang zu gehen hat, die das Einmaleins von ZOPP und FQM und Logical Framework „projektmäßig“ draufhaben und „punktgenau“ und „treffsicher“ ihre Maßnahmen setzen. In solchen Organisationen werden die Visionen auf geduldigem Leitbildpapier geparkt, die Praxis macht aus ihnen dann Marktsegmente und Geschäftsfelder. Solidarität wird in solchen NGOs nur noch im eigenen Dunstkreis verbal beschworen, gelebt wird – unter dem Druck des Marktes und der Finanziere – die Suche nach Synergiepotenzialen und Einsparungseffekten.

Meinte man in den 80er Jahren mit dem Ruf nach „Professionalisierung“ der NGOs eine strukturiertere Auseinandersetzung mit der inhaltlichen Ausrichtung und Ausgestaltung ihrer entwicklungspolitischen Arbeit, so bedeutet es heute vermehrt das Überdecken eben dieses ursprünglichen Anspruches mit Business Slang. Sind Management Crews, Stabstellen, PR-ManagerInnen und Webmasters in Nichtregierungsorganisationen bereits Ausdruck von Professionalität? Es werden die Vokabeln aus der großen Welt des Marktes entliehen, doch allzu oft fehlen praktisches Know-How und Grunderfahrungen mit der Vielschichtigkeit einer Organisationsentwicklung und der Vielfalt der Beziehungen im eigenen Umfeld.

Es ist wichtig, dass NGOs aus ihrer Anwaltschaft, Aufgeklärtheit und Motivation heraus die Rahmenbedingungen für öffentliches Informieren und Lernen verändern. Dass sie eingefahrene Geleise in den gesellschaftspolitisch relevanten Bereichen (in Wissenschaft und Wirtschaft, in Schule und Freizeit, in Politik und Verwaltung, in Verbänden und Kirchen, in Kultur und Medien) immer wieder neu befahren und beharrendere oder langsamere Kräfte einladen, ein Stück des Weges zu kommen. Sie sollten deshalb Kommunikation, die Gestaltung ihrer Beziehungen, als Kernaufgabe anerkennen.

Eine Gesellschaft braucht Denk- und Phantasiesphären, die vom unmittelbaren Druck politischer Interessensdurchsetzung entlastet sind. NGOs bringen ausgezeichnete Voraussetzungen mit, solche Räume zu schaffen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, und die meisten Entwicklungsorganisationen zählen sich dazu, wollen Politik nachhaltig verändern und sie für ihre Anliegen beschleunigen – im konkreten Fall hin zu mehr Geschwisterlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit. Durch eine andere Art miteinander umzugehen können solche Organisationen zeigen, dass es Alternativen zu Ausbeutung und Konkurrenz gibt. Dass es Gegenmodelle und damit Chancen zu alter und neuer Glaubwürdigkeit gibt.

In demokratischen Gesellschaften genügt es nicht, ein politisches Anliegen lautstark durchzuboxen, sondern es braucht dessen Verwurzelung in wesentlichen Bereichen der Gesellschaft. Es sollte deshalb im Interesse des Staates sein, Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik zu einem Anliegen seiner Bevölkerung zu machen und dabei besonders auf jene Menschen und

Gruppen zu bauen, die konkretes Wissen und authentische Erfahrungen mitbringen. Da es sich um sehr komplexe politische Bereiche handelt, bedarf es eingehender Kommunikation mit zivilgesellschaftlichen wie staatlichen Partnern im eigenen Land und im konkreten Fall auch mit jenen in den Ländern des Südens.

Nichtregierungsorganisationen sind in Kontakt mit den Menschen und Gruppen, aus denen sie herausgewachsen sind, und dies ist eine ihrer besonderen Stärken. Sie wissen, wo der Schuh drückt und haben das Vertrauen ihrer Mitglieder und UnterstützerInnen. Doch es hilft nicht und wird nicht funktionieren, wenn die Anwälte der Zukunft, die Aufgeklärten, die moralischen Seismographen, die Bewegten die anderen zu ewig Gestrigen erklären, zu Gefangenen ihrer eigenen Interessen, zu Verstockten und zu Standpunktstehern und sich dann hurtig ans Werk machen, sie zu verändern.

Es wird nicht funktionieren, wenn sie zu Schreibtischtätern der Weltverbesserung werden und über www-domains ihre Infos abladen und mit ihren Projekten und Produkten den „Markt bedienen“; Inhalte nur danach aussuchen, ob sie für Auslastung und Deckungsbeiträge sorgen, ihre eigene In-Wert-Setzung durch ihre Nützlichkeit für unternehmerische Tätigkeiten bestimmen. Es wäre fatal, wenn sie den Kontakt zur Zivilgesellschaft verlieren bzw. diese nur noch in Kunden, Zielgruppen und Ebenen einteilen. Anders als der Staat können sie den Menschen konkrete und kooperative Beziehungen anbieten – was angesichts der Vereinzelung und Vereinsamung der Menschen in unseren Gesellschaften besonders wichtig erscheint. Im weltweiten Kontext selbstbestimmt zu denken und zu handeln, braucht besonders Ermutigung und Begleitung – eine herausfordernde Aufgabe für NGOs.

Es stimmt schon – es ist ein akrobatischer Spagat, der verlangt ist: sich als „Anbieter“ und „Dienstleister“ am Markt der Spenden, Förderungen und Erlöse zu bewähren und dabei nicht die Visionen und die politische Unabhängigkeit zu verlieren. Doch den Versuch ist es allemal wert. Voraussetzung wäre, das bereits vorhandene und über den Bereich hinausgehende Potenzial von Engagierten für die Entwicklungspolitik zu interessieren und zu gewinnen.

Die thematische und organisatorische Vernetzung verträgt noch einen großen Schub – zwischen den NGOs der verschiedenen Bereiche ebenso wie zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen und noch viel mehr zwischen den beiden Welten. Kommunikation und Zusammenarbeit sind dabei jene zwei Kulturtechniken, die gar nicht einfach und oft genug erprobt werden können.

Die Aussagen von heute können morgen schon fragwürdig oder gar obsolet sein. Dies soll uns nicht vom konkreten Handeln abhalten, wissend dass es die Möglichkeit bietet, die Fähigkeit zu systemischem Denken in Zusammenhängen zu vertiefen, Konfliktfelder besser wahrzunehmen, Folgen unseres Tuns frühzeitiger zu erkennen und neue kreative Problemlösungen zu entdecken.

Wisse was du tust – tue es mit Bedacht und vertraue darauf, dass es das richtige ist.

*Helmuth Hartmeyer, Hauptstraße 65/8, A-1140 Wien
e-mail: hartmeyer@nexta.at*

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 169–174

Eva Klawatsch-Treitl

Tu, was du willst!

Reflexionen über Schlüsselkompetenzen

Angefragt, einen Artikel im JEP zu kommentieren, habe ich gerne zugesagt. Doch muss ich gestehen, dass solch ein Kommentar nur ein persönlicher sein kann. Keiner den ich im Namen einer Organisation oder eines Netzwerke schreiben kann. All die Organisationen sind komplexe soziale Gebilde, die aus Individuen zusammengesetzt sind. Darüber hinaus sind viele Organisationen auf äußerst vielschichtige Art und Weise in Netzwerken miteinander verbunden. Dies mag auf den ersten Blick ineffizient aussehen, spiegelt jedoch eine Tradition wider, in demokratischer Art und Weise zu Positionen und Entscheidungen zu kommen und eine breite „Basis“ in das Interesse um entwicklungspolitische Fragestellungen einzubinden.

Auch wenn dieser Kommentar meine persönliche Meinung darstellt, so stammen doch die Positionen und Erfahrungen aus entwicklungspolitischen Zusammenhängen, meinem Engagement im Rahmen der Katholischen Jung-schar, meinen Aktivitäten im Netzwerk WIDE (Women in Development Europe) und meiner Tätigkeit im Vorstand des entwicklungspolitischen Dachverbandes, der AGEZ (Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit).

Alle meine Assoziationen, Aussagen, Anfragen zum vorliegenden Artikel sind Ausdruck meiner eigenen Lern-Erfahrungen in der entwicklungspolitischen Arbeit – speziell in Österreich. Manche dieser Erfahrungen sind Ausdruck vielfältiger Befassung, andere sind mir zwar bewusst, aber mit weniger Akribie durchleuchtet.

Der Artikel von Andreas Novy und Silvia Nossek geht von einer Krise aus, in der sich NGOs im Norden und im Süden befinden und definiert diese auf einer Metaebene: „Krisen sind Zeiten, in denen das Alte stirbt und das Neue noch nicht entstanden ist.“ (Novy/Nossek: 143) Wandel wird wahrgenommen (Agieren der NGOs, politische Interventionen verändern sich zu professioneller Zusammenarbeit zwischen Staat und Unternehmen etc.) und gefragt wie dieser zu bewerten ist und welches die sinnvollsten Strategien sind, sich auf diesen einzustellen. Wandel wird dabei als unabdingbar eingeschätzt, denn es sei für Organisationen ebenso problematisch, am Alten statisch festzuhalten wie sich bedingungslos dem Strudel der Veränderung auszusetzen. Die Veränderungen betreffen vor allem das politische Engagement, das sich gegenwärtig viel stärker in konkreten, alternativen Projekten widerspiegelt als im Fordern gerechter Strukturen. Die Veränderungen betreffen aber auch das Selbstverständnis der Organisationen, die sich fragen müssten, wie Werte und Aktivitäten nach außen und innen stimmig sein können, um nicht völlig zerrissen zu werden.

Den Schlüssel sehen die Autorin und der Autor in der Reflexionsfähigkeit der AkteurInnen, die sich in einer ganz bestimmten Art von Wissen und Weltbild widerspiegelt – einem Wissen, das auf einem konstruktivistischen Weltbild beruht und Reflexion erst möglich macht, weil es von der Gestaltbarkeit der Welt ausgeht (vgl. Novy/Nossek: 144f).

In sehr vielen grundsätzlichen Punkten kann ich mich diesen Meinungen anschließen. Ich sehe ebenfalls die Veränderungen der entwicklungspolitischen Arbeit innerhalb der letzten Jahrzehnte und nehme auch wahr, dass viele Engagierte den Zeiten nachtrauern, wo Empörungsergie, Begeisterung und Hoffnung größer waren. Auch kann ich mich der Sichtweise anschließen, dass ein Weltbild, das die Wirklichkeit als sozial konstruiert sieht, Veränderungen leichter macht, das Aushalten von Unsicherheiten ermöglicht und die Relevanz der Einbeziehung der Geschichte und der Machtzusammenhänge deutlich macht.

Eine Frage hat mich jedoch besonders beschäftigt. Was steht hinter dem Geschriebenen? Es handelt sich schließlich um einen Artikel, der im Rahmen einer breiten Debatte über Zivilgesellschaft im Bereich der Entwicklungspolitik angesiedelt ist. Darüber hinaus wurden einige Personen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, um Stellungnahmen gebeten. In Anlehnung an die Kommunikationsanalyse von Friedemann Schulz von Thun, möchte ich fragen: Was genau ist die Botschaft? An wen ist sie adressiert? In welcher Rolle sehen sich die Autorin und der Autor (vgl. Schulz v. Thun 1982: 26ff)? Im Detail frage ich an, ob die Ausführungen eine Erklärung der Wirklichkeit darstellen? Es könnte sich aber auch um eine Kritik an entwicklungspolitischen NGOs handeln. Ist es ein Deutungsangebot oder etwa Selbstreflexion? Es könnte sich auch um ein Angebot der gemeinsamen Reflexion zweier aneinandergekoppelter komplexer Systeme (NGOs und Universität), die Ähnliches erfahren, handeln?

Was immer es sein mag, der konstruktive Umgang mit Wandel wird maßgeblich davon abhängen, wie die AkteurInnen miteinander umgehen. Dies betrifft sowohl Klarheit über die Rollen (wer welche Rollen übernehmen will bzw. wem welche Rollen zugeschrieben werden) als auch eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen und darüber hinaus auch die Wertschätzung, dass andere ebenso Wichtiges beizutragen haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich zu *drei Punkten* detailliert Stellung nehmen, weil sie mich besonders ansprechen und ich sie als bedeutsam für die Zukunft der Entwicklungspolitik halte. Sie alle kreisen weniger um die theoretische Analyse als um die strategische Frage, wie es gelingen kann gleichwertig und gemeinsam mit den diagnostizierten Herausforderungen umzugehen.

1. Herrschende Meinung ist Macht

Der Zusammenhang von Wissen und Macht wird in den vorliegenden Ausführungen hervorgehoben. Neben dem Staat als Knotenpunkt politischer Macht

wird das Kapital als Knotenpunkt wirtschaftlicher Macht betont (vgl. Novy/Nossek: 150f). Innerhalb der entwicklungspolitischen Szene werden technische und betriebswirtschaftliche Fähigkeiten entweder als unterrepräsentiert identifiziert oder deren vermehrte Aneignung in Form von „Patentrezepten“ festgestellt.

Ganz im Sinne der steigenden Bedeutung wirtschaftlicher Macht sehe ich das Problem des Umgangs mit Wissen jedoch nicht allein auf der Ebene des Lernens/sich Aneignens von Wissen. Ich orte bereits im Bereich der Wissensgenerierung und Wissensvermittlung im Rahmen der Universitäten ein Schlüsselmoment. Als Ökonomin – hier möchte ich mich aus Mangel an Erfahrungen nicht über andere Disziplinen äußern – stehe ich sehr kritisch zur einseitigen Ausrichtung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungen. Alternativökonomische oder feministische Ansätze sind Minderheitenprogramm. Ich sehe darin eine Gefahr, dass gerade klassische/neoklassische Positionen – die sehr naturwissenschaftlich und mechanistisch sind – große Auswirkungen auf die „*herrschende Meinung*“ unter den PraktikerInnen haben.

Hier orte ich einen sehr großen Handlungsbedarf von Seiten der WissenschaftlerInnen, alternative Sichtweisen zu ermöglichen. Könnte es jedoch sein, dass die Universitäten und deren MitarbeiterInnen in einem sehr ähnlichen Dilemma stehen wie entwicklungspolitische NGOs und deren MitarbeiterInnen, dass sehr unterschiedliche Meinungen aufeinanderprallen, staatliche Mittel weniger werden und betriebswirtschaftliche Effizienz das Gebot der Stunde ist?

Man könnte nun weitergehen und zu einem Rundumschlag ausholen und das Problem wie eine heiße Kartoffel weitergeben, die Universitäten anklagen, Ökonomie wie eine Naturwissenschaft zu behandeln und zu vergessen, dass sie Aussagen über sich verändernde Realität treffen müsste, NGOs der EZA-Szene, dass sie bildungsresistent sind und Veränderung nicht ertragen können, Beratungsunternehmen, dass sie SpenderInnen als „Kunden“ titulieren und NGOs genauso betrachten wie Unternehmen; Regierungen, dass sie NGOs vereinnahmen wollen. Das würde alles wohl stimmen und doch auch völlig unrichtig sein, weil es die Komponente des komplexen Zusammenspiels und der Abhängigkeiten der Systeme außer Acht ließe.

Hier möchte ich noch auf die Anmerkungen eingehen, dass es nicht darum gehe, „dass Wissenschaftler mehr Ambiguitätstoleranz entwickeln müssten“ und durchwegs klare Positionen beziehen könne (vgl. Novy/Nossek: 160, zit. nach Weick 1985). Dieser Meinung kann ich sehr viel abgewinnen, ja sehe es geradezu als bedeutsame Aufgabe, Positionen zu vertreten und dabei klarzulegen, um welche theoretische Richtung und dazugehörige Prämissen es sich handelt. Wenn es sich darüber hinaus um die Reflexion des Systems Wissenschaftsbetrieb handelt, wird es auch für WissenschaftlerInnen nötig sein, extreme Komplexität und Ambivalenz auszuhalten.

2. Komplexität als Herausforderung für Organisation und Organisationstheorie

Entwicklungspolitische NGOs haben fast immer einen emanzipatorischen Anspruch, sind mit einer Gesellschaft konfrontiert, in der Kapitalakkumulation und Wachstum beinahe wie eine Religion gepredigt wird und sie kommen aus verschiedensten weltanschaulichen Richtungen. Die Hervorhebung der Bedeutung von Komplexitäten und Unsicherheiten finde ich für einen Prozess der Reflexion zivilgesellschaftlichen Handelns daher sehr wichtig. Um damit umgehen zu können, ist es wichtig, Erfahrungen nutzbar zu machen, Politik, Macht, Entwicklungen etc. umsichtig in das eigene Denksystem einordnen zu können und dieses gleichzeitig als soziales Konstrukt wahrzunehmen. Die Geschichte über die mexikanische Sierra (vgl. Novy/Nossek: 145ff) – einen Fisch, der stark, interessant und schön zu sein scheint – ist in diesem Zusammenhang eine sehr passende Metapher, um auf die Problematik von Komplexität hinzuweisen und darauf, dass Aktivitäten „richtig“ und „falsch“ gleichzeitig sein können, je nach dem was man will.

In traditioneller betriebswirtschaftlicher Sprache drückt Beate Lakes einen möglichen Umgang damit aus und trifft den Kern. „Der langfristige Erfolg einer Organisation hänge von der Fähigkeit ab, sich einerseits stimmig mit der Umwelt zu verändern und andererseits im Inneren einen Fit von Strategie, Struktur und Kultur herzustellen.“ (Lakes 1998: 454) Es muss also Stimmigkeit herrschen zwischen der Strategie und den normativen Ansprüchen, zwischen der Strategie und den operativen Zwängen und zwischen der Wertebasis und den Handlungen.

Eine Komponente, die meiner Meinung nach bisher sehr vernachlässigt wurde und auch in den Ausführungen abgeht, ist die Tatsache, dass NGOs besondere Organisationen sind und deren MitarbeiterInnen in vielen Bereichen Menschen mit hohen Ansprüchen und großem Motivationspotential sind. Meist haben die MitarbeiterInnen Vorstellungen von einem demokratischen Miteinander, sind sehr gut qualifiziert und haben hohe soziale Kompetenz. Es wird nicht gelingen, dass „die NGOs“ etwas verändern, wenn die Ressource Mensch nicht berücksichtigt wird und deren besondere Erwartungen an Organisationsformen. Alfred Zauner diagnostiziert eine Organisationsabwehr in vielen Non-Profit-Organisationen und beschreibt damit die Abwehr gegen eine Form „der kollektiven Vermeidung der entpersönlichten, ‚entfremdeten‘ Seite der organisatorischen Erfahrungswelt“ (vgl. Zauner 1999: 128). Seiner Ansicht nach führt dies oftmals zu einer generellen Ablehnung von Organisationen, weil sie dem „Allzu-Menschlichen“ entgegensteht. Hier bedarf es einer offensiven und identitätsfördernden Selbstpositionierung. Dies zu ermöglichen wird es der engen Zusammenarbeit von Non-Profit-Organisationen, Forschung und Lehre bedürfen.

3. Tu, was du willst – Freiheitsradien als Chance für Engagement

Reflexion ist das Zauberwort des vorliegenden Artikels, Reflexion – so entnehme ich den Ausführungen – verstanden als bewusster Umgang mit den Entwicklungen der Zeit. Reflexion entscheidet demnach über die Zukunft der NGOs, über ihr erfolgreiches Bestehen oder aber ihren wenig glorreichen Untergang. Eine durchwegs annehmbare Herausforderung für entwicklungspolitische NGOs, gehört doch reflexives Lernen, das auf Erfahrungen aufbaut und mit Fakten verknüpft wird, sicher zu den besonderen Kompetenzen in der entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildungsarbeit.

Meine Sicht, zur Notwendigkeit Freiräumen zu nützen und zu reflektieren, habe ich mehrmals dargelegt. Die wirkliche Frage ist meiner Meinung nach jedoch, wie und wo es möglich ist, Freiräume für Reflexion zu schaffen, wenn das Feld schon sehr komplex ist und darüber hinaus inmitten einer mindestens ebenso komplexen, ambivalenten Realität steht. Es wird sehr schwierig sein, Lösungen zu finden, wenn pauschal über Männer und Frauen, Strukturen, Organisationen, Wissenschaftsdisziplinen und Politikfelder in einem Atemzug gesprochen wird.

Ich habe meinen Kommentar „tu was du willst“ übertitelt und möchte das keinesfalls in dem Sinne verstanden wissen, dass es egal sei, was man tut. Vielmehr ist es ein Hinweis darauf, dass das „Wollen“ eine wichtige Komponente ist. Wir Menschen sind gezwungen, Entscheidungen zu treffen und uns die Freiheit zu nehmen, Entscheidungen zu treffen (vgl. Savater 1999: 58).

So möchte ich abschließend meine Erwartungen nicht an „die NGOs“ richten, sondern an Wissenschaft und deren Beitrag für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis. Ich sehe große Chancen in einer Kooperation zwischen Wissenschaft und entwicklungspolitischer Praxis. Beide können sich verändern, wenn Herausforderungen als gemeinsames Lernfeld betrachtet werden. Gelingen wird dies nur, wenn sie sich als gleichwertige PartnerInnen in einer sich verändernden Welt verstehen und Praxis die Theorie und Theorie die Praxis beeinflusst. Im Sinne eines feministischen Wissenschaftsverständnisses sehe ich die Voraussetzungen im interdisziplinären Arbeiten, in der bewussten Parteilichkeit von Wissenschaft, in einer Hinterfragung traditioneller – von neoklassischer Ökonomie beeinflusster – Zweckrationalitäten und eines Verhältnisses von Forscherin und Forscher, das von einer „Teilidentifikation“ mit den „Beforschten“ ausgeht. „Während der traditionelle Empiriker sich selbst als primäre Quelle seines Denkens sieht, sich mehr vertraut als er der Logik und den Sinnen seiner Forschungsobjekte vertrauen würde, glauben Feministinnen (wie teilnehmende BeobachterInnen) hingegen, dass die Interpretation ihrer Forschungsobjekte die größte Wichtigkeit haben. Der Forschungsprozess wird zum Bewusstwerdungsprozess sowohl für Forscher wie auch für Beforschte.“ (Grisold 1997: 80)

Es ist durchwegs eine Fragen des Wollens, zu entscheiden ob man sich Freiräume nehmen will. Es wird der Realität entsprechen, dass einmal einzelne

Personen, ein anderes Mal Universitätsinstitute, einzelne Organisationen, Plattformen oder Netzwerke Themen vorantreiben werden. Ich will Zwänge keineswegs verleugnen. Trotzdem gehe ich davon aus, dass es sehr stark an Personen hängen wird, ImpulsgeberInnen zu sein, sich zum Wandel zu positionieren und Vorschläge für Zusammenarbeit zu machen.

Literatur

- Grisold, Andrea. 1997. *Feministische Ökonomie – eine zweifelhafte Würdigung*. Wien: Peter Lang Verlag, 73–94.
- Lakes, Beate. 1998. *NPO im Spannungsfeld von Solidarität und Wettbewerb*. Stuttgart: Dr. Josef Raabe Verlag, 447–462.
- Savater, Fernando. 1999. *Tu, was Du willst; Ethik für Erwachsene von morgen*. 6. Aufl. Frankfurt am Main: Campus.
- Schulz v. Thun, Friedemann. 1982. *Miteinander reden: Störungen und Klärungen*. Hamburg: Rowohlt.
- Zauner, Alfred. 1999. *Von Solidarität zu Wissen. Nonprofit Organisationen in systemtheoretischer Sicht*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag, 119–135.

*Eva Klawatsch-Treitl, Pilgramgasse 20/17, A-1050 Wien
e-mail: eva.klawatsch-treitl@blackbox.net*

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 175–180

Alexandra Strickner

Auf der Suche nach einer umfassenden Professionalität

Die entwicklungspolitischen NROs in Österreich befinden sich in einer Krise, so wie auch die österreichische Entwicklungspolitik insgesamt. Zu wesentlichen Kennzeichen derselben zählen ständig sinkende Budgetmittel für diesen Politikbereich und die sich daraus ergebenden Realitäten u.a. für NROs sowie die immer stärkere Marginalisierung von entwicklungspolitischen Themen in der Öffentlichkeit.

Um Strategien zur Bewältigung von Krisen zu entwickeln, ist die reflexive Auseinandersetzung mit dieser Situation, den damit verbundenen Auswirkungen auf die NROs bzw. den Zusammenhängen und dem Kontext, in dem diese agieren, so wie Novy und Nossek dies vorschlagen, mehr denn je eine Notwendigkeit und auch eine Herausforderung.

Professionalisierung und Professionalität sind seit langem auch in der Entwicklungszusammenarbeit keine Tabuthemen mehr. Dennoch scheint diese Professionalisierung weder die NROs noch die Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit vor der gegenwärtigen Krisensituation bewahrt zu haben. In diesem Sinne stellt sich die Frage, was bisherige Professionalisierungsversuche und -maßnahmen geleistet bzw. nicht geleistet und was notwendige Ergänzungen oder Erweiterungen für professionelles Agieren wären.

1. Die verkürzte Professionalisierung oder: WIE löse ich ein Problem?

Der Begriff „Professionalisierung“ hat sich im vergangenen Jahrzehnt zu einem Schlüsselwort für den staatlichen und Non-Profit Bereich entwickelt. Er wird als Synonym für effizientes, zielorientiertes, Input minimierendes – Output maximierendes Arbeiten verwendet. Der grundsätzlichen Forderung nach einem effizienteren Mitteleinsatz bzw. zielorientierterem Arbeiten ist zunächst noch nichts entgegenzusetzen – auch wenn dieser Begriff, dessen Herkunft und das bzw. die dahinter liegenden Konzepte ebenfalls einer kritischen Beleuchtung bedürften. Problematisch wird diese Art der Professionalisierung dann, wenn sie zum Selbstzweck wird und letztlich losgelöst vom Gesamtkontext des Handelns als Forderung per se existiert.

Denn im Zentrum dieser verkürzten Professionalisierung steht primär die Frage nach dem „WIE“. Wie können Projekte effizienter und ergebnisorientierter umgesetzt werden? Wie können die Personalkosten gesenkt werden? Wie können Dienstleistungen besser durchgeführt werden etc.?

Die Reflexionstätigkeit der AkteurInnen in der EZA konzentrierte sich in den vergangenen Jahren primär darauf, wie die Entwicklungszusammenarbeit effizienter und wirkungsvoller gestaltet werden kann, um letztlich die im internationalen Einklang formulierten und verfolgten entwicklungspolitischen Ziele, wie die Beseitigung von Armut und die „Entwicklung der Entwicklungsländer“, zu erreichen. Unbestritten schienen und scheinen die grundlegend verfolgten Ziele der Entwicklungszusammenarbeit und auch die grundlegenden Strategien zu deren Erreichung – wie z.B. die Öffnung der Märkte bzw. die Privatisierung von ehemals staatlichen Unternehmen als Motor für die Wirtschaft im Süden ebenso wie die Abmagerungskuren der jeweiligen Staatsapparate und damit verbunden die Verbesserung der sogenannten „guten Regierungsfähigkeit (Good Governance)“.

Das primäre Motto dieser Art der Professionalisierung war und ist die Suche nach der „Best Practice“ – der besten Praxis – oder vielleicht treffender formuliert der „Better Practice“ im Vergleich zur bisherigen „Practice“. Beobachtet man den Ansatz der staatlichen EZA (in Österreich wie auch international), so lassen sich die Ergebnisse dieser Reflexionstätigkeit in der Abkehr von der Projektkultur zu Beginn der 90er Jahre hin zu den sogenannten Landesprogrammen bzw. Landesektorprogrammen oder in der verstärkt regionalen Fokussierung der EZA beobachten. Die Impulse in diese Richtung kamen nicht zuletzt auch von der internationalen Gebergemeinschaft wie z.B. der OECD u.a. mit ihrer Forderung nach einem konzentrierteren Mitteleinsatz in weniger Ländern bzw. auch der Forderung nach einem direkteren Mitteleinsatz vor Ort. Diese Strategien sollten sicherstellen, dass die EZA effizienter und wirksamer wird.

Gegenwärtig kulminiert diese Weiterentwicklung bzw. Professionalisierung in der schrittweisen Etablierung der sogenannten sektorumfassenden Ansätze (Sector Wide Approaches – SWAPs), bei denen nunmehr die Regierungen der jeweiligen Entwicklungsländer federführend ein Reformpaket für einen gesamten Sektor – bevorzugt unter Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft – und unter Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Leitlinien v.a. der großen Geberorganisationen erarbeiten. Die Geberländer bzw. -organisationen unterstützen die Umsetzung dieser Reformen finanziell durch die Bereitstellung der fehlenden budgetären Mittel.

Auch die österreichischen NROs beschäftigten sich im vergangenen Jahrzehnt primär mit der Verbesserung ihrer Praxis – mit steigender Intensität ab dem Zeitpunkt, ab dem es zu spürbaren Mittelkürzungen kam. So sehr diese Professionalisierung durchaus auch einen wichtigen Beitrag zu einer verbesserten Effizienz im Hinblick auf den Mitteleinsatz bzw. die Mittelverwendung durch die NROs beigetragen haben mag, so sehr stellt sich heute die Frage, ob das „immer besser“ „immer effizienter“ und folglich „immer professioneller“ aus der gegenwärtigen Krise führen kann.

2. Eine umfassendere Professionalisierung oder: WAS ist das Problem?

Angesichts der Krise der entwicklungspolitischen NROs und der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit insgesamt, scheint letztlich die Aufforderung von Novy/Nossek, sich damit zu beschäftigen „WAS man tut“ eine Ergänzung zu sein, die notwendig und wichtig ist. Diese Auseinandersetzung mit dem WAS böte die Möglichkeit, sich mit den Inhalten, Strukturen und Entwicklungen der österreichischen EZA der letzten Jahre intensiver auseinanderzusetzen, ebenso wie mit der Rolle der jeweiligen AkteurInnen und auch mit dem Gesamtkontext, in den die Entwicklungszusammenarbeit eingebettet ist.

Gerade die Konstruktion der österreichischen EZA ist im Vergleich zu einer Vielzahl von anderen Industrieländern gewissermaßen ein Spezifikum, das Chancen aber zugleich auch ein großes Konfliktpotential in sich birgt. Wo es in anderen Ländern neben entwicklungspolitischen NROs staatliche EZA-Agenturen gibt, die die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit umsetzen, wird ein Gutteil dieser Aufgaben in Österreich von NROs durchgeführt.

Solange die Identitäten und Rollen innerhalb einer derartigen Konstruktion klar sind und auch gewahrt bleiben – was einerseits auf Grund der finanziellen Abhängigkeit vom staatlichen Geldgeber und andererseits auf Grund der Heterogenität der entwicklungspolitischen NROs im Hinblick auf deren Eigen- und Fremdfinanzierungsstruktur und den damit verbundenen Handlungsspielräumen eine Herausforderung ist – mag dies durchaus gut funktionieren. Derartige Abhängigkeitsverhältnisse bergen aber eben auch ein breites Konfliktfeld in sich. Die Art der Konflikte hier sind in erster Linie Spannungsfelder bzw. Widersprüche, die nicht einfach nach einem kausalen Modell von Ursache und Wirkung lösbar sind, sondern die die immer wiederkehrende Reflexion und das Finden von Vereinbarungen erfordern.

Eines der zentralen Spannungsfelder ist die jeweilige Rolle von Staat und Zivilgesellschaft in diesem Politikbereich und das bestehende Abhängigkeitsverhältnis vieler NROs von der staatlichen Finanzierung einerseits und umgekehrt des Staates von der Durchführungsstruktur der NROs andererseits.

Bei mangelnder oder einseitiger Reflexion kann sich eine grundlegend zielführende Konstruktion wie jene der österreichischen EZA daher schnell in ihr Gegenteil verkehren. In der gegenwärtigen Situation drängt sich daher die Frage bzw. Vermutung auf, ob sich die bisher verfolgte verkürzte Professionalisierung der österreichischen EZA angesichts ihrer strukturellen Spezifität letztlich nicht als Bumerang für den Bestand und Stellenwert des Themas Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit insgesamt erweist. Die gemeinsame Reflexion dieser Fragestellung aller entwicklungspolitischer AkteurInnen in Österreich wäre ein spannendes Unterfangen und könnte zugleich eine notwendige Klärung über die Ursachen der gegenwärtigen Krise leisten.

Denn es erstaunt doch, warum die österreichischen entwicklungspolitischen NROs heute öffentlich nur mehr dann präsent sind, wenn es um Budgetkürzun-

gen in diesem Bereich geht, kaum aber in der entwicklungspolitischen Debatte als solche. Und sogar bei der Budgetthematik ist der Kooperationsgrad der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen relativ gering. Das kurzfristige gemeinsame Agieren zur Verhinderung oder Abschwächung von Budgetkürzungen weicht anschließend rasch dem Konkurrenzdenken um die Aufteilung der finanziellen Ressourcen.

3. Lernen als Reflexion der Praxis

Die gegenwärtige Situation der entwicklungspolitischen NROs und auch der österreichischen Entwicklungspolitik bietet eine Chance, das professionelle Agieren um die Frage nach dem „WAS man tut“ zu erweitern und sich grundlegend mit der damit zusammenhängenden Thematik des Lernens und dessen Verankerung als wesentlichen Bestandteil des Handelns zu beschäftigen.

Andere Geberländer wie z.B. die Schweiz haben die Notwendigkeit der „Systematisierung von Lernen bzw. Lernprozessen“ anhand dessen, was man tut und wie man es tut, gemeinsam mit allen AkteurInnen – jenen im Süden wie auch den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen in der Schweiz – als zentralen Aspekt zur Weiterentwicklung ihrer Entwicklungszusammenarbeit bereits erkannt.

Ein Beispiel soll das illustrieren:

Im Herbst 2000 fand eine zweitägige Konferenz zum Thema Wissenschaftskooperationen statt. Inhalt dieser Konferenz war die gemeinsame Reflexion eines mehrjährigen Projektes in diesem Bereich, das gemeinsam von der Schweizer EZA und wissenschaftlichen Institutionen in der Schweiz durchgeführt wurde.

Im Zentrum der Reflexion – an der auch ProjektpartnerInnen aus dem Süden teilnahmen – stand die Auseinandersetzung mit dem WIE und dem WAS. So wurde zum einen thematisiert, wo es Probleme bei der Umsetzung der Wissenschaftskooperationen gab, und welche möglichen Lösungsansätze für zukünftige Kooperationen sinnvoll und zielführend wären. Zum anderen war die Reflexion darüber, was gemacht und erreicht wurde, ein wichtiger Bestandteil der Tagung. Hier kamen bestehende Widersprüchlichkeiten und Spannungsfelder zu Tage, für die es keine ad-hoc Lösungsansätze gibt.

Das Ergebnis der gemeinsamen Tagung war, die grundsätzliche Sinnhaftigkeit dieses Unterfangens und dieses Ansatzes der Wissenschaftskooperation festzuhalten. Eine Wissenschaftlerin aus dem Süden stellte jedoch klar, dass die angestrebte Interdisziplinarität in Wirklichkeit kaum gegeben war. Der Austausch zwischen den verschiedenen ForscherInnen fand kaum statt, denn jede/r betrachtete die betreffende Thematik einzig mit der Brille seiner/ihrer eigenen Disziplin. Disziplinär festgelegte Sichtweisen standen somit gleich gültig nebeneinander, Synthesen erfolgten nicht. Dies hätte erfordert, sich auf unterschiedliche Standpunkte einzulassen und die eigenen Disziplin und die eigene Brille,

mit der an die Realität herangegangen wird, kritisieren zu lassen. Neue Lösungen und Sichtweisen entstehen aber nur in einem Dialog, der auf der Bereitschaft aufbaut, den eigenen Horizont zu erweitern und sich durch Fremdes bereichern zu lassen.

Eine weitere Erkenntnis war, dass das Projektziel dieser auf mehrere Jahre angelegten Wissenschaftskooperationen – nämlich die Stärkung der eigenständigen Problemlösungskapazitäten mittels der Förderung des lokalen wissenschaftlichen Potentials und der wissenschaftlichen Institutionen vor Ort – nur im engen Projektkontext erreicht wurde. Die langfristige Wirksamkeit der Aktivitäten war bzw. ist jedoch nicht garantiert. So erhielten die WissenschaftlerInnen des Südens zwar die Möglichkeit der methodischen und wissenschaftlichen Fortbildung bzw. kam es auch zu infrastrukturellen Verbesserungen der lokalen Forschungseinrichtungen, in denen sie tätig sind. Aber die grundlegenden Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung – wie z.B. mangelnde Forschungsgelder bzw. Gelder für entsprechende Infrastruktur oder die extrem niedrigen Gehälter – wurden damit nicht – oder eben nur kurzfristig im Rahmen des Projektes für die kleine Zahl an Teilnehmenden – verbessert. Die Anwendung und Weiterentwicklung des neuerworbenen Wissens bzw. der neuerworbenen Methoden war und ist nach Abschluss der Projekte somit nicht sichergestellt.

Dies rückt die langfristige Wirksamkeit dieser in gewisser Hinsicht durchaus gelungenen Maßnahme in ein anderes Licht. Beschäftigt man sich also im Rahmen der Reflexion nur damit, wie derartige Aktivitäten professioneller durchgeführt werden können, bleibt die Sinnhaftigkeit bzw. Zielorientiertheit derselben im gesamten Kontext ausgeblendet.

Eine umfassendere Auseinandersetzung mit Problemfeldern – wie von Novy/Nosseck vorgeschlagen – wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der nächsten Schritt müsste dann aber sein, möglichst viele AkteurInnen der österreichischen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit in einen gemeinsamen Reflexionsprozess miteinzubeziehen bzw. diesen gemeinsam mit ihnen zu führen.

Bezogen auf die Krise der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit kann abschließend ein zentraler Punkt festgehalten werden. Die verschiedenen AkteurInnen in diesem Politikfeld – NROs gleichermaßen wie die staatlichen Akteure – müssen schrittweise eine gemeinsame Sprache finden. So könnte z.B. die Forderung nach Reflexionsfähigkeit als Schlüsselkompetenz für entwicklungspolitische NROs durchaus von allen Beteiligten als gemeinsames Ziel definiert werden. Eine gemeinsame Sprache heisst jedoch noch nicht, dass die dahinterliegenden Aspekte von allen AkteurInnen gleichermaßen gesehen bzw. umgesetzt werden. Es geht also auch darum, über gemeinsame Reflexions- und Lernprozesse ein gemeinsames Verständnis herzustellen. Dazu ist neben der Auseinandersetzung über das WIE auch die über das WAS der Entwicklung ein wichtiger Aspekt professionellen Handelns. Gemeinsame Sprache und gemeinsames Verständnis bilden die Voraussetzung für eine gemeinsame Praxis, die

wiederum – entsprechend dem Prinzip der Systematisierung von Lernprozessen – immer wieder via Reflexionsprozesse an das gemeinsame Verständnis rückzukoppeln bzw. zu überprüfen sind.

Raum und Zeit für Reflexion und Dialog sind vielleicht gegenwärtig die wichtigsten Ressourcen für die Überwindung der bestehenden Krise der österreichischen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit insgesamt. Die Teilnahme an bzw. Durchführung eines derartigen Reflexions- und Lernprozesses und dessen langfristige Verankerung als wesentlicher Bestandteil des Handelns und als Ausdruck von Professionalität ist eine spannende Herausforderung, die sich lohnen wird. Denn die Praxis der verkürzten Professionalisierung, bei der lediglich die Verbesserung der Arbeitsweise bzw. Umsetzung im Vordergrund steht und optimiert wird, ist angesichts der globalen Probleme und auch gegenwärtigen Krise der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit in Österreich zwar möglich, aber nicht ausreichend.

Alexandra Strickner, ÖFSE (Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe), Berggasse 7, A-1090 Wien
e-mail: a.strickner@oefse.at

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 181–192

Petra Purkarthofer

„Die Gesellschaft, die sich organisiert“¹ als Utopie demokratischer Machtverweigerung

„Daher können wir nicht wieder zur militärischen Kraft wie die EPR werden, wir können uns aber auch nicht in eine politische Kraft wie die PRD verwandeln. Was also zum Kuckuck?“²
(Marcos zit. nach Le Bot 1997: 308)

Die EZLN (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional*)³ aus dem mexikanischen Bundesstaat Chiapas hat national und international viel Resonanz erfahren. Vor allem ihre wiederholten Aufforderungen zur Selbstorganisation der Gesellschaft fanden Widerhall im Wunsch vieler Menschen, nach mehr Selbst- und Mitbestimmung bei Entscheidungen, die unmittelbar ihr Leben betreffen. Die „Gesellschaft, die sich organisiert“ wurde damit aber auch zum Hoffnungsträger für eine tiefgreifende Demokratisierung, die soziale und ökonomische Gerechtigkeit anstrebt und Differenzen anerkennt. Im folgenden soll versucht werden, das zapatistische Konzept von Zivilgesellschaft zu skizzieren und die Rolle der Zivilgesellschaft für Demokratisierung auf ihre Möglichkeiten und Grenzen zu hinterfragen.

1. EZLN und Zivilgesellschaft

Von Anbeginn formulierte die EZLN das Ideal einer Gesellschaft, in der Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit die Möglichkeit zur Konfrontation verschiedenster politischer Vorschläge bieten, die nicht nur von politischen Parteien artikuliert werden (vgl. EZLN 1994: 104). Sie plädierte immer wieder für unterschiedliche Formen des Kampfes und des Widerstandes sowie für Anerkennung und Entwicklung anderer Formen von Politik und Demokratie. Bleibt auch die Differenzierung zwischen mexikanischem Volk, an das die meisten Kommuniqués gerichtet sind, und Zivilgesellschaft unklar, so findet sich im Aufruf zur *Convención Nacional Democrática* (Nationaler Demokratischer Konvent, CND) im August 1994 der Hinweis, daß dieser Konvent für all jene Nicht-organisierten und Marginalisierten gedacht sei, die weder Partei noch ein „historisch“ politisches Projekt haben (vgl. EZLN 1994: 302). Der Traum von der Bildung einer Übergangsregierung und einer verfassungsgebenden Versammlung (vgl. EZLN 1994: 296f) durch den Konvent wich rasch einer pragmatischeren Sichtweise. Die CND suche nicht die Macht, sondern sei der Ort, an dem sich Parteilose

organisieren, um von der Macht die Erfüllung der Forderungen nach Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit einzufordern (vgl. EZLN 1995: 208). Die Zivilgesellschaft wäre demnach das Regulativ, das die Forderung des *mandar obedeciendo* (gehorchend Befehlen) kontrolliert. *Mandar obedeciendo* war der Titel eines Kommuniqués der EZLN (vgl. 1995: 175f) vom 26.2.1994 im Rahmen der ersten Verhandlungen in der Kathedrale von San Cristóbal, in dem die VertreterInnen der EZLN klar machten, daß sie kein Mandat hätten, über den Regierungsvorschlag zu entscheiden, und deshalb ihre Basisgemeinden konsultieren müßten. *Mandar obedeciendo* meine, daß jene die befehlen, dem Willen der Menschen gehorchen, von denen sie das Mandat zu befehlen erhalten haben, kurz Demokratie.

Auch wenn die CND vom 8. August 1994 mit 6.000 TeilnehmerInnen und aufgrund der logistischen Leistungen der EZLN ein beeindruckendes Ereignis war, mußte sie jedoch hinter den so hoch gesteckten Erwartungen und Zielen weit zurück bleiben. Entsprechend der Weigerung der EZLN, die Macht zu ergreifen, verweigerte sich die Zivilgesellschaft der ihr zugeordneten Macht und kam über eine politische Positionierung im Sinne der Anerkennung und Unterstützung der zapatistischen Forderung nicht hinaus. Die EZLN hatte mit der CND genau das Gegenteil dessen erreicht, was sie wollte: nämlich Bestätigung ihrer avantgardistischen Rolle anstatt konzeptioneller Erweiterung. Trotz aller fruchtbaren Diskussionen tendierte das Happening der Zivilgesellschaft zu performativer Affirmation der eigenen Existenz. Carlos Monsiváis schreibt rückblickend über das Zusammentreffen:

„Der Konvent ist ein Fest, ein Marathon der Unannehmlichkeiten, ein Akt der Massen und, was soll's, eine Sitzung traurigen Illusionismus.“ (in: EZLN 1998: 458)

Selbst angesichts der Tatsache, daß an der folgenden Sitzung der CND nur mehr 500 Personen teilnahmen, kann Subcomandante Marcos, der Sprecher der EZLN, der CND doch Positives abgewinnen. Mit der CND entstehe der zivile Zapatismus, zu dessen formaler Organisation in der FZLN (*Frente Zapatista de Liberación Nacional*) die EZLN (vgl. 1998, 86f) in der Vierten Deklaration der Selva Lacandona im Jänner 1996 aufrief. Hier erging auch der explizite Hinweis, daß seine Mitglieder nicht Inhaber öffentlicher Ämter sein dürfen. In einem Interview mit dem französischen Soziologen Yvon Le Bot (vgl. 1997: 258) weist Marcos darauf hin, daß sich dieser zivile Zapatismus nach wie vor im Übergang von einem Solidaritätskomitee zu einer politischen Organisation befinde. Er unterscheidet auch diesen vom ursprünglichen Zapatismus der EZLN und der indigenen Dorfgemeinden sowie vom sozialen Zapatismus. Letzterer umfasse all jene, die mit den zapatistischen Forderungen sympathisieren, aber anderen politischen und sozialen Organisationen angehören (vgl. auch Brand 1997). Das Ziel dieser Unternehmen sei die Organisation jener politischen Kräfte, die in der repräsentativen Demokratie kein Gehör finden, weil sie sich nicht den Parteien ein- oder unterordnen. Folgerichtig integrierte die EZLN hunderte Berater in die Verhandlungen mit der mexikanischen Regierung über indigene Rechte und

Kultur. Auch wenn diese Einbindung indigener Organisationen und ExpertInnen als demokratische Erneuerung herkömmlicher Verhandlungsformate zu würdigen ist, bleibt die Frage nach den Auswahlkriterien im Dunkeln. Diese Selektivität behob die EZLN allerdings mit der Organisation des *Foro Nacional Indígena* im Jänner 1996, das als einzigartige Anstrengung gesehen werden kann, der unabhängigen indigenen Bewegung ein Forum zu bieten, um sich überhaupt erst als solche zu konstituieren. Daraus entstand der Nationale Indigene Kongreß (*Congreso Nacional Indígena*), der vor kurzem bereits zum dritten Mal tagte. Das Spektrum der eingeladenen Berater war nicht auf identifizierte SympathisantInnen beschränkt, sondern sehr breit. So stand zum Beispiel der heutige Präsident Vicente Fox auf der Liste der für die zweite Verhandlungsrunde über Demokratie und Gerechtigkeit eingeladenen Personen. Das *Encuentro Intercontinental por la Humanidad y contra el Neoliberalismo* im Juli/August 1996 war der Versuch, ein internationales Netzwerk partikularer Widerstände zu organisieren, das weder Zentrum noch Hierarchie kenne. „Das Netz sind alle die miteinander sprechen und einander zuhören.“ (EZLN 1998: 350) Es sollte ein interkontinentales Netzwerk sein, um sich über Alternativen zum Neoliberalismus zu verständigen.

Kurz vor der Suspendierung des Dialogs mit der Regierung im September 1996 schrieb Marcos ein Kommuniqué, in dem er die Zivilgesellschaft befragt, ob sie sich an die EZLN erinnern könne. Metaphorisch drückt Marcos seine Ratlosigkeit von der Spitze eines Ceiba-Baumes aus und unterzeichnet mit: „Der Sup, der sich weigert anzuerkennen, daß er nicht weiß, wie er wieder hinunterkommt ...“ (EZLN 1998: 373) Auch im bereits erwähnten Interview mit Le Bot (vgl. 1997: 308) klagt er, daß alle von der EZLN verlangen, sich festzulegen, aber niemand Vorschläge bringe wie oder wofür. Selbst nach der Suspendierung der Verhandlungen brach die EZLN die Kommunikation mit der Zivilgesellschaft nicht ab. Im September 1997 marschierten 1.111 ZapatistInnen nach Mexiko Stadt, um den Gründungsfeierlichkeiten der FZLN und der Eröffnung des zweiten Nationalen Indigenen Kongresses beizuwohnen. Im November 1998 kam es zu einem weiteren „Treffen mit der Zivilgesellschaft“ in San Cristóbal de las Casas. Am 21. März 1999 organisierte die EZLN mit Unterstützung verschiedenster Organisationen bereits ihre zweite *Consulta Nacional* (nationale Befragung), in der die Zustimmung zum Abkommen von San Andrés zur Frage stand und an der 2,8 Millionen mexikanischer StaatsbürgerInnen teilnahmen. Es würde zu weit führen, hier in additiver Weise die unzähligen Treffen und Aktionen anzuführen. Hervorzuheben sind die logistischen und organisatorischen Leistungen der EZLN und FZLN, die einem vielfältigen Publikum ein angeregtes Diskussionforum boten.

2. Die Zivilgesellschaft in Opposition zur Macht

Die Frage nach der Definition der scheinbar geschlechtsneutralen und klassenlosen Zivilgesellschaft umgehend, möchte ich mich dem Phänomen der Zivilge-

sellschaft von anderer Seite nähern. Jedes begriffliche Subjekt besitzt zu seiner Anrufung und Konstruktion eine zugeschriebene Identität. Diese hat einen Kern und ein Anderes, dem gegenüber sie sich konstituiert. Das Andere der nationalen Zivilgesellschaft ist das System der Staatspartei, die politische Klasse, die Macht, die es zu kontrollieren gilt. Das Andere der internationalen Zivilgesellschaft ist der Neoliberalismus, das weltweite Wirtschaftssystem, in dem nur existiert, wer konsumiert und verkauft.⁴ Die Opposition gegen dieses Andere ist die Klammer, das Verbindende der Zivilgesellschaft. Auch wenn viel von der Suche nach Alternativen, nach neuen Formen von Politik, die Rede ist, so ist die Ausbeute kärglich. Die Problematik liegt in der Konstitution des politischen Subjekts. Das „Eigene“, die Zivilgesellschaft, „eine Welt, in der viele Welten Platz haben“ muß bis auf Weiteres unbestimmt bleiben. Dies ermöglicht Anerkennung von Differenzen, verhindert aber die Formulierung konkreter Handlungsstrategien. Was bleibt, ist die Anerkennung, daß jeder in seinem Raum und mit seinen Mitteln gegen das Andere Widerstand leisten wird.

Oft wurde die Weigerung der EZLN, die Macht zu ergreifen, als postmoderne Wende der Guerrilla gefeiert. Die Abneigung gegen die politische Macht als korruptierbares und dunkles Zentrum des Leviathans steht in Verbindung mit der mexikanischen Erfahrung des Systems der Staatspartei. In der Regel sind die Zentren politischer Macht nicht so leicht zu identifizieren (vgl. Ulrich Brand im Interview mit Ceceña 1997a: 125). Die zentrumsorientierte Machtdefinition widerspricht auch dem Verständnis spontan agierender Netzwerke. Die Weigerung, Regierungsfunktionen auszuüben oder Parteipolitik zu gestalten, bedeutet nicht, nicht machtvoll agieren oder politisch handeln zu können. Natürlich ist dem Terminus der Zivilgesellschaft konzeptionelle Opposition zum Staat immanent. Doch eine Weigerung, Regierungsämter zu übernehmen, oder die Forderung des Endes eines starren Regierungsregimes bedeutet nicht politische Opposition zum Staat an sich, sehr wohl aber seine Ablehnung in Verkörperung der Staatspartei (vgl. auch Nolasco 2000: 223). Die fehlende Beschäftigung mit dem Staat als solchem in den Kommunikés sticht für uns angesichts seines zentralen Stellenwertes in der deutschsprachigen politischen Theorie ins Auge. Da der Staat vom PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) aber absolut besetzt war, reklamierte die EZLN über historische und revolutionäre Symbole die Legitimität der Nation für sich (vgl. dazu auch Rajchenberg/Héau-Lambert 1996 und Huffs Schmid 1997). Die Nation als Raum der Kultur, der historischen Identität und des Widerstandes steht gegen den Raum des Staates, der mit der dominanten Klasse identifiziert wird (vgl. Ceceña 1996: 16).⁵ Zudem hängt die Abkehr vom Staat wohl auch damit zusammen, daß „die Versuche, die Gesellschaft durch den Staat zu transformieren“, ihre Zielsetzungen nicht erreicht haben (Holloway 1997b: 149) und daher die Alternativen in der Zivilgesellschaft gesucht werden. Nicht die Gesellschaft, sondern die Regierung tendierte nach Marcos (zit. nach Le Bot 1996: 282) zu Diktatur, Autoritarismus und Korruption und müsse daher von der Gesellschaft kontrolliert werden. Patricio Nolasco (2000: 221) verweist darauf, daß die Trennung in Regierende und Regierte das zentrale Element im

Verhältnis zum Staat darstelle. Eine scharfe Trennlinie zwischen Staat und Zivilgesellschaft wäre kein Beweis für Demokratie (vgl. Schedler 1996: 239). Im Gegenteil, die Partizipation der Zivilgesellschaft bedarf der Verbindungslinien, wobei wieder offen bleibt, wie diese Kooperation gerade aufgrund der mexikanischen Erfahrungen aussehen soll, um der Gefahr der Kooptation, Vereinnahmung und Kontrolle zu entgehen. Brand et al. (2000: 137) sprechen die Gefahr der Einbindung der Zivilgesellschaft in ihrer Kritik des Global Governance Konzeptes an:

„Nicht Emanzipation, größtmögliche gesellschaftliche Einflußnahme und pluralistische Machtkontrolle stehen im Vordergrund solcher Überlegungen zur Zivilgesellschaft, sondern deren Rolle als ökonomische und politische Effizienzressource und als extraökonomische Produktivkraft.“
– und als Quelle der Legitimation staatlichen Handelns, würde ich noch hinzufügen.

Obwohl Marcos im Interview mit Le Bot (vgl. 1997: 282f) darauf verweist, daß es der EZLN um Anerkennung verschiedener Formen von Demokratie gehe, muß sie in ihrer teilweise skeptischen Haltung zu Wahlen und Parteipolitik Kritik von Armando Bartra (1997: 160) einstecken:

„Das Problem besteht darin, daß mit dem Abwenden der EZLN von der Wahlpolitik, sie sich auch vom Weg lossagte, der heute von Abermillionen Mexikanern beschritten wird; Staatsbürger, die überzeugt sind, daß der Kampf mittels der Wahlstimme der Mühe wert ist und daß die Machtausübung mittels eines Regierungspostens nicht nur legitim, sondern auch eine der größten Herausforderungen wahrhafter Demokraten ist.“

Unter dem Hinweis auf die Kämpfe, wer im Bezirk San Andrés in Chiapas nun die Wahlen gewonnen habe, verdeutlicht er, daß der Kampf um gehorchendes Befehlen eben auch ein Kampf um die Macht im Sinne gehorchenden Regierens sein könne.

Auf internationaler Ebene ist die Forderung nach Zivilgesellschaft noch verschwommener. Daß diese auch nicht frei sei von der Selbstdarstellung von Intellektualität in entsprechender Konjunktur, wird in einem Artikel von Jens Winter (1997: 170) angesprochen. Die unterschiedlichsten Persönlichkeiten und Gruppierungen fänden sich auf den zapatistischen Treffen ein, um angeblich über dasselbe zu reden. Friederike Habermann stellt dazu kritisch fest, daß man noch nicht wisse, ob man sich wirklich einig sei, da die Diskussion zum Beispiel über das Verständnis von Neoliberalismus gerade erst begonnen habe (vgl. Interview mit Ceceña 1997a: 122). John Holloway (vgl. 1998: 45) bringt den kleinsten gemeinsamen Nenner aller solidarischen Kämpfe auf die zapatistische Formel des Ya Basta! Diese „inhaltlich eher leere Losung“, die zwar zur Kommunikation einlädt, birgt allerdings nach Anne Huffs Schmid (1997: 144) auch eine Gefahr in sich: „[J]eder legt sich je nach Gusto seinen eigenen kleinen Zapatismus zurecht.“ Amüsiert erzählt Marcos Le Bot (vgl. 1997: 345f) im Interview, wie verwirrt die Armee wohl gewesen sein muß, als sie im Februar 1995 die Bibliothek in Guadalupe Tepeyac entdeckte. Dort fanden sich neben Lenins gesammelten Werken sogar Schriften von Kim Il Sung, Bücher, die

allesamt SympathisantInnen geschickt hatten. Ein ähnliches Phänomen findet sich auf der Ebene der wissenschaftlichen Analysen. Ulrich Brand (vgl. 2000: 10) setzt „Chiapas“ im Untertitel seines Sammelbandes „Reflexionen einer Rebellion“ unter Anführungszeichen, um auf die vielfältigen Zugänge und Interpretationen hinzuweisen.⁶ Umgekehrt nennt Armando Bartra Chiapas den Aleph, nach Jorge Luis Borges jener Punkt, der alle anderen Punkte des Universums enthält, bzw. von dem aus sich alle anderen Punkte des Universums betrachten lassen.⁷ Die an sich demokratische Idee des Netzwerkes ohne Zentrum und Hierarchie, in der Informationen ausgetauscht und Aktionen koordiniert werden können, stößt schnell an seine Grenzen und darf nicht überschätzt werden. Massimo de Angelis verwies in einer Diskussion am Rande des *Encuentro Intercontinental* darauf, daß spontane Aktionen wichtig, aber nicht ausreichend seien (vgl. Interview mit Ceceña 1997a: 123). Die Stärken eines offenen Netzwerkes sind Spontaneität, Flexibilität und Offenheit, die vielfältige kontextuale und dann erst vergleichende, Ähnlichkeiten suchende Analysen sowie unerwartete Aktionen des Widerstandes ermöglichen. Gerade diese nachdenkliche Kreativität bedeutet aber auch eine Schwäche, denn effektives Handeln im politischen Feld der Realpolitik bedarf eines konstituierten politischen Subjekts, das Positionen und Konzepte identifiziert, präsentiert und umzusetzen versucht.⁸

3. Die Zivilgesellschaft als Ort der Utopie

Trotz ihrer Positionsverweigerung hat die EZLN nicht nur national, sondern auch international große Resonanz erfahren. Indem sie sich gegen das System der Staatspartei, gegen Klientelismus, gegen die NAFTA, gegen den Verkauf der natürlichen Ressourcen Mexikos und gegen Rassismus stellte, kombinierte sie lokale und globale Problematik (vgl. Le Bot 1997: 94ff; Ceceña 1996: 15) und mobilisierte weniger die Arbeiterschichten als vielmehr die Mittelschicht, Künstler und Intellektuelle. John Holloway (vgl. 1998: 44) findet weltweite Ähnlichkeiten in der Restrukturierung der sozialen Beziehungen durch den Neoliberalismus, die es ermöglichten, daß sich auch international viele Organisationen mit den Forderungen der EZLN identifizieren konnten. Hierbei nennt er die Reorganisation des Produktionsprozesses durch Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien, zunehmende Verschuldung und Arbeitslosigkeit, steigende soziale Unsicherheit, zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich sowie Unterordnung weiter Teile des sozialen Lebens unter die Logik des Marktes. Öfter noch als die Ähnlichkeiten der materiellen Bedingungen wird aber die hoffnungsspendende Konstruktion einer neuen Utopie genannt. Angesichts der Erfahrungen des Realsozialismus in der ehemaligen UdSSR, aber auch der Lektionen aus Kuba oder der Wahlniederlage der Sandinisten will die EZLN kein politisches oder ökonomisches System zwangsweise installieren (vgl. Marcos zit. nach Semo 1996: 61), da nicht die Inhalte, sondern die Formen von Politik gescheitert wären (vgl. Marcos zit. nach Gelman 1998: 134). Daher ersetzt sie sozialrevo-

lutionäre Parolen durch Werte wie Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit, durch die langfristig die Entscheidung über Inhalte gewährleistet werden soll. Durch die Aufhebung der hierarchischen Beziehung zwischen politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft soll ein Raum geschaffen werden, in dem unter gleichen Konditionen und unter bestimmten Regeln, mit denen alle einverstanden seien, entschieden werde, wie das System aussehen soll (vgl. Marcos im Interview mit Juan Gelman 1998: 134). Wie die Aufhebung dieser hierarchischen Beziehung gewährleistet werden soll, bleibt offen. Ein erster Schritt könnte die Stärkung und Organisation der Zivilgesellschaft sein. Allein, die Stärkung der Zivilgesellschaft und Kommunikation mit der politischen Gesellschaft schafft noch kein Ende ökonomischer Ungerechtigkeit oder eine verfassungsgebende Versammlung für einen neuen sozialen Pakt. Dieser demokratische, freie und gerechte Raum ist nirgendwo. Gerade darin besteht das Utopische. Auch die viel beschworene Zivilgesellschaft kann diesen Anforderungen nicht genügen. Die Ausweitung der Marktlogik auf immer weitere Bereiche erfaßt auch den Sektor zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Forderung nach Stärkung der Zivilgesellschaft muß sich aufgrund deren finanzieller Abhängigkeit mit der Frage des „selbstregulierenden Marktes der Interessen“ auseinandersetzen. Bürgerinitiativen, NGOs und soziale Bewegungen repräsentieren einen Markt der Interessen, der – immer mehr durch Spenden und Geldgeber gesteuert – in Gefahr gerät, dem „selbstregulierenden“ Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage zu unterliegen.

Die Forderung nach neuen Formen von Politik läßt die Frage nach dem Wie aufkommen. Der Ruf nach mehr direkter Demokratie sowie einer neuen Beziehung zwischen Regierenden und Regierten (vgl. Moguel im Interview mit Ceceña 1997b: 145) im Sinne transparenter Regierungsführung und der Möglichkeit, die Regierenden zur Verantwortung zu ziehen, sind konkrete Forderungen an das politische System Mexikos. Auch wenn die Wahlrechtsreform hinter den Erwartungen der Opposition zurückblieb und die Staatsreform erst diskutiert wurde, sind die Forderungen klar und auf dem Wege demokratischer Reformen erreichbar. Was ist allerdings mit Partizipation der Zivilgesellschaft gemeint? Soll diese über Konsultationen, Vorschlagsrecht oder Einbezug in den Entscheidungsprozeß gewährleistet werden?

In einem kürzlich geführten Interview mit Carlos Monsiváis (vgl. 2001) erklärte Marcos die Resonanz auf das Konzept der Zivilgesellschaft damit, daß jeder sich in diesem Konzept wiederfinden könne. Es sei das Gefühl entstanden, an etwas teilzuhaben, ohne sich registrieren zu lassen oder einer Organisation beitreten zu müssen. Dem liegt der Wunsch zugrunde, an der Konstruktion von Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit zu partizipieren. Die entscheidende Frage des Wie kann sie, wie die EZLN bereits in der vierten Deklaration der Selva Lacandona selbst eingesteht, nicht beantworten:

„Unsere Projekte als unabhängige Opposition haben einen Mangel, der sich heute immer entscheidender auswirkt: Wir wenden uns gegen ein Projekt für unser Land, das seine Zerstörung impliziert, aber wir verfügen über keinen Vorschlag für eine neue Nation, einen Vorschlag der Rekonstruktion.“ (EZLN 1998: 86)

4. Die Zivilgesellschaft als demokratisches, klassenloses, geschlechteregalitäres Paradies?

Die „Gesellschaft, die sich organisiert“ impliziert zwar Mobilisierung, sagt aber nichts über die Form der Organisation. Nach der EZLN bestehe die Alternative nicht darin, die Stufen von oben nach unten zu kehren, sondern die Stufen, sprich die hierarchischen Machtverhältnisse, abzuschaffen (vgl. Ceceña 1998: 146). Aber selbst in einem für alle offenen Netzwerk können sich Zentrum und Hierarchie herausbilden:

„Informelle Netzwerke führen aber oft dazu, dass mächtige Interessen sich noch leichter durchsetzen können, weil wirksame Regeln und Kontrollmechanismen fehlen. Netzwerke können nicht per se schon deshalb positiv bewertet werden, weil in ihnen Kooperation stattfindet. Sie können die Form der ‚organisierten Unverantwortlichkeit‘ annehmen, weil nur partikuläre Interessen zur Geltung gelangen.“ (Brand et al. 2000: 132)

Nach Gramsci ist die Zivilgesellschaft der Ort der Produktion kultureller Hegemonie. Gramsci denkt zwar die Möglichkeit der Konstitution von Gegenhegemonie mit, seine Zivilgesellschaft dient aber der Legitimation staatlicher Herrschaft. Sie ist demnach kein anti-staatliches Konzept, sondern steht in Referenz und Beziehung zum Staat. Gramscis (1991: 772f) Unterscheidung zwischen politischer und ziviler Gesellschaft gleicht der Unterteilung in Regierende und Regierte durch die EZLN. Über die Herstellung kultureller Hegemonie in den Bereichen ziviler und politischer Gesellschaft wird bei Gramsci staatliche Ordnung hergestellt und gestützt. Aber weder zivile noch politische Gesellschaftssphären sind frei von Machtverhältnissen oder maskulinistischer Hegemonie (vgl. Sauer 2001). Verortet man Zivilgesellschaft zwischen öffentlicher und privater Sphäre, so bleibt zum Beispiel die Familie als Ort hierarchischer Geschlechterverhältnisse und deren Reproduktion außen vor. Basiert die Organisation der Zivilgesellschaft auf Kommunikation und spontanen Aktionen, so kann sie ein Regulativ im demokratischen Sinn sein, aber sie ist damit noch kein konstituierter politischer Akteur. Selbst Marcos spricht von bestimmten Formen von Demokratie, die für bestimmte Ebenen effektiver sind als andere:

„Wir meinen daher, daß repräsentative Demokratie auf bestimmten Ebenen funktioniert oder funktionieren kann, sofern sie als solche wirklich existiert. Aber die Demokratie der Dorfgemeinschaften, die direkte Demokratie oder die soziale Demokratie funktionieren auf anderen Ebenen.“ (zit. nach Le Bot 1997: 283)

Staat und Zivilgesellschaft sind demnach Räume, die sich durch Beziehungen (auch zueinander) konstituieren. Diese Beziehungen und ihren Zweck gilt es, differenziert zu analysieren. Der Staat, verstanden als Organisationsform einer politischen Gemeinschaft, handelt nicht von sich aus gezwungenermaßen autoritär. Umgekehrt gehorcht zivilgesellschaftliches Handeln nicht notwendigerweise demokratischen Regeln. Auch Zielsetzungen wie Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit sind keine immanenten Charaktereigenschaften der Zivilge-

sellschaft. Auf diese Tatsache verweist auch Monsivaís (vgl. in EZLN 1998: 460). Wie kann garantiert werden, daß die Zivilgesellschaft den Gemeinwillen, im Sinne Rousseaus das Wohl der Gemeinschaft, und nicht Eigeninteressen oder die Interessen der Geldgeber verfolgt? Kann sie das überhaupt leisten? Wird hier nicht ein Konzept als Projektionsfläche politischer Hoffnungen und enttäuschter Sehnsüchte überstrapaziert?

Es erscheint mir überzogen, von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sehr wohl als Regulativ und durch Verfolgung spezifischer Interessen sehr viel für Demokratie und Gerechtigkeit leisten können, die Ausarbeitung demokratischer Reformen oder ökonomischer Alternativen zu erwarten. Die meisten Staatstheoretiker nehmen für ihre Utopie der Entstehung des sozialen Paktes einen Zustand an, in dem autonome, scheinbar geschlechtslose Individuen, ohne ökonomische, politische oder soziale Position über den Inhalt des Gemeinwillens entscheiden. Wofür wir unsere Stimme erheben, ergibt sich aber gerade aus unserer persönlichen Erfahrung und Stellung im gesellschaftlichen Gefüge. Die EZLN fordert zwar die Anerkennung von Differenzen nimmt aber für ihre Utopie ebenfalls einen Zustand an, in dem durch Aufbrechen hierarchischer Beziehungen Gleichwertigkeit der Stimmen erreicht werden könne. Die Kritik der EZLN an der repräsentativen Demokratie zeigt, daß das Wahlrecht alleine ihrer Meinung nach dazu nicht ausreichend sei, weil damit nicht notwendigerweise strukturelle Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden. Das Aufbrechen von Machtverhältnissen ist aber damit Voraussetzung und gleichzeitig Ergebnis der Kommunikation zwischen politischer und ziviler Gesellschaft.

Ist es hilfreich Staat, Markt und Zivilgesellschaft als abstrakt gefaßte Konzepte mit normativen Adjektiven zu füllen und sie gegeneinander zu setzen?⁹ Als WissenschaftlerInnen sollten wir vielmehr empirisch untersuchen (vgl. auch diese Forderung von Schedler 1996), wo und in welchen Räumen (auch in der Beziehung dieser Räume zueinander) Gemeinwohlorientierung, andere Formen von Demokratie, Abbau von Geschlechterhierarchien und ökonomische Alternativen möglich sind. Folgerichtig fordert auch Ana Esther Ceceña (vgl. 1996: 18) eine Analyse der Bedeutung von Klasse unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen. Zivilgesellschaftliche Heilserwartungen sind angesichts der Ausweitung der Marktlogik fehl am Platz. „[D]ie nette Vorstellung vom demokratischen Potential der ‚Zivilgesellschaft‘ bricht sich an den Realitäten der kapitalistischen Gesellschaft.“ (Brand 1997: 158) Das Mißtrauen gegen den Staat teilt die Zivilgesellschaft mit dem Markt, von dem sie droht, vereinnahmt zu werden, indem sie dem Outsourcing sozialer Verantwortung durch den Staat entgegenkommt.

Karl Polanyi (1995: 63f) schreibt im Jahre 1944 in „The Great Transformation“: „Eine Aktion, der es nicht gelingt, eine Entwicklung völlig aufzuhalten, ist deshalb noch keineswegs gänzlich wirkungslos. Das Tempo einer Veränderung ist oft nicht weniger bedeutsam als die Art der Veränderung, denn während die letztere häufig nicht von unserem Willen abhängt, ist es durchaus denkbar, daß die Geschwindigkeit, mit der wir die Veränderung zulassen, sehr wohl von uns abhängt.“

Auch wenn ich der Überzeugung bin, daß es unsere Aufgabe als vernunftbegabte wenn auch deshalb nicht immer vernünftige Wesen ist, Veränderungen von unserem Willen abhängig zu machen, so ist die Referenz auf die Geschwindigkeit aktueller denn je. In einem Zustand, in dem Echtzeitübertragungen, Informationsflut und das Tempo sozialer Veränderungen unsere Vernunft heraus- und oftmals auch überfordern, kann Geschwindigkeit über die Gesellschaftsverträglichkeit entscheiden. Die Forderung, das Tempo auf den Langsamsten abzustimmen (*caminar al paso del más lento*), sowie die Besinnung auf und Neudefinition des Gemeinwohls oder aktives Sprechen und Zuhören, Poesie, Witz, Geschichten und Tanz als Formen politischen Widerstandes einzusetzen, all dies trifft in revolutionärer Weise den Nerv einer entfesselten Globalisierung, die Geschwindigkeit. Auch Holloway (1997) und Huffschmid (1997 und 2000) verweisen darauf, daß diese Formen des Widerstandes nicht bloß Äußerungsformen oder Nebenerscheinungen, sondern zentrale Elemente des Kampfes der EZLN sind. Selbst wenn konkrete Alternativen noch (?) nicht in Sicht sind, hat die Diskussion das Bewußtsein um die Auswirkungen des Neoliberalismus gestärkt und das Nachdenken um erweiterte und verbesserte Formen von Demokratie angeregt. Vor allem auch für Mexiko kann Öffnung und mehr Freiheit der Artikulation verschiedenster sozialer Organisationen konstatiert werden (vgl. auch Harvey 1999: 199). Die Diskussion um verbesserte Formen von Demokratie müsse nach Ulrich Brand (1997: 165 und 2000: 16) weit über die Perspektive der Zivilgesellschaft hinausgehen und auch ökonomische Angelegenheiten oder das „Private“ mit einbeziehen. Meines Erachtens kann Zivilgesellschaft aufgrund ihrer alltäglichen Erfahrungen einen sehr wichtigen Beitrag dazu leisten, sie jedoch als Rettungsanker und politisch zu konstituierendes Subjekt zu verstehen, um umfassende Handlungsstrategien zu formulieren und umzusetzen, wäre ihrer inneren Vielfalt nicht zuträglich. Ihrem inhaltlichen Beitrag sind keine, ihrem handlungspolitischen aber in diesem Sinne sehr wohl Grenzen gesetzt.

Abstract

One of the political claims of the EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) in the southern Mexican state of Chiapas is the formation of an independent organization of civil society. In this article the Zapatista concept of civil society is explored and the prospects and limits of the realization of this concept in the struggle for democracy are discussed. The objectives of civil society are not per se democratic, just and emancipatory for the rights and situation of women. Civil society as a promising advocate of democratization has to be examined in its relation to state and market forces.

Die EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) aus dem mexikanischen Bundesstaat Chiapas forderte wiederholt die Selbstorganisation der Gesellschaft. Der Artikel versucht, das zapatistische Konzept von Zivilgesellschaft zu

skizzieren und die Rolle der Zivilgesellschaft für Demokratisierung auf ihre Möglichkeiten und Grenzen zu hinterfragen. Auch die Beziehungen der Zivilgesellschaft oder ihre Ziele sind nicht a priori demokratisch, gerecht und frauenfördernd. Die Zivilgesellschaft verstanden als Hoffnungsträger tiefgreifender Demokratisierung muß in ihrer Beziehung zu Staat und Markt analysiert werden.

Anmerkungen

- 1 Carlos Monsiváis.
- 2 Alle spanischen Zitate sind von der Autorin übersetzt.
- 3 Zu Geschichte und Hintergrund der EZLN siehe Brand/Ceceña (2000), Harvey (1999), Le Bot (1997) und REDaktion (1997).
- 4 Friederike Habermann (1997: 112) bringt die neoliberale Essenz des Menschseins auf den Punkt: „Ich bin produktiv, also bin ich.“
- 5 Zudem wurde schon mehrfach darauf verwiesen, daß der bewußte Einsatz nationaler Symbole als Referenz auf nationale Einheit zu verstehen ist. Das heißt, das die Forderungen für alle gestellt werden, und der Kampf nicht nur chiapanekisch oder nur indigen sei (vgl. Holloway 1997a: 16 oder Habermann 1997: 180).
- 6 Eine umfangreiche Analyse der unterschiedlichen Interpretationen bietet Huffschmid (2000) im selben Band.
- 7 Chiapas ist der Aleph, der Punkt in dem sich Licht und Schatten der gegenwärtigen Welt verdichten/niederschlagen (Bartra 1997: 155).
- 8 Subcomandante Marcos verwies im Interview mit Le Bot (1996: 267) darauf, daß die EZLN Möglichkeiten in der Realpolitik vergeben habe, weil ihre fundamentale Referenz die ethischen Werte seien.
- 9 Huffschmid (2000: 159) ergänzt zu den Definitionsdebatten um Zivilgesellschaft: „Für die EZLN, die ‚zivile Gesellschaft‘ nicht als abstraktes Konzept, sondern vielmehr als konkret erfahrenen Austausch mit Teilen einer – für sie selbst überraschend – interessierten Öffentlichkeit meint, stellt sich das Problem so jedenfalls nicht.“

Literatur

- Bartra, Armando. 1997. „Chiapas, Aleph“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 4*. México, 155–161.
- Brand, Ulrich. 1997. „Die Organisationsfrage auf Zapatistisch. Warum unter ‚Zivilgesellschaft‘ derart Verschiedenes verstanden wird“. In: *REDaktion*. Hg. Chiapas und die Internationale der Hoffnung. Köln, 154–165.
- Brand, Ulrich, Ana Esther Ceceña. Hg. 2000. *Reflexionen einer Rebellion*. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis. Münster.
- Brand, Ulrich et al. 2000. *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster.
- Ceceña, Ana Esther. 1997. „Universalidad de la lucha zapatista. Algunas hipótesis“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 2*. México, 7–19.
- Ceceña, Ana Esther. 1997a. „Entrevista con Adelina Bottero, Luciano Salza, Friederike Habermann, Marc Tomsin, Massimo de Angelis y Ulrich Brand. Cómo ve Europa a los zapatistas?“ In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 4*. México, 111–133.
- Ceceña, Ana Esther. 1997b. „Entrevista con Adriana López Monjardín, Carlos Manzo y Julio Moguel. La sociedad civil y el EZLN“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 4*. México, 135–154.

- Ceceña, Ana Esther. 1998. „De cómo se construye la esperanza“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 6*. México, 135–147.
- Gramsci, Antonio. 1991. *Gefängnishefte*. Band 6. Philosophie der Praxis. Hg. von Wolfgang Fritz Haug. Hamburg.
- Gelman, Juan. 1998. „Nada que ver con las armas“. Entrevista exclusiva con el subcomandante Marcos“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 3*. México (primera reimpresión), 127–137.
- Habermann, Friederike. 1997. „Nach dem Ende der Geschichte wird gemacht Neoliberalismus als Strategie“. In: REDaktion. Hg. *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*. Köln, 103–114.
- Harvey, Neil. 1999. *The Chiapas Rebellion. The Struggle for Land and Democracy*. Durham/London, Second Printing.
- Holloway, John. 1997a. „La revuelta de la dignidad“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 5*. México, 7–40.
- Holloway, John. 1997b. „Mit der Wahrheit bewaffnet. Der Begriff der Macht und die Zapatistas“. In: REDaktion (Hg.). *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*. Köln, 147–153.
- Holloway, John. 1998. „La resonancia del zapatismo“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 3*. México (primera reimpresión): 43–54.
- Huffs Schmid, Anne. 1997. „Die Wortergreifung. Notizen einer Diskursguerrilla“. In: REDaktion. Hg. *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*. Köln, 137–146.
- Huffs Schmid, Anne. 2000. „Spinnen im Netz“. In: Brand, Ulrich/Cecena, Ana Esther. Hg. *Reflexionen einer Rebellion*. Münster, 136–176.
- EZLN. 1994. *Documentos y comunicados 1*. México.
- EZLN. 1995. *Documentos y comunicados 2*. México.
- EZLN. 1998. *Documentos y comunicados 3*. México (primera reimpresión).
- Le Bot, Yves. 1997. *Subcomandante Marcos. El sueño zapatista*. Barcelona.
- Monsiváis, Carlos. *Marcos, „gran interlocutor“*. <http://www.jornada.unam.mx/0001/ene01/010108/004n1pol.html>, 19.1.2001.
- Nolasco, Patricio. 2000. „Staat, Macht, Zivilgesellschaft und Demokratie“. In: Brand, Ulrich, Ana Esther Cecena. Hg. *Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis*. Münster, 216–240.
- Rajchenberg, Enrique, Catherine Héau-Lambert. 1996. „Historia y simbolismo en el movimiento zapatista“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 2*. México, 41–57.
- Polanyi, Karl. 1995. *The Great Transformation*. Frankfurt am Main, 3. Aufl.
- Sauer, Birgit. 2001. *Zivilgesellschaft versus Staat? Geschlechtskritische Anmerkungen zu einer problematischen Dichotomie*. Wien (Vortragsmanuskript).
- Schelder, Andreas. 1996. „Die zivile Gesellschaft und der wilde Staat. Versuch einer Zwischenbilanz“. In: Kolland, Franz et al. Hg. *Staat und zivile Gesellschaft. Beiträge zur Entwicklungspolitik in Afrika, Asien und Lateinamerika*. Wien, 235–247.
- Semo, Enrique. 1996. „El EZLN y la transición a la democracia“. In: Barreda, Andrés et al. Ed. *Chiapas 2*. México, 59–74.
- Winter, Jens. 1997. „Polit-Konjunkturen und effektive Konzeptlosigkeit. Wieso fasziniert die ‚indigene Tradition‘ süd-mexikanischer Bauern?“ In: REDaktion (Hg.). *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*. Köln, 166–177.

Petra Purkarthofer, Institut für Politikwissenschaften,
Währingerstraße 17, A-1090 Wien
e-mail: petra.purkarthofer@univie.ac.at

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 193–199

Joachim Becker

Der progressive erweiterte Staat: Zivilgesellschaft, Lokalstaat und partizipatives Budget in Porto Alegre

Porto Alegre fand große internationale Aufmerksamkeit mit dem 1. Weltsozialforum im Jänner 2001. Dass gerade diese Stadt als Veranstaltungsort ausgesucht wurde, war kein Zufall. Porto Alegre hatte in den 90er Jahren mit einer innovativen Stadtpolitik internationales Renommee gewonnen. Im Mittelpunkt dieser Politik stand eine partizipative Form der Budgeterstellung. Das Budget ist aber der materielle Kern des Staates, da ohne Steuereinnahmen keine Staatstätigkeit möglich ist. Damit rückte Budgetpolitik als politische Gesamtstrategie und nicht bloß einzelne sektorale Maßnahmen ins Zentrum der Politik. Über das partizipative Budget erhielten sowohl der lokale Staat als auch dessen Verhältnis zur Zivilgesellschaft eine neue Form. Die Veränderungen dieses erweiterten Lokalstaats, der Staat und Zivilgesellschaft umfasst, sowie die Grenzen des progressiven Staatsprojekts im Süden Brasiliens will ich in das Zentrum dieses Diskussionsbeitrags stellen.

1. Staat und Zivilgesellschaft als Konfliktfelder

Der Begriff des erweiterten Staates ist von Antonio Gramsci geprägt worden. Der erweiterte Staat umfasst „(...) zwei große ‚Ebenen‘ von Überbauten (...), jene, die man ‚Zivilgesellschaft‘ nennen kann, d.h. die Gesamtheit von Organismen, die gemeinhin privat genannt werden, und jene der ‚politischen Gesellschaft oder des Staates‘. Die erste Ebene entspricht der ‚hegemonialen‘ Funktion, welche die herrschende Gruppe über die gesamte Gesellschaft ausübt, und die andere Funktion der ‚direkten Herrschaft‘ oder des Kommandos, welche sich im Staat und in der ‚juristischen‘ Regierung ausdrückt“ (Gramsci 1971: 12). In der Zivilgesellschaft ringen unterschiedliche soziale Kräfte nicht nur um konfliktierende Gesellschaftsprojekte, sondern auch um die konkrete Ausprägung der Staatlichkeit. Denn auch die Gestaltung der Zugangskanäle zu staatlichen Entscheidungszentren, das Parteiensystem, das Verhältnis von Legislative und Exekutive, die Kompetenzverteilung zwischen lokaler, nationaler und übernationaler Staatlichkeit haben zentralen Einfluss darauf, welche zivilgesellschaftlichen Kräfte den staatlichen Sanktus für ihre Vorhaben erhalten können. Einen strukturellen Vorteil gegenüber anderen sozialen Klassen hat jedoch immer die Kapitaleseite. Denn der Staat ist materiell-fiskalisch vom guten Gang der Geschäfte abhängig. Denn nur so können die Steuereinnahmen üppig fließen.

Doch ist die Kapitalseite in ihren Interessen nicht unbedingt einheitlich und muss ihre jeweils spezifischen Interessen auch über zivilgesellschaftliche Organisationen, wie Unternehmerverbände und Parteien, zur Geltung bringen (Becker 2000a: Kap. 4.6 & 6.4).

2. Das „partizipative Budget“

Das „partizipative Budget“ in Porto Alegre entstand in einer sehr speziellen wirtschaftlichen und politischen Konjunktur. Das nationalstaatszentrierte Modell des „tropischen Fordismus“ (Faria 1996) hatte sich erschöpft. Mit ihm trat auch die Militärdiktatur von der Bühne ab. Das Ende der Diktatur wurde durch eine breite soziale Bewegung beschleunigt, die sowohl eine Demokratisierung als auch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse einforderte. Einer der zentralen Diskussionspunkte beim Entwurf einer neuen Verfassung war das Verhältnis von Zentralstaat, Bundesstaaten und Gemeinden. Sowohl der linke Partido dos Trabalhadores (PT), der aus der erneuerten Gewerkschaftsbewegung und anderen sozialen Bewegungen hervorgegangen war, als auch die eher klientelistische Rechte waren für eine Dezentralisierung und Stärkung der bundesstaatlichen und kommunalen Finanzkraft. Allerdings waren ihre Motive äußerst unterschiedlich. Der PT sah in der Dezentralisierung die Chance zur Demokratisierung, die Rechte die Chance zur Festigung ihrer lokalen Machtbasen mittels Klientelismus. Diese Interessenkonstellation führte zur Verankerung ausgeweiteter kommunaler Kompetenzen in der Verfassung von 1988.

Lokalinitiativen waren in den 80er Jahren in Porto Alegre recht stark entwickelt. Die stärkste Partei am Ort war Mitte der 80er Jahre der linkspopulistische Partido Democrático Trabalhista (PDT). Dieser erhielt für sein Versprechen einer Verbesserung der Lebensbedingungen und seiner Ankündigung eines „Programmes der Partizipation“ (Navarro 1997: 188) auch bei den ersten Wahlen nach der Diktatur die Unterstützung des portoalegrensischen Dachverbands der Lokalinitiativen. Doch der PDT hielt nicht, was er versprach. Die Lokalinitiativen veranlasste diese Enttäuschung, sich einerseits stärker als zuvor an den PT anzunähern und andererseits eine strukturelle Veränderung des Lokalstaates – nämlich eine partizipative Form der Budgeterstellung – ins Auge zu fassen. 1988 stellten sich die Stadtteilgruppen hinter den Bürgermeisterkandidaten des PT, Olívio Dutra. Dieser gewann auch die Wahl. Die PT-Stadtregerung initiierte eine neue Form der Budgeterstellung, das „partizipative Budget“.

Das Partizipative Budget enthält Elemente sowohl der direkten und als auch der repräsentativen Demokratie. Wie diese Elemente miteinander verbunden sind, sei kurz skizziert. Die Erstellung des partizipativen Budgets beginnt dezentral. In einer ersten Runde von Versammlungen auf Grätzelebene legt die Stadtverwaltung Rechenschaft über die Umsetzung des letzten Budgets, laufende Investitionsvorhaben und die Höhe derzeit bereitstehender Mittel ab. Die VersammlungsteilnehmerInnen wählen nach einem bestimmten Schlüssel De-

legierte, welche die Erstellung einer Prioritätenliste für das kommende Haushaltsjahr vorbereiten. Dies geschieht in einem Diskussionsprozess sowohl mit der Stadtteilbevölkerung als auch der Stadtverwaltung. In einer zweiten Versammlungsrunde wird über die Stadtteilprioritäten abgestimmt und werden von jedem der 16 Stadtteile zwei Delegierte in den Conselho do Orçamento Participativo (COP) gewählt. 1994 wurden zusätzlich fünf thematische Foren eingerichtet, die sich mit Projekten und Fragen beschäftigen, welche die gesamte Stadt betreffen. Auch sie entsenden jeweils zwei Delegierte in den COP. Dieser erarbeitet auf Grundlage der Vorgaben aus den Stadtteil- und thematischen Foren einen Budgetentwurf und einen Investitionsplan. Dieser wird dann dem Gemeindeparlament zur Abstimmung vorgelegt. Der COP erarbeitet auch jeweils die Regeln für die kommende Runde des Partizipativen Budgets. Zu diesen Regeln gehören auch die Verteilungskriterien. Damit haben die Strukturen des Partizipativen Budgets ein hohes Maß der Selbstverwaltung und können immer wieder neu adaptiert werden (siehe Schwaiger 1996, Becker 2000b). Der personellen Verknöcherung des COP ist dadurch ein Riegel vorgeschoben worden, dass nur eine einmalige Wiederwahl möglich ist. Das Originelle des Verfahrens liegt darin, dass die Elemente der direkten und repräsentativen Demokratie mit einem organisierten Diskussions- und Meinungsbildungsprozess verbunden sind. Die Vorschläge werden nicht durch Parteien und Großorganisationen vorgegeben und durch Massenmedien propagiert, sondern entstehen in einem komplexen Diskussions- und Aushandlungsprozess. Es handelt sich also um eine deliberative Demokratie.

3. Veränderungen von Zivilgesellschaft und lokalem Staat

Mit dem „partizipativen Budget“ entstand ein deutlicher materieller Anreiz sich politisch zu organisieren, um bestimmte Projekte im städtischen Budget zu verankern. Die Budgetkriterien geben den BewohnerInnen von armen Randsiedlungen eine politische Priorität, so dass gerade auch BewohnerInnen ärmerer Viertel einen Anreiz zu (budget-)politischer Initiative haben. Auffällig ist auch die hohe Beteiligung von Frauen, die Ende der 90er Jahre bereits mehr als die Hälfte der am Prozess des Partizipativen Budgets Beteiligten stellten (De Olho no Orçamento, 5, 1999, 9: 2). Sie sind auch in Leitungsfunktionen stärker vertreten als in dem lokalen PT bzw. dem lokalen Staatsapparat.

Die Zusammensetzung der thematischen Foren unterscheidet sich etwas von jener der Stadtteilforen. Sie sind eher auf die Beteiligung von Gewerkschaften, Interessenverbänden und „Sektoren der Mittelklasse“ ausgerichtet, „die an den normalen Runden des Partizipativen Budgets nicht interessiert sind“ (Navarro 1997: 196). Denn die Mittelklasse-Viertel sind infrastrukturell recht gut versorgt, gleichzeitig besteht in diesen gesellschaftlichen Sektoren ein Interesse an der Beeinflussung der Grundausrichtung der Stadtpolitik. Diesem wird mit den thematischen Foren Rechnung getragen.

Mit dem Partizipativen Budget hat sich damit aber auch die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen gewandelt. Sie sind nun weniger kritisches Korrektiv denn integraler Bestandteil der Formulierung staatlicher Lokalpolitik. Diese Rollenveränderung ist in manchem durchaus dem Verhältnis von Arbeiterbewegung und sozialdemokratischer Stadtverwaltung in den Jahren sozialdemokratischer Konjunktur in Europa vergleichbar, allerdings mit einem vergleichsweise stärkeren Anreiz zur (temporären) Selbstorganisation in Porto Alegre.

Es gibt jedoch einen wichtigen Unterschied zur europäischen Sozialdemokratie. Die Strategie des PT läuft auf eine Entmachtung des Stadtparlaments hinaus. Die parlamentarischen Vertretungen sind in Brasilien ein, wenn nicht der zentrale Ort des Klientelismus. In einer klientelistischen Beziehung werden materielle Vergünstigungen gegen politische Gefolgschaft getauscht. In Brasilien ist diese Gefolgschaft oft an die Person eines bestimmten Politikers gebunden, Parteiwechsel sind keine Seltenheit. Der Klientelismus ist eine besonders wenig emanzipatorische Form der Politik. Denn sie macht die BürgerInnen zu Bittstellern, die PolitikerInnen im Tausch für materielle Gefälligkeiten politische Loyalität und ihre Stimmen zusichern müssen. Im zentralen Bereich der Budgetpolitik ist das Stadtparlament in Porto Alegre nun an den Rand gedrängt. Schlüsselakteure der Haushaltspolitik sind die direkt gewählte PT-Stadtregierung und die Organe des Partizipativen Budgets. Damit ist es zur Verbindung einer starken Exekutive und nicht-parlamentarischer Vertretungsorgane gekommen. In diesen Armen des erweiterten Staates sind der PT und seine Verbündeten stark. Eine im Vergleich zu ihren Ergebnissen bei den Bürgermeisterwahlen schwache Resonanz findet der PT bei den Gemeinderatswahlen. Daher ist der PT im marginalisierten Stadtparlament in einer Minderheitsposition, während die klientelistisch-populistischen Parteien hier nach wie vor dominant sind.

Die Form der Lokalpolitik hat sich von der klientelistischen Bittstellerei zum verbrieften Anspruch auf Entscheidungsbeteiligung verändert. Mit ihrem Akzent auf Rechenschaftspflicht, Transparenz und Schaffung klarer, allgemeiner und verbindlicher Regeln entspricht die neue Form der Lokalpolitik – trotz ihrer progressiven Ursprünge – auch einem liberalen Politikverständnis. Speziell Transparenz und Verregelung sind Schlüsselbegriffe des (neo-)liberalen Diskurses der „guten Regierung“. Daher hat die Stadtpolitik Porto Alegres auch bei internationalen Organisationen ein hohes Maß der Anerkennung gefunden. Das partizipative Moment geht jedoch über die liberalen Standards „guter Regierung“ hinaus.

4. Die Grenzen des Modells

Durch das Partizipative Budget sind ärmere Bevölkerungsgruppen in den Prozess der Haushaltserstellung eingebunden worden. Die infrastrukturelle Versorgung der ärmeren Viertel hat sich substantiell verbessert, aber auch in der

gesamstädtischen Infrastruktur sind deutliche Fortschritte erkennbar. Die gestiegene Akzeptanz der Budgetpolitik hat der PT-Regierung Steuererhöhungen ermöglicht. Damit hat sie ihre budgetären Spielräume ausweiten können. Da die Zinsen in Brasilien in den letzten Jahren oft extrem hoch waren, hat die PT-Stadtverwaltung auf ein zumindest ausgeglichenes Budget geachtet. Damit konnte sie ihre Budgetspielräume und ihre Autonomie gegenüber der Zentralregierung konsolidieren.

Allerdings hat das „partizipative Budget“ nur auf der Reproduktionsseite, vor allem im Bereich des Wohnumfeldes, direkt gegriffen. Straßen wurden asphaltiert, so dass Busse und andere Fahrzeuge bei Regen nicht gleich im Matsch stecken bleiben. Damit wurden oftmals Stadtteile erst wirklich zuverlässig erreichbar. Auch Kanalisation wurde gelegt oder Sozialeinrichtungen geschaffen. Doch der Einfluss des Partizipativen Budgets auf die Produktionsstruktur und die Wirtschaftsentwicklung der Stadt war eher mittelbar. Die gute infrastrukturelle Versorgung, kompetente Stadtregierung und für brasilianische Verhältnisse geringe Kriminalität – die Mordrate liegt nur bei einem Drittel anderer Großstädte (Zero Hora Digital, 13.2.2001) – haben zur Profilierung der Stadt als Zentrum für Dienstleistungen und neuerdings auch fortgeschrittene Technologien beigetragen. Dies ist allerdings eher den höher qualifizierten und besser verdienenden Bevölkerungsgruppen zugute gekommen. Für die Marginalbevölkerung hat sich hingegen zwar das Wohnumfeld entscheidend verbessert, nicht aber die Erwerbschancen. Diese Konstellation dürfte auch erklären, warum der PT gerade in wohlhabenden Vierteln Porto Alegres besonders punkten kann.

5. Grenzerweiterungen: bundesstaatliche Demokratisierung der Wirtschaftspolitik

Die PT-Kommunalpolitik hat in den 90er Jahren mehr und mehr auf den gesamten Bundesstaat Rio Grande do Sul ausgestrahlt, dessen Hauptstadt sie ist. Ende 1998 gewann Olívio Dutra die Wahl zum Gouverneur von Rio Grande do Sul. Auch auf Bundesstaatsebene machte der PT das Partizipative Budget zum Herzstück ihres Staatsprojekts. In der Tendenz ist es auch im Bundesstaat zur Herausbildung einer Achse zwischen PT-Regierung und den Organen des Partizipativen Budgets gekommen. In diesem Fall wehren sich jedoch die populistischen Parlamentsparteien mit Vehemenz gegen den drohenden Verlust ihrer klientelistischen Machtbasen. Das Partizipative Budget auf Bundesstaatsebene stellt für sie insofern noch eine größere Bedrohung als das städtische dar, als es über die Reproduktionseite auf die Seite der Kapitalakkumulation hinausreicht. Der PT versucht speziell kleinere und mittlere Unternehmer und Landwirte in ihre Wirtschaftsstrategie zu integrieren. Diese setzt auf eine aktive Förderung des produktiven Gewerbes, speziell in der Agro-Industrie und Hochtechnologiesektoren (Becker 2000b: 246 f.). Damit steht sie gegen die eher auf das Finanzkapital ausgerichtete Wirtschaftspolitik der brasilianischen Bundes-

regierung, hat aber potentielle Verbündete in anderen Bundesstaaten wie Minas Gerais und kann potentiell Bündnisse zu bestimmten Kapitalfraktionen herstellen. Die sozialen Bezugspunkte für die PT-Strategie auf Landesebene sind heterogener als in der Stadt. Und sie sind potentiell auch mit mehr Konflikten verbunden, da die PT-Politik sich nun auch unmittelbar auf die Kapitalakkumulation bezieht.

6. Schlussfolgerungen

Das Staatsprojekt des PT setzt am materiellen Kern des Staates an, am Budget. Mit dieser strategischen Schwerpunktsetzung hat der PT Sektoren der subalternen Klassen zum politischen Engagement aktivieren und die politische Machtbalance verändern können. Der progressive Teil der Zivilgesellschaft hat sich vom kritischen Korrektiv zum Co-Verwalter gewandelt. Die Exekutive des lokalen und später des Bundesstaats sowie die Organe des Partizipativen Budgets sind zum Kern des veränderten Staates geworden. Auch eher liberal-konservative Interessenverbände sind Gesprächspartner für die Politikformulierung. Hingegen sind die Parlamente, die der Kern klientelistischer Machtpraktiken waren, auf dem Weg ins politische Abseits. Der Bruch mit dem klientelistischen Politikmuster bedeutet, dass die StadtbürgerInnen nicht mehr BittstellerInnen bei PolitikerInnen sind, sondern ein Recht auf Beteiligung an Entscheidungen haben. Das kommt in Brasilien einer politischen Kulturrevolution nahe. Das lokale Partizipative Budget stößt insofern auf Grenzen, als es sich weitgehend auf das Wohnumfeld und die soziale Infrastruktur beschränkt. Diese Beschränkung ist einerseits typisch für sozialdemokratische Politik, andererseits auch den begrenzten wirtschaftspolitischen Möglichkeiten einer Kommune geschuldet. Die veränderte Stadtpolitik passt zwar zur Entwicklung Porto Alegres zu einem Dienstleistungszentrum, die ökonomische Prosperität der Stadt kommt jedoch vor allem besser qualifizierten und wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen zugute. Die Bevölkerung in Armensiedlungen erfreut sich zwar eines wesentlich besseren Wohnumfelds, nicht aber besserer Erwerbschancen. Auf Landesebene greift das Partizipative Budget unmittelbar in die Kapitalakkumulation ein, muss dabei aber im Rahmen bürgerlicher Verhältnisse dem Akkumulationsimperativ Rechnung tragen. Der PT tut dies insofern selektiv, als er auf die Förderung produktiver Sektoren, speziell Klein- und Mittelbetriebe, setzt. Damit ist der PT, wie auch sonst radikalreformistische Gruppen, in einem Spannungsfeld zwischen emanzipatorischen Ansprüchen und Akkumulationsimperativen. Sein Versuch, die progressive und auch einige eher konservative Elemente der Zivilgesellschaft über eine partizipative Budgeterstellung in die Formulierung der Wirtschaftspolitik einzubinden, ist originell. Er setzt der neoliberalen Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik deren Demokratisierung entgegen. Er zeigt auch auf, dass es regionale Möglichkeiten der Abweichung von auf nationalstaatlicher und globaler Ebene dominanten Wirtschafts- und Gesellschaftsmo-

dellen gibt. Ob das Projekt einer Demokratisierung der Wirtschaftspolitik auf längere Sicht konsolidiert werden kann, wird erst die Zukunft zeigen. Möglich ist auch, dass es zwar zu einem Bruch mit klientelistischen Formen der Politik kommt, progressive Zivilgesellschaft und PT aber letztlich nur einer modernisierten und vergleichsweise relativ demokratisierten Form liberaler Staatlichkeit zum Durchbruch verhelfen.

Abstracts

The article discusses the "participatory budget" in Porto Alegre (Southern Brazil) as a project of democratising economic policies that changes the relationship between civil society and the local state.

Der Artikel diskutiert das „Partizipative Budget“ in Porto Alegre (Süd-Brasilien) als Projekt einer Demokratisierung der Wirtschaftspolitik, welches das Verhältnis von Zivilgesellschaft und lokalem Staat verändert.

Literatur

- Becker, Joachim. 2000a. *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Habilitationsschrift, Wirtschaftsuniversität Wien.
- Becker, Joachim. 2000b. „Gegen den Strom. Alternative Kommunalpolitik im Cono Sur“. In: Raza, Werner G. Hg. *Recht auf Umwelt oder Umwelt ohne Recht? Auswirkungen des neoliberalen Modells auf Umwelt und Gesellschaft in Lateinamerika. Atención!* Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika-Instituts, Bd. 4. Frankfurt am Main/Wien, 228–253.
- Gramsci, Antonio. 1971. *Selections from the Prison Notebooks*. London.
- Navarro, Zander. 1997. „Uma análise do Orçamento Participativo: sua implantação e desenvolvimento“. In: Genro, Tarso. Hg. *Porto da cidadania. A esquerda no governo em Porto Alegre*. Porto Alegre, 175–235.
- Schwaiger, Eva. 1996. „Die partizipative Budgeterstellung in Porto Alegre“. *Journal für Entwicklungspolitik*, 12/3, 331–342.

Zeitungen

De Olho no Orçamento.
Zero Hora Digital.

Joachim Becker, Institut für Volkswirtschaftstheorie und -politik 7,
Wirtschaftsuniversität Wien, Augasse 2–6, A-1090 Wien
e-mail: becker@wu-wien.ac.at

Karin Küblböck**ATTAC – Potential für gesellschaftliche Veränderung oder
Domestizierung von Konflikten?**

Der vorliegende Artikel beschreibt im ersten Teil die Entstehungsgeschichte von ATTAC als Beispiel für eine neue Bewegung der internationalen Zivilgesellschaft und geht auf die politökonomischen Voraussetzungen für die Gründung und die schnelle Verbreitung ein. Der zweite Teil beleuchtet Chancen und Herausforderungen für neue zivilgesellschaftliche Bewegungen allgemein und ATTAC im speziellen.

1. „Die Märkte entwaffnen“ – ATTAC gründet sich selbst

Als Ignacio Ramonet, der Chefredakteur der französischen Monatszeitschrift „Le Monde Diplomatique“, im Dezember 1997 in seinem Leitartikel „Désarmer les Marchés“¹ die Gründung einer Bewegung zur Regulierung der Finanzmärkte vorschlug, hatte niemand mit dem überwältigendem Echo gerechnet, das dadurch ausgelöst wurde.

Hunderte Briefe und Anrufe trafen in der Redaktion ein, die Ramonets Vorschlag unterstützten, und die wissen wollten, wie man denn dieser Bewegung beitreten könne. Zu Beginn des Jahres 1998 wurde ATTAC, die „Association pour une Taxation des Transactions financières à l'Aide aux Citoyens“ (Verein zur Besteuerung der Finanztransaktionen zugunsten der Bürger) auch wirklich ins Leben gerufen und erfreute sich binnen kürzester Zeit regen Zulaufs und eines immer größer werdenden Bekanntheitsgrades.

Am ersten Jahrestag hatte ATTAC in Frankreich bereits 10.000 Mitglieder, mittlerweile sind es 30.000. Es gibt Regionalgruppen in 130 französischen Gemeinden. Bedeutende Unterstützung fand ATTAC in Frankreich vor allem von der Gewerkschaftsbewegung.

Die Bewegung machte nicht an den französischen Grenzen halt. ATTAC ist heute in 30 Ländern vertreten, Tendenz steigend. Vor allem in den skandinavischen Ländern war die Gründung von ATTAC Anfang 2001 ein fulminanter Medien- und Publikumerfolg. Der Start von ATTAC war in Schweden in allen Schlagzeilen, zur Gründungsveranstaltung kamen weit über 1000 Menschen, die nicht mehr alle in die Säle passten. Die OrganisatorInnen waren von diesem Erfolg überwältigt, in jedem Sinne.

In Österreich präsentierte sich ATTAC im November 2000 der Öffentlichkeit. Auch hier ist der Zuspruch groß, nach wenigen Monaten zählte ATTAC bereits an die 1000 UnterstützerInnen und 200 Mitglieder. Auch die regionale Verbrei-

Bücher, Musik, Zeitschriften für diese eine Welt

zweimal für Wien

Wien 7., Mariahilfer Straße 8
weltmusik@suedwind.at

Wien 9., Schwarzspanierstraße 15
buchwelt@suedwind.at

einmal für den Rest der Welt

Versand: A-1034 Wien, Postfach 90
versand@suedwind.at

Südwind-Buchwelt BuchhandelsGmbH

Tel.: +43-1-798 83 49, Fax: +43-1-798 83 75

www.suedwind.at

tung erfolgt rasant – in allen Bundesländern gibt es bereits Regionalgruppen bzw. sind diese in Vorbereitung.

Bekannt wurde ATTAC vor allem mit der Forderung nach der Einführung einer Tobinsteuer, also einer Steuer auf Devisentransaktionen. Diese Steuer schlug der Ökonomie-Nobelpreisträger James Tobin 1978 vor, noch unter dem Eindruck der Aufgabe des Bretton Woods-Systems der fixen Wechselkurse. Ziel der Steuer soll es sein, „Sand ins Getriebe“ der Devisenspekulation zu streuen und damit die Wechselkurse zu stabilisieren. Die Forderungen und die Arbeit von ATTAC beschränken sich jedoch nicht auf die internationalen Finanzmärkte. Weitere Forderungen von ATTAC sind eine Abschaffung der Steuerparadiese, eine Erhaltung des öffentlichen Pensionssystems, eine höhere Vermögensbesteuerung, Entschuldung für arme Länder sowie eine Demokratisierung der internationalen Organisationen.²

2. Die Diagnose

In fast allen Ländern sind die InitiatorInnen von ATTAC vom Erfolg und Geschwindigkeit der Ausbreitung überwältigt. ATTAC trifft mit seinen Forderungen offensichtlich einen Nerv, in einer Zeit, in der sich der neoliberale Diskurs des Wohlstandbringenden freien Marktes durchgesetzt zu haben scheint. Der große Zulauf zu ATTAC fügt sich in eine Entwicklung ein, wo beginnend mit den Protesten gegen das MAI, und vor allem mit den Protesten bei der WTO-Tagung in Seattle eine international vernetzte zivilgesellschaftliche Bewegung in einer größeren Öffentlichkeit erstmals als Akteurin wahrgenommen wird.

Die Ausbreitung einer internationalen zivilgesellschaftlichen Bewegung muss in Zusammenhang mit dem Ende des sogenannten „Goldenen Zeitalters“ der Nachkriegszeit gesehen werden, das mit der Bezeichnung Fordismus Eingang in die politökonomische Diskussion gefunden hat. Die Vorstellung, das Kapital einer sozialen Kontrolle zu unterwerfen und ihm bestimmte Eingeständnisse wie Sozialleistungen oder ArbeitnehmerInnenschutz abzurufen, wurde durch die neoliberale Gegenrevolution, die in den 1980er Jahren begann und durch die fortschreitende Liberalisierung v.a. der Kapitalmärkte in den 1990er Jahren ihre Fortsetzung fand, hinweggefegt. Durch den Zusammenbruch des Realsozialismus gelang es überdies, den Neoliberalismus als soziales Projekt durchzusetzen, indem die Ideologie des freien Marktes als einzige Alternative und als unumkehrbares Naturgesetz in den Köpfen der Menschen verankert wurde. Die Hegemonie dieses Diskurses wird deutlich, indem alles, was die Kapitalakkumulation bremst, wie z.B. Sozialleistungen oder öffentliches Eigentum, als gesellschaftliche Belastung präsentiert wird. Kapitalinteressen (einer Minderheit) werden so erfolgreich als Allgemeininteresse (einer Mehrheit) dargestellt – man kann im Sinne Gramscis von einem „aktiven Konsens der Regierten“ sprechen.

Durch die Liberalisierungsmaßnahmen zwischen und innerhalb der Staaten hat sich der (Handlungsspiel)-Raum für Kapital sowohl stark ausgeweitet als

auch vertieft. Die fortschreitende „innere Landnahme“ (Rosa Luxemburg) zeigt sich in der Ausdehnung der Warensphäre auf immer mehr gesellschaftlich notwendige Bereiche und Aktivitäten, wie Bildung, Gesundheit, Pensionen, Wasser – bis hin zur Privatisierung der Umweltverschmutzung durch Emissionszertifikate.

Die Regierungen der führenden Industriestaaten sind wichtige Akteure bei der Voranbringung des neoliberalen Projektes. Mit politischer Resignation wird auf negative Auswirkungen der „naturegegebenen“ Globalisierung reagiert; der Wohlfahrtsstaat wird vom Wettbewerbsstaat abgelöst (Hirsch 1995), in dem Standortsicherung ein Synonym für die Gewährung von bestmöglichen Bedingungen für Investoren ist – zulasten der Allgemeinheit. Eine logische Folge – oder sogar Voraussetzung – dieser Entwicklung ist die Aushöhlung von demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Verlagerung von Entscheidungsebenen nach „oben“ zu undemokratischen, nicht (ab)wählbaren Gremien wie z.B. der WTO oder dem EU-Ministerrat.

Ein bedeutendes Merkmal des postfordistischen Entwicklungsmodells ist, dass die Gewinne, auch von nicht-finanziellen Unternehmen, zunehmend im Finanzsektor realisiert werden, wo sie kaum besteuert werden, bzw. sich der Besteuerung relativ leicht entziehen können. Dabei fällt die Verbindung von hohen Gewinnen mit gleichzeitig niedrigen Investitionsraten auf (Stockhammer 2000: 49; zu den Ursachen siehe ebenda). Das post-fordistische Entwicklungsmodell führt somit zu einer noch nie dagewesenen Konzentration von Ressourcen in den Händen einer dadurch immer mächtiger werdenden Minderheit.

In diesem Punkt liegt aber auch ein wesentliches Krisenpotential dieses Entwicklungsmodells: Im Vergleich zum fordistischen Modell der Nachkriegszeit, das auf Massenproduktion und Massenkonsum basierte, und einen Wohlstandszuwachs der (männlichen) Bevölkerung in den Industrieländern mit sich führte, ist es in diesem finanzsektorgeleiteten Modell eine viel kleinere Gruppe, die davon profitiert. Immer mehr Menschen zählen zu den VerliererInnen des Systems.

3. Die Form neuer Politik: Internationalisierung der Zivilgesellschaft

Die Artikulation von Forderungen auf internationaler Ebene ist ein Zeichen für veränderte politische Handlungsmuster in Zeiten der Globalisierung. Sieht man im Sinne Gramscis Zivilgesellschaft als erweiterten Staat, erscheint es als logischer Schritt, dass sich bei einer Internationalisierung der Politik und Wirtschaft auch die zivilgesellschaftlichen Handlungsformen anpassen.

Es darf in diesem Zusammenhang allerdings nicht übersehen werden, dass Kräfteverhältnisse und Einflussmöglichkeiten auf internationaler Ebene noch ungleicher verteilt sind als auf nationaler Ebene. Abgesehen von fehlenden formalen demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten, steht der Einfluss, den etwa große Konzerne auf die WTO-Abkommen haben, in keiner Relation zu jenem zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Der Nationalstaat bleibt daher weiterhin ein wichtiger Adressat für zivilgesellschaftliche Forderungen. Erstens verfügt der Nationalstaat über das wirksamste Gewaltmonopol, sowie über das Monopol der Geld- und Wechselkurspolitik³. Zweitens wird internationale Politik sehr stark ausgehend von nationalen Interessen gemacht, sowohl innerhalb der EU als auch innerhalb von internationalen Organisationen⁴.

Nichtregierungsorganisationen in Industrieländern kritisierten bisher neoliberale Wirtschaftspolitik vor allem in Form von IWF-Strukturanpassungsprogrammen in Ländern des Südens. Diese Länder sind jedoch selbst für politisch interessierte Menschen im Norden oft zu weit weg, um Betroffenheit und Engagement hervorzurufen. Die neuen Bewegungen der Zivilgesellschaft arbeiten mit dem Selbstverständnis, Teil eines „Global South“⁵ zu sein, und beginnen die Arbeit und die Kritik im eigenen Land, und haben so die Chance, eine breitere Basis, angefangen von Gewerkschaften, über wissenschaftliche, kirchliche, soziale Organisationen als Verbündete zu gewinnen.

4. Wider die Alternativenlosigkeit: „Eine andere Welt ist möglich“

Die Wahlgewinne sogenannter linker Parteien während der 90er Jahre waren Ausdruck einer Unzufriedenheit mit der neoliberalen Politik und lassen auf gewisse Risse im neoliberalen Konsens schließen. Doch statt ein alternatives Politikmodell umzusetzen, beschränkten sie sich fast durchwegs darauf, den Wirtschaftsliberalismus mittels Fürsorgepolitik sozial abzufedern. Die Folge ist eine Ernüchterung über das politische System allgemein und die über das politische Spektrum hinweg praktizierte einheitliche liberale Politik.

Der Wille, dieser Alternativenlosigkeit und der fehlenden demokratischen Mitbestimmung etwas entgegenzusetzen, sowie der Verlust der gemeinschaftsbildenden Funktion der politischen Parteien sind Gründe für den großen Zulauf, den neue zivilgesellschaftliche Bewegungen wie ATTAC erhalten.

Als erste internationale Bewegung thematisiert ATTAC die Finanzmärkte als Kern des postfordistischen Entwicklungsmodells und stellt die Unumkehrbarkeit und Alternativenlosigkeit der neoliberalen Globalisierung in Frage. Die Finanzmärkte werden in der aktuellen politischen Debatte als „objektive“ Rahmenbedingungen dargestellt – sie „bestrafen“ ihnen nicht genehme politische Entscheidungen. ATTAC „enttabuisiert“ die Finanzmärkte als einen politisch gestaltbaren Bereich des Wirtschaftssystems.

Die Kritik und die Vorschläge, die ATTAC bringt, sind nicht neu; es wird vielmehr versucht, gemeinsam mit anderen Bewegungen, ExpertInnenwissen für eine breitere öffentliche Diskussion aufzubereiten, und so „ökonomische Alphabetisierungsarbeit“ zu betreiben.

Die Chance, die mit der neuen internationalen zivilgesellschaftlichen Bewegung einhergeht, ist die Schaffung eines alternativen Diskurses und einer alternativen Öffentlichkeit. Gesellschaftskritik kann so als Grundlage für eine

emanzipatorische Praxis Terrain zurückgewinnen. Dies wäre ein erster Schritt in Richtung einer Verschiebung der derzeitigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, und eine Voraussetzung für eine Veränderung.

Die Stigmatisierung der internationalen Zivilgesellschaft als „Globalisierungsgegner“ und wenn möglich als „gewaltbereit“ und „gefährlich“ zeugt vom Kampf um dieses diskursive Terrain. Welches Bild die Protagonisten des Neoliberalismus von den neuen zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu zeichnen versuchen, zeigen die Ausführungen des Präsidenten des Bundes der Deutschen Industrie Michael Rogowski (Frankfurter Rundschau, 12.3.2001):

Der Protest gegen die Globalisierung ist ebenso global organisiert wie die Kapital- und Handelsströme, die für die *vermeintlichen* Übel der Globalisierung verantwortlich gemacht werden. Angeführt wird der Protest von einer weltweiten bunten Bewegung (...) was sie alle eint, ist die perfekte Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik. Das weltweite Netz ist ihre Buschtrommel (...) Eine Bewegung, die es schafft, Konferenzen der großen multilateralen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen empfindlich zu stören (...) ist ein „Global Player“ der Weltwirtschaft (...) die NGOs haben sich *angeblich* keine Eigeninteressen auf die Fahne geschrieben, sondern Werte und Ideale. Das macht sie attraktiv für eine Öffentlichkeit, die zum Populismus und zum Schwarz-Weiß-Denken tendiert. (Hervorhebungen hinzugefügt, KK.)

5. Herausforderungen

ATTAC sieht sich in Zukunft großen Herausforderungen gegenüber. Zum einen wird es darum gehen, die gesellschaftspolitische Kritik, die von der Bewegung ausgeht, nicht durch zu starke Konzentration auf einzelne Reformschritte verstummen zu lassen. Wichtig wird es sein, mit strategische BündnispartnerInnen eng zu kooperieren und abgestimmt zu handeln. Neue Strategien für nicht demokratisch legitimierte Akteure der neoliberalen Globalisierung müssen entworfen werden. Zentral ist die Schaffung von Alternativen zum neoliberalen Einheitsdenken und dabei die Balance zwischen Komplexität und Vereinfachung. In der Folge werden einige dieser Herausforderungen angerissen.

Nach der Menschenrechts-, der Frauen- und der Umweltbewegung wird nun Wirtschaftspolitik zum Thema. Soziale Bewegungen haben es geschafft, gewisse Fortschritte zu erreichen, allerdings sind diese Themen in den Mainstream-Diskurs übernommen und so gezähmt worden. Die Umweltkrise erscheint nun als managbar, Gender-Mainstreaming gehört zum Standardvokabular. Die gesellschaftspolitische Kritik, die von den Bewegungen ausgegangen ist, wurde marginalisiert und ist aus dem öffentlichen Bewußtsein wieder verschwunden. Auch die Gegnerschaft zum Neoliberalismus besteht aus einem Sammelsurium von Positionen und Meinungen⁶, und entwickelt sich – ähnlich dem Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ (siehe dazu Brand 2000b) – vom Begriff zu einem diskursiven Feld – und kann von jedem/r beliebig verwendet und interpretiert werden und wird dadurch zahnlos.

Die Erfolgsaussichten, die konkrete Wirtschaftspolitik kurz- bis mittelfristig zu verändern, sind angesichts der herrschenden Kräfteverhältnisse gering. Auch ist das Thema Finanzmärkte, im Gegensatz zu Themen wie z.B. Tierschutz oder Anti-Atomaktionen eher abstrakt und schwer emotionalisierbar. Es ist zu hoffen, dass die Energie und der lange Atem, der für Veränderungen benötigt wird, erhalten werden kann.

Kritik an Finanzmärkten kommt nicht nur von links. Im antisemitischen Diskurs wird zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital unterschieden, die Unterscheidung diente dazu, JüdInnen zu diskriminieren. Durch Thematisierung der Machtverschiebung hin zum Finanzkapital läuft ATTAC Gefahr, in die Nähe dieses Diskurses gerückt bzw. instrumentalisiert zu werden. Hier ist es wichtig, klarzustellen, dass es keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen Real- und Finanzkapital gibt. Die rasante Entwicklung der Finanzmärkte ist auf eine Überakkumulation im realen Sektor zurückzuführen, und darauf, dass aufgrund der fehlenden Regulierung und Besteuerung der Finanzanlagen Realinvestitionen nicht genügend Profitaussichten bieten können (siehe dazu z.B. Huffschmid 1999, Chesnais 1996).

Wichtige Akteure des finanzsektorgeleiteten Entwicklungsmodells befinden sich jenseits von konventionellen Lobbying-Adressaten wie Regierung, Verwaltung oder Parlament. Die Beeinflussung gestaltet sich hier noch schwieriger – vielleicht wegen noch zu wenigen Erfahrungen aber vor allem aufgrund von fehlender demokratischer Legitimationspflicht dieser Akteure – wie z.B. Zentralbanken, Multinationale Unternehmen, Medienkonzerne. Bei Unternehmen kann Druck v.a. durch negative Imagekampagnen ausgeübt werden – allerdings investieren diese mittlerweile beträchtliche materielle und personelle Ressourcen in die Imagewerbung. Dennoch können Kampagnen eine nicht unbeträchtliche Wirkung erzielen. Im Februar 2001 wurde bekannt, dass Pharmakonzerne eine Klage gegen Südafrika eingebracht hatten, um die Einstellung der Produktion von günstigen Aids-Medikamenten zu erzwingen. Die von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen durchgeführte Kampagne dagegen fand mehr Medienaufmerksamkeit als die Klage selbst und hatte zur Folge, dass die Pharmafirmen die Klage einstellten.

Zivilgesellschaft besteht nicht nur aus KritikerInnen des herrschenden Gesellschaftsmodells. Gerade Österreich ist kein leichtes Terrain für emanzipatorisches gesellschaftliches Handeln. Konflikt als legitime Form der politischen Auseinandersetzung findet nur langsam Einzug in die Köpfe. Insofern war es durch die ausgeprägtere politische Protestkultur in Frankreich für ATTAC einfacher, schnell viele UnterstützerInnen zu finden. Es ist abzuwarten, wieviel Raum es in einer Gesellschaft wie der österreichischen für neue Bewegungen wie ATTAC geben, wieviel Unterstützung bzw. Ablehnung entgegengebracht werden wird.

Die diskursive Herausforderung besteht in der Kritik des Einheitsdenkens mit seinen totalitären Implikationen. Im hegemonialen Diskurs werden gesellschaftliche Probleme auf simple Marktanpassungshandlungen vereinfacht. KritikerInnen stehen deshalb vor der Frage, ob sie dem ebenfalls mit Vereinfachungen entgegnetreten sollen oder doch mit Aufklärung über komplexe Zusammenhänge (vgl. Artikel Novy, Nossek in diesem Heft).

Es gilt, eine Balance zu finden zwischen Komplexität und Vereinfachung, zwischen Reformvorschlägen und grundsätzlichem Infragestellen, zwischen fachlichen Inputs für internationale Konferenzen und zwischen radikalem Auftreten und Mobilisierung einer breiten Basis und zwischen großen Aktionen und konstantem Arbeiten im Kleinen.

Manche linke KritikerInnen sprechen neuen zivilgesellschaftlichen Bewegungen wie ATTAC jede Chance zur Veränderung ab, sie seien eine Endmoräne einer historisch erledigten Illusion (...) der Gegenstand wird systematisch verfehlt, wenn einem nichts anderes einfällt, als die an das nationalstaatliche Bezugssystem gebundene Form politischer Regulation auf die transnationale Ebene übertragen zu wollen. (...) [denn der] Kapitalismus hat durch die Globalisierung das strukturelle Verhältnis von Politik und Ökonomie aufgebrochen und damit seine eigene Regulationsfähigkeit irreversibel zerstört (...) (Kurz 2000: 244)

Die Alternativen, die hier noch bleiben, sind Kapitulation oder Revolution – Ersteres erscheint mir nicht sinnvoll, Zweiteres nicht realisierbar.

Ein alternatives, emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt kann man nicht aus dem Hut zaubern. ATTAC bietet keine Erlösungsformeln an, sondern schlägt Reformen des bestehenden Systems vor. Der Reformismus muss aber radikal genug sein, um nicht wie oben angeführt zahnlos zu werden.

Eine gründliche Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mechanismen, die dem finanzsektorgeleiteten Entwicklungsmodell zugrunde liegen, eine Festigung der theoretischen Grundlagen sowie die Klärung politischer Grenzen sind unumgänglich. Dabei muss die Frage im Zentrum stehen, wie eine Gesellschaft aussehen kann, die eine andere Triebkraft hat als zerstörerischen Wettbewerb und Gewinnmaximierung und wo das Ziel von Politik die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse aufgrund von demokratisch bestimmten Prioritäten ist. Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt und eine Verbindung für die kritische Wissenschaft.

Abstracts

The article gives a brief history of ATTAC as an example for a new movement of international civil society and describes the political and economic conditions for its formation. It analyses chances and challenges for new civil society movements. Reasons for the success of ATTAC are dissatisfaction with the propagated lack of alternatives to the current form of globalization, lack of democratic participation as well as the decreasing integrative potential of membership in political parties. To express demands at an international level is a sign for new forms of political action as globalization is taking place. However, the state remains an important addressee for demands of civil society. The most important challenge lies in the creation of an alternative discourse to the neoliberal thinking and in maintaining a reformism which is radical enough not to be swallowed by the mainstream discourse.

Der Artikel beschreibt die Entstehungsgeschichte von ATTAC als Beispiel für eine neue Bewegung der internationalen Zivilgesellschaft und geht auf die politökonomischen Voraussetzungen der Gründung ein. Weiters werden Chancen und Herausforderungen für neue zivilgesellschaftliche Bewegungen beleuchtet. Gründe für den großen Zulauf zu ATTAC liegen in der Unzufriedenheit mit der propagierten Alternativenlosigkeit zur derzeitigen Form der Globalisierung, den fehlenden demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten und im Verlust der gemeinschaftsbildenden Funktion der politischen Parteien. Die Artikulation von Forderungen auf internationaler Ebene ist auch ein Zeichen für veränderte politische Handlungsmuster in Zeiten der Globalisierung. Der Nationalstaat bleibt dennoch ein wichtiger Adressat für zivilgesellschaftliche Forderungen. Die wichtigste Herausforderung liegt in der Schaffung eines alternativen Diskurses zum neoliberalen Einheitsdenken und in der Beibehaltung eines Reformismus, der radikal genug bleiben muss, um nicht vom Mainstream-Diskurs vereinnahmt zu werden.

Anmerkungen

- 1 Entwaffnen der Märkte.
- 2 Die genauen Forderungen siehe <http://www.attac.org/fra/themes/propositions.htm>, für Österreich: <http://www.attac.org/austria/deklaration.html>.
- 3 Eine Ausnahme stellt hier einzig die EU dar, auf die diese Kompetenzen übertragen wurden.
- 4 Wie z.B. die Bemühungen der Einigung über einheitliche Zinsenbesteuerung im EU-Ministerrat oder die Dominanz der USA in den Bretton Woods Institutionen zeigen.
- 5 „Globaler Süden“ könnte man definieren als die Menschen, die vom derzeitigen Wirtschaftssystem negativ betroffen sind.
- 6 Siehe dazu die Einleitung von Andreas Novy in diesem Band.

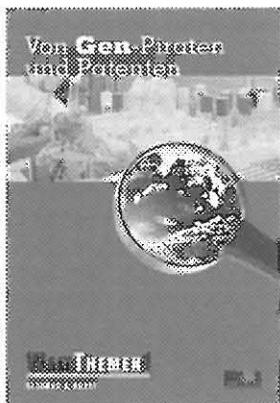
Literatur

- Brand, Ulrich et al. 2000a. *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich. 2000b. *Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise.* Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Chesnais, François. 1996: *La mondialisation financière.* Paris: Syros.
- Chesnais, François. 2000. *Die Zukunft der Anti-Globalisierungsbewegung.* Unveröff. Manuskript.
- George, Susan, 2000. „A Short History of Neoliberalism“. In: Bello, Walden et al. *Global Finance.* London/USA: Zed Books Ltd.
- Hirsch, Joachim. 1995. *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus.* Berlin: ID-Verlag.
- Huffschnid, Jörg. 1999. *Politische Ökonomie der Finanzmärkte.* Hamburg: VSA-Verlag.
- Jahn, Thomas. 1997. „Nachhaltigkeit als ein sozialwissenschaftliches Konzept“. *Unesco heute*, 97/1–II, 82.
- Kurz, Robert. 2000. „Wunschzettel an den Weihnachtsmann“. *iz3w*, 4/2000, 244.

- Novy, Andreas. 1996. „Zivilgesellschaft, Hoffnung oder Trojanisches Pferd?“ *Kurswechsel*, 1/96, 26–38.
- Rogowski, Michael. 2001. „Handelspolitik ist nicht Sozialpolitik“. *Frankfurter Rundschau*, 12.3.2001.
- Stockhammer, Engelbert. 2000. „Krise oder finanzdominiertes post-fordistisches Akkumulationsregime?“ *Kurswechsel*, 4/2000, 41–53.
- Tobin, James. 1978. „A Proposal for International Monetary Reform“. *Eastern Economic Journal*, Vol. 4, 153–159.

www.attac.org
www.attac.org/austria

Karin Küblböck, OEFSE, Austrian Foundation for Development Research, Berggasse 7, A-1090 Wien
 e-mail: k.kueblboeck@oefse.at



Brot für die Welt (Hrsg.)
Von Gen-Piraten und Patenten
Verfaßt von Beate Wörner
WeltThemen 1, 104 S., illustr.
vierf. Paperback, ISBN 3-86099-201-5

Von Gen-Piraten und Patenten »macht das komplizierte Patentrecht auch für Nichtjuristen verständlich und zeigt, dass es eine monopolhafte Verfügungsgewalt über einzelne Komponenten von Natur ermöglicht und eine bedeutende Rolle im Hierarchiegefüge internationaler Verträge spielt.« (iz3w, Januar 2001)

G. Klaffenböck u.a. (Hrsg.)
Biologische Vielfalt

Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen
296 S., vierf. Paperback
ISBN 3-86099-219-8

Ein Buch über die Risiken und Chancen der technologischen Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft weltweit, das Experten aus dem Süden Raum für ihre Sichtweise gibt.

Gustavo Esteva
Fiesta – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik

2. erweiterte Neuaufl. mit einem aktuellen Beitrag zu den Ereignissen im Chiapas (Mexiko)
216 S., vierf. Paperback
ISBN 3-86099-101-9

»Sein Ansatz gesteht den Ländern der Dritten Welt ein Eigenleben zu, das nicht auf die Entwicklungsprogrammatische der Industriekländer angewiesen ist.« (ÖFSE)

Werner G. Raza (Hrsg.)
Recht auf Umwelt oder Umwelt ohne Recht?
iatención!

272 S., vierf. Paperback
ISBN 3-86099-199-X

Eine Bestandsaufnahme der durch das neoliberale Modell in Lateinamerika hervorgerufenen Veränderungen in Wirtschaft und Umwelt. Es werden Möglichkeiten für eine »demokratische Partizipation von unten« in den Mittelpunkt gerückt. Ein integrierter Fotoessay veranschaulicht eindrücklich den »Weg zum Neoliberalismus«.

Bitte fordern Sie auch unser Gesamtverzeichnis an:

Brandes & Apsel Verlag
Scheidswaldstr. 33
D-60389 Frankfurt/M.
Fax 069/957 301 87
E-Mail: brandes-apsel@t-online.de



Pichlhöfer Harald. 1999. Typisch Afrika – eine semiotische Studie. Wien: Sonderzahl. 239 Seiten. ISBN 3 85449 158 1.

Rassismus, Stereotypen und Vorurteile in der Sprache – Harald Pichlhöfer greift in „Typisch Afrika“ eine Thematik auf, die durch die jüngsten politischen Entwicklungen in Österreich beklemmende Aktualität gewonnen hat. Vorurteilsbeladene Diskurse über AfrikanerInnen in Medien und Politik gehen mit alltäglichen Formen von Diskriminierung in Ausbildung, Arbeits- und Wohnungsmarkt oder sogar gewalttätigen Übergriffen einher. Da ist es zu begrüßen, wenn AfrikanistInnen auch einmal Österreich und seine BewohnerInnen zum Gegenstand afrikabezogener Forschung machen in ihren Arbeiten österreichische Diskurse über Afrika analysieren.

„Bilder von Afrika“: eine semiotische Studie

Anhand einer Befragung von 28 in Wien lebende StudentInnen untersucht Pichlhöfer die Vorstellungen, die diese VertreterInnen der Bildungselite entwickeln, wenn ihnen zusammen mit dem Stichwort Afrika bestimmte Bilder aus österreichischen oder deutschen Medien vorgelegt werden. Bewusst verzichtet Pichlhöfer auf eine Interpretation der Bilder in ihrem unmittelbaren Kontext (z.B. der anderen Beiträge einer Zeitschrift) oder sozialen Zusammenhang (wer produziert diese Bilder für wen, unter welchen Umständen). Was ihn interessiert, sind die Assoziationen, welche durch die Fotos in den Köpfen der BetrachterInnen wachgerufen und von diesen verbalisiert werden. Die sprachlichen Äußerungen werden vom Autor einer kritischen Analyse unterzogen.

„Gehen wir davon aus, dass die Fotografie nicht neutral und „dokumentarisch wahr“ das Fotografierte repräsentiert, sondern viel eher die Absichten und oft unbewussten Interpretationen der FotografInnen (die das Geschehene fotografisch interpretieren), so können wir bei genauerer Betrachtung mehr über uns (die InterpretInnen der Fotos) erfahren als über die Dargestellten.

Und genau das ist der Ansatzpunkt der Studie.“ (Pichlhöfer 1999: 33)

Die Äußerungen der Studierenden verschiedener Fakultäten zu sechs Fotos aus den Zeitschriften Profil, Wirtschaftswoche, Geo, Stern und Basta bilden die Grundlage für die semiotische Analyse. Alle Bilder stellen Menschen dar und genügen bestimmten Kriterien. Die Bilder stehen dabei für den Autor durchaus im Rahmen einer Tradition europäischer „Bilder von Afrika“: „Wir schaffen uns Bilder, in denen wir anschließend das suchen, was wir wünschen“ (Pichlhöfer 1999: 32). Die ideologische Aussagekraft der Bilder wird als Gesamtheit durchaus problematisiert, aber nicht in Bezug auf die einzelnen Bilder ausgeführt.

Denn es ist für den Autor sekundär, welche ideologische Botschaft die ausgewählten Bilder tragen; worauf es in der weiteren Analyse ankommt, ist, welche Botschaften die BetrachterInnen anhand dieser Bilder konstruieren. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass sich die Befragten bei der Beschreibung der Bilder wiederkehrender rassistischer Stereotypen und Vorurteile bedienen.

Stereotype und Rassismen in der Bildinterpretation

Pichlhöfer begreift Rassismus als diskriminierende Haltung, die mit einer Bezugnahme auf vermeintliche oder tatsächliche physische Kriterien geschieht. Dabei machen gerade die Aussagen seiner GesprächspartnerInnen deutlich, dass das Konzept „Rasse“ weitgehend obsolet geworden ist. Implizit aber lebt die Vorstellung, Menschen könnten anhand einiger physischer Merkmale Gruppen zugeordnet werden, fort und wird weiterhin mit Hierarchisierungen und Bewertungen verknüpft. Pichlhöfer verweist auch auf neo-rassistische Ansätze, die unter Vereinnahmung und Umdeutung von Erkenntnissen der Verhaltensforschung körperliche Merkmale mit sozialer Gruppenbildung und Abgrenzung in Verbindung bringen. Dabei werden häufig kulturell definierte Gruppen konstruiert und mit Bewertungen versehen, um damit unterschwellig an das Konzept „Rasse“ zu appellieren (vgl. z.B. die Begriffskonstruktion „nichteuropäische Muslime“ von Hilmar Kabas und Harald Ofner im Bezug auf Wiener Zuwanderer in „Zur Sache“, ORF 1999). Aufgabe der kritischen Sprachwissenschaft ist es, eben diese sprachlichen Verschleierungstaktiken zu untersuchen und zu entlarven: wie Pichlhöfers Studie zeigt, ist der Begriffe „Rasse“ für viele Befragten zwar weitgehend tabuisiert, die zugrundeliegende Konzepte geistern jedoch munter durch die wiedergegebenen Äusserungen.

Pichlhöfer dokumentiert zunächst Schimpfworte („Neger“ [205]) und Vorurteile („unzivilisiert“ [205]), die von den Betroffenen als besonders verletzend empfunden werden. Im weiteren deckt er sprachliche Strategien auf, die dem Bemühen gewidmet sind, als Studierende/r in Wien AfrikanerInnen als Gruppe von sich abzugrenzen oder abzuwerten, sich gleichzeitig aber nicht als RassistIn zu präsentieren. Viele Diskursmarker (äh, also ...) zeigen Unsicherheit und einen häufigen Wechsel in der Perspektive an, häufige Negationen wie „keine traditionelle Afrikanerin (205)“, und spezifizierende Abgrenzung „na die Hautfarbe würd i ned amal sagen“ (205) stehen für Unsicherheit und Ambivalenz bei der Bewältigung dieser kommunikativen Aufgabe. Dies ist besonders dann der Fall, wenn es den Befragten wichtig ist, über physische Merkmale der abgebildeten Personen zu sprechen, und dabei das Konzept „Rasse“ zwar möglicherweise unterschwellig anzusprechen, aber nicht explizit zu realisieren. Angesichts des von einigen GesprächspartnerInnen geäußerten Bemühens, keine rassistischen Äusserungen zu tätigen „ja, wie soll ich das jetzt sagen, ich will nicht haben, dass das jetzt rassistisch klingt ah“ (206) gibt zu denken, wie viele verallgemeinernde abwertende Stereotypen geäußert werden und zwar in

Hinblick auf die Kultur, Geschichte und ökonomische Situation (208–210), darunter auch explizit formulierte analytische Aussagen mit Wahrheitsanspruch: „dass die Afrikaner gute Sportler sind“ etc. Die oben angesprochene Unsicherheit findet aber nur indirekten sprachlichen Ausdruck. Explizite Eingeständnisse wie „das weiss ich jetzt nicht“ oder „dazu kann ich nichts sagen“ provozieren die vorgelegten Bilder kaum (211). Die im Detail nach Bildmotiven und Themen wiedergegebenen Aussagen der Befragten bieten umfangreiches Datenmaterial für eine intensive Beschäftigung mit einseitig vorgefassten Meinungen zu Afrika.

Wahrnehmung und Interpretation

Als Problem von Pichlhöfer's Vorgangsweise stellt sich heraus, dass sich aus den angegebenen Zitaten nicht immer erkennen lässt, ob die Befragten durch ihre Kommentare zu den Bildern ihre eigene Weltsicht wiedergeben, eine Interpretation der Intention der ProduzentInnen dieser Bilder vornehmen, bzw. inwiefern sie sich der wahrgenommenen Botschaft der Bilder anschließen oder sich distanzieren, z.B. in folgender Aussage „die schwarze Frau eben als Metapher für Unterprivilegiert-Sein“ (194). Die Befragten stellen in einigen Aussagen die Ideologie der vorgelegten „Bildern von Afrika“ in Frage bzw. weisen sie zurück. Diese Interpretationsarbeit ist zwar dokumentiert, häufig ist allerdings der eigene Standpunkt der Befragten nicht deutlich davon differenziert: im Hinblick auf das angeführte Beispiel bleibt offen, ob der Befragte eine solche Metapher für problematisch oder hilfreich hält.

Möglicherweise wäre es hilfreich gewesen, durch eine Bildanalyse im Detail festzuhalten, worin die Problematik jedes einzelnen der sechs „Bildern von Afrika“ besteht, und die Interpretationen der Befragten in diesen Kontext zu stellen. Durch die von Pichlhöfer eingangs formulierten Kriterien zur Auswahl der sechs Bilder, darunter nicht „schockierend“ und nicht „bewusst tabuverletzend“, wird aber möglicherweise ein gegenteiliger Effekt erreicht: diese suggerieren eher die Normalität eurozentristischer Darstellung, die im Gegensatz zur Intention der Studie, nämlich der kritischen Auseinandersetzung mit Stereotypen und Vorurteilen, steht.

Um dies am Beispiel der Bilder V und VI zu veranschaulichen: Die Kameraperspektive auf Bild V rückt die von unten fotografierten gespreizten Beine und Shorts eines Sportlers ins Zentrum des Bildes. In diesem Kontext wirkt die Interpretation des Fotos durch eine/n Befragte/n als „sexistisch – man sieht zwischen die Beine“ (179) als brauchbarer Ansatz, die Sexualisierung gerade schwarzer SportlerInnen in der Sportberichterstattung als Problem zu benennen (vgl. Beck 1994: 49–50) und die von dem Bild transportierte Ideologie zurückzuweisen, während die Beschreibung des Autors („latent erotische Wirkung“ [178]) den sozialen und politischen Kontext der Produktion des Fotos weitgehend ausser Acht lässt.

Ähnlich lässt sich zu Bild VI argumentieren, das mit der Abbildung einer nackten Frau die Bewerbung von Produkten des fairen Handels anstrebt – eine

rassistische und sexistische Provokation, die mit dem Kommentar einer/s Befragten „*es passt irgendwie alles nicht zusammen ... es ist entweder sexistisch oder eben gewollt, dass man sich darüber Gedanken macht (196)*“ angesprochen ist. Hier müssen sich die LeserInnen damit zufriedengeben, dass die kritische Auseinandersetzung der Befragten mit den Bildern – gerade auch in ihrer oft demaskierenden Unbeholfenheit – umfangreich dokumentiert ist. Die Aufarbeitung des Interaktionsprozesses zwischen den Botschaften der Bilder und der Interpretationsarbeit der Befragten geschieht hingegen, entsprechend des gewählten Ausgangspunktes von der Beliebigkeit der Bilder, nur ansatzweise.

Europäische Ignoranz

Abschließend konfrontiert uns der Autor mit den Ergebnissen eines Wissenstest zu historischen, geographischen, politischen und kulturellen Basisdaten zu Afrika, dem die Befragten unterzogen wurden. Eine Differenzierung der Ergebnisse zwischen den zwei in Afrika ausgebildeten Befragten und den 26 AbsolventInnen österreichischer Schulen könnte hier möglicherweise noch deutlicher einseitige Mängel aufzeigen, Pichlhöfer verzichtet aber darauf, die dokumentierte Ignoranz im Detail aufzuschlüsseln. Denn die Dokumentation des durchwegs mangelhafte Wissen strebt keine Bewertung der befragten Studierenden an, sondern ist eher als ein Indikator für die Mängel des österreichischen Ausbildungssystems gedacht. Zweifel? Neugierige LeserInnen können selbst testen, wie es ihnen mit einer Runde afrikabezogenem „Trivial Pursuit“ geht.

Literatur

Beck, Rose-Marie. 1994. Rot und Schwarz. Sexualisierung als Mittel des Rassismus. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 37, 49–53.

Irmi Hanak

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 215

Über Autoren und Autorinnen

Becker, Joachim, Volkswirt und Politikwissenschaftler, arbeitet als Assistent am Institut für Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist Co-Autor des jüngst in Montevideo erschienenen Buches „Economía política de Montevideo. Desarrollo urbano y políticas locales“ und Redakteur der Zeitschrift „Kurswechsel“.

Hartmeyer, Helmuth, Mag., geb. 1950, Studium Anglistik und Geschichte an der Universität Wien, 1973–1986 AHS-Lehrer in Wien, 1983–1986 Bildungsreferent im ÖIE (Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik), 1986–1993 ÖIE-Geschäftsführer, 1990–1995 AGEZ-Geschäftsführer (Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit), seit 1995 KommEnt-Geschäftsführer (Gesellschaft für Kommunikation und Entwicklung).

Klawatsch-Treitl, Eva, geb. 1967, Wirtschaftspädagogin, seit ca. 15 Jahren Engagement in der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit; Leitern in der Arbeitsgruppe Frauen und Ökonomie bei WIDE, Mitglied des AGEZ-Vorstandes, Vorsitzende der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungchar.

Küblböck, Karin, Ökonomin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Österreichischen Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) sowie Mitglied des ProponentInnenkomitees von ATTAC Österreich.

Nosseck, Silvia, Mag., Organisationsberaterin und geschäftsführende Gesellschafterin der MIKADO Organisationsberatung, mehrjährige Erfahrung in systemischer Beratung von Unternehmen, öffentlicher Verwaltung und Nonprofit-Organisationen.

Novy, Andreas, Dr., ao. Univ.-Prof. an der Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien.

Obrovsky, Michael, ist in der ÖFSE (Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe) im Fachbereich Entwicklungspolitik tätig. Seit 1995 Lektor am Institut für Politikwissenschaften an der UNI Wien.

Purkarthofer, Petra, Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien, arbeitet derzeit an einer Dissertation zum Thema „Verhandlung und Mediation am Beispiel des Dialogs zwischen mexikanischer Regierung und EZLN 1994–1998“, seit Februar 1999 Universitätsassistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Strickner, Alexandra, Studium der Volkswirtschaft an der WU-Wien. Seit 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der ÖFSE (Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe) mit dem Themenschwerpunkt Bildungszusammenarbeit.

Informationen für Autoren und Autorinnen

Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Währinger Straße 17/104, A-1090 Wien. Senden Sie zwei Kopien. Diese werden anonym begutachtet. Der Beitrag darf komplett den Umfang von 20 Seiten (2zeilig) nicht überschreiten. Legen Sie ein kurzes englisches Abstract, ein deutsches Abstract (je ca. 100 Worte) und eine Kurzcharakteristik ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bei. Auf dem Manuskript sollte Ihr Name nicht angegeben sein. Zitierweise: Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Im Text selbst geben Sie bitte den Namen, das Jahr und bei wörtlichen Zitaten die jeweilige Seite an. Schicken Sie Ihren Beitrag zusätzlich auf Diskette, wobei das Manuskript mit Win-Word oder einem anderen Windows-compatiblen Programm erfaßt sein sollte. Grafiken sollten in schwarz/weiß gestaltet sein und im TIFF, EPS oder EXCEL Format als eigene Datei gespeichert werden. Redaktionsschluß für das Heft Nr. 1 ist der 31.12., für das Heft Nr. 2 der 31.3., für das Heft Nr. 3 der 30.6. und für das Heft Nr. 4 der 30.9.

Information for Contributors

Submit manuscripts to: Austrian Journal of Development Studies, Währinger Straße 17/104, A-1090 Vienna, Austria. Submit two copies and retain the original for your files. All papers deemed appropriate for the AJDS are sent out anonymously to referees. A full-length article should not be longer than 20 manuscript pages, including title page, abstract, text, references, footnotes, tables, and figures. Manuscripts must be typed double-spaced. Include a brief english abstract, a german abstract (each fewer than 100 words) and a short curriculum vitae (not more than 40 words). Delete all identifying references from your manuscript. Reference Format: In the appendix: List all items alphabetically and, within author, by year of publication. In the text: All source references are to be identified at the appropriate point in the text by the last name of the author, year of publication, and pagination where needed. Additionally submit the article in machine-readable form, possible file formats are Word for Windows or other word-processing programs for Windows. Graphs should be designed in black/white and saved as TIFF, EPS or EXCEL files. The deadline for the issue no. 1 is Dec. 31, for issue no. 2 March 31, for issue no. 3 June 30, and for issue no. 4 Sept. 30.

Die folgenden Hefte

Heft 3/2001: Offenes Heft

Heft 4/2001: Freihandel